

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Infections-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
geile oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Verord-
nungs- und Bestimmungen-Anzeigen 20 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
(nur das erste Wort frei). Insetate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis für den Abonnenten:
Wochenblatt 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zellungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 2203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Ein Memento.

(Zwei Jahre.)

Der wirtschaftliche Aufschwung, der dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts seine Zeichen aufgedrückt hatte, hatte die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu übermütigen Triumphieren gemacht. Was auch diese Jahre verhältnismäßigen Wohlstands anbot und Unglück über Massen von Arbeitern gebracht hatte, wie weit die vielgerühmte allgemeine Hebung der Lebenshaltung hinter der geradezu abenteuerlichen Steigerung der Kapitalprofite zurückblieb und wie sehr vermehrte Lohnneinläufe durch erhöhte Lebensmittelpreise wieder wettgemacht wurden, — die Wirtschaftsgesetzten der besitzenden Klassen sahen doch nur die glänzende Zukunft der Dinge, nicht ihren Kern und ihre notwendige Zukunft. Zu Herrn Julius Wolf, der mit seiner skrupellosen Verherrlichung alles Bestehenden früher doch immer ein Eingänger geblieben war, gefellte sich eine Schar begeisterter Jünger in grauen Loden oder blond von Haar und sang der Krisen-
theorie des Marxismus ein grausiges Grablied. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich doch seit Jahr und Tag artig aufgeführt und den Karten mit ganz umgeworfen; die Arbeitslosigkeit trat nur als vorübergehende Lokal- oder Branchenerscheinung auf; eine immer genauere Erfassung der Einkommen durch die Steuerbehörde lieferte Beweise für den „steigenden Wohlstand aller Klassen der Bevölkerung“. Das nannte man damals noch nach der beliebten Nebenweise des liberalen Gröndelschwinds „wirtschaftlichen Aufschwung“; die modernisierte Bezeichnung „socialer Aufschwung“ hat sich der kluge Graf Wilow erst für die Zeit des — wirtschaftlichen Niederganges zurechtgelegt.

Wenn die kapitalistische Wirtschaft unter dem Zeichen der ständig steigenden Wohlfahrt stand, wenn die Kartelle, wie man ihnen nachräumte, die Gefahr der Krisen beseitigten oder doch milderten, wenn sich alle wirtschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus sicherten und befestigten, dann war der sozialistischen Entwicklungstheorie glücklicherweise der Hals gebrochen, und das tausendjährige Reich der Milliarden begann.

Diese Weisen, die immer über den „mechanischen Automatismus“ unserer Weltanschauung gellacht hatten, konnten natürlich nicht begreifen, daß die „Verelendung“ noch von etwas anderem abhängig sei als von rein physischen Maßstäben, daß wirtschaftlicher Druck immer unerträglich wird, nicht nur durch vermehrte Druht, sondern auch durch gesteigertes Empfinden, und daß der wirtschaftliche Aufschwung des Kapitalismus auch in seiner höchsten Blüte zu Vergleichen herausfordern und die Empfindung der Arbeiter für ihre Klassenlage auf das lebhafteste steigern mußte.

Dann aber kam der Krach und schüttelte alle faulen Kräfte staatsbehaltender Weisheit vom Baume der Erkenntnis ab. Die Gesellschaftsordnung war immer noch dieselbe geblieben. Hatte sie doch nach jeder Krise das rührend-naive Versprechen gegeben, es gewiß nie wieder thun zu wollen! Sie hatte auch diesmal ihr Versprechen nicht gehalten. Im Laufe des Jahres 1900 begann die Tätigkeit der Eisenindustrie und der Kohlenindustrie zu erlahmen, die Suche sprang auf das Gebiet der Elektrizitätsindustrie über, das Ermatten der Bauhätigkeit, das Nachlassen der Grundspeculationen blies den Schwindelbau der Hypothekenbanken in Trümmer; der donnernde Zusammenbruch der Leipziger Bank ließ Millionen angeblicher Werte ins Nichts zerfallen. Das war 1901; die Krise hatte damit ihren Höhepunkt erreicht.

Vor und nach diesem Ereignis aber liegt für die Arbeiterklasse eine unübersehbare Kette der Leiden. Wie wir mangelnd einer Socialstatistik den Stand der Wirtschaft immer vom unzulänglichen Barometer der Börse ablesen müssen, so sind die großen finanziellen Zusammenbrüche nur die theatralisch wirkende Zusammenfassung einer endlosen wirtschaftlichen Alltagsgröbde.

Die bürgerliche Presse, die sich von den Verlusten des spekulierenden „kleinen Mannes“ tiefer gerührt zeigte als durch das unerschütterte Unglück hunderttausender fleißiger Arbeiter, schüttelte vor diesen Thatfachen in das Kinderfabelreich ihrer „individualistischen“ Weltanschauung. Wie ohne den einen Lohfahne die französische Revolution nicht gewesen wäre, wie Wilhelm der Große und seine Handlanger das Deutsche Reich „gegründet“ haben, so sollen die Erner, Sanden und Terkinder an allem, was da geschieht, die Schuld tragen. Hätte der Staat diese bösen Buben besser beaufsichtigt, so hätte dem deutschen Volke nie die Putter zum Brot gefehlt.

Die Arbeiter sind gerechter als diese schreierischen Vertreter des geschädigten kleinen Mannes. Sie wissen, daß keine schlechten Menschen, keine schlechten Gesetze, keine schlechten Regierungen die Schuld tragen an dem, was geschehen ist. Sie wissen, daß sich in der Krise eine Notwendigkeit vollzogen hat, die von den Vertretern des Socialismus stets behauptet, von den Verfechtern des Bestehenden aber ebenso hartnäckig geleugnet worden ist. Die kapitalistische Gesellschaft mag noch so oft Verbesserung versprechen, sie verpfligt damit mehr, als sie halten kann. Eine Wirtschaftsordnung, die produziert, ohne den Bedarf zu kennen, die auf immer steigenden Konsum rechnet, aber im Interesse des Kapitalgewinnes die Konsumfähigkeit der Massen in engen Schranken hält, muß immer und immer wieder auf den toten Punkt geraten. Ein kapitalistisches Finanzsystem, dessen Wesen in der tappenden Nutzmachung der Speculation liegt, und das Werte für voll nimmt, deren Bestand von einer ungewissen Zukunft abhängt, muß immer wieder vom Schwindel gepackt werden und zusammenstürzen.

Wie trefflich aber in diesem Mutterlande der Socialreform für die Arbeiter gesorgt ist, beweist der Umstand, daß weder heute noch

je ein statistisch klares Bild der Krise entworfen werden kann, so weit sie die Arbeiter betroffen hat. Noch heute sind wir, wenn wir den Umfang der Arbeitslosigkeit, der Arbeitszeitverkürzungen, der Lohnreduzierungen erfahren wollen, auf Schätzungen angewiesen. Und — Ironie des Schicksals — als die brauchbarsten Beurteiler haben sich noch immer jene Gewerkschaften bewiesen, die man zwei Jahre zuvor mit einem Zuchthausgefängnis bedroht hatte.

Im Herbst 1901 gab es nach der geringsten schönfärbereischen Schätzung in Berlin allein 35 000 Arbeitslose, während eine andre Erhebung 98 000 Arbeitslose zählte. Das sind auf alle Fälle Hunderttausende hungernder Menschen, die allen Entbehrungen, allen Krankheitsgefahren, allen Verlockungen des Lasters und des Verbrechens ausgesetzt sind. Hunderttausende in Berlin aber lassen auf Millionen im Reich schließen, die durch die Krise arbeitslos, brotlos geworden sind.

Ein Bruchteil der Bevölkerung aber, in welchen der Kreislauf der Güter ins Stocken gerät, wirkt wie ein abgestorbenes Glied, das weitere Verwesung um sich verbreitet. Das Lohnniveau sinkt, und der allgemein verminderte Konsum bedingt eine abermalige Verminderung der Produktion. Erst in der Verührung mit fremden Volkswirtschaften, die zur Zeit von der Krise verschont geblieben sind, findet der kranke Wirtschaftskörper allmähliche Erholung — um den Kreislauf von neuem zu beginnen.

Die Verhältnisse scheinen sich freilich inzwischen mit zauberhafter Schnelligkeit gebessert zu haben. Denn schon zwei Jahre später konnte der oberste Leiter deutscher Reichsgeschichte in Wecklau der berühmten Arbeiter-Deputation mitteilen, daß in Deutschland jeder Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz habe.

Jedem Arbeiter eine gute und gesicherte, freie und menschenwürdige Existenz zu schaffen, das ist das Ziel der modernen Arbeiterbewegung. Wenn aber heute schon alle Arbeiter eine gute und gesicherte Existenz haben, dann hat sich ja schon in der bestehenden Gesellschaftsordnung alles Wünschen, Hoffen und Träumen einer besseren Zukunft reichlich erfüllt. Dann kann es keine Gewerkschaftsbewegung mehr geben und keine revolutionäre Socialdemokratie.

Wenn aber, wie es in Wirklichkeit der Fall ist, die Existenz der Arbeiter dürftig und unzureichend ist auch zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, wenn sie allen Stämmen der Vernichtung preisgegeben ist zu jenen Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, die mit Notwendigkeit immer wieder über die kapitalistische Wirtschaft hereinbrechen müssen, dann wird es keine Ruhe, keinen Frieden, keinen Waffenstillstand geben, solange diese mörderische Ordnung besteht.

Solange die Arbeiter nicht Herren über die Arbeitsmittel geworden sind, werden die Besitzer der Arbeitsmittel durch ihren Gewinn die Konsumfähigkeit der Masse schädigen und der Gesamtwirtschaft die Quellen des Lebens verschütten. Solange nicht an die Stelle wilder Regellosigkeit Plan und Ordnung in der Güterproduktion eingetreten ist, wird es wenig gute und noch weniger gesicherte Existenzen auf der Welt geben.

Weil wir das wissen, sind wir Socialisten. Und die Erfahrung hat uns recht gegeben.

Was uns die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes gelehrt hat, ist ein Kursus der Nationalökonomie gewesen, wie er so verständlich zu einem so großen Publikum noch nicht gehalten worden ist. Nicht die Hoffnung auf eine völkervereinende Zukunft, die alle Disharmonien der bestehenden Wirtschaftsformen zur Harmonie auflöst, nicht die sichere Erwartung der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung ist eine Utopie. Utopisch aber und unwissenschaftlich, nicht vom Verstande, sondern bloß vom Gefühl gegeben ist der Glaube der Kapitalisten und Agrarmagnaten an den ewigen Bestand einer Wirtschaftsperiode, die sie zum Herren der Welt gemacht hat. Der Tod hat bei ihnen keine Karte abgegeben, und sein Karren steht vor der Thüre.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben, und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Diese unerbittliche Wahrheit, die unser Parteiprogramm auspricht, kann durch kein Gesetz und keine socialpolitische Maßregel beseitigt werden. Sie bleibt wahr, so lange es wahr bleibt, daß wir in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben. Die völlige Unfähigkeit der Regierungen und Behörden angesichts der letzten wirtschaftlichen Katastrophe darf nur als Eingeständnis dafür betrachtet werden, daß es für diese Krankheit unserer Wirtschaftsordnung keinen Arzt und kein Heilmittel gibt als die Anerkennung des Socialismus.

Die Voraussetzungslosigkeit und der brutale Egoismus der herrschenden Klassen aber wird deutlich gekennzeichnet durch zwei Anschläge, deren einer der Krise vorausging, während der zweite ihr folgte. Der erste heißt Zuchthauskurs, der zweite Polkraub.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März.

Rußland in Deutschland.

Wenn die bürgerlichen Abgeordneten des Reichstags und die Minister Repräsentanten des deutschen Volkes wären, dann wären diese Auklination keinen Pfifferling wert. Aber sie sind es glücklicherweise nicht, man kann das Deutschthum nicht für den ersprechenden

geistigen Niedergang der parlamentarischen Geschäftsleute und Speculanten verantwortlich machen, der sich besonders darin äußert, daß sie nur noch munter werden, wenn sie ihre eignen gemeinsamen materiellen Interessen verfolgen. Sonst sind sie schlaff und kalt — „alle ihre Wächter sind blind, sie wissen alle nichts: stumme Hunde sind sie, die nicht strafen; sind faul, liegen und schlafen gerne“.

Nichts ist so charakteristisch für den Verfall der Bourgeoisie, als daß die socialdemokratischen Anklagen über die Russifizierung Deutschlands — Anklagen, die das Innerste der Kulturehre eines modernen Staates treffen — keinerlei Wiederhall bei den bürgerlichen Abgeordneten fanden. Was geht es sit an, wenn Deutschland dem Jargonismus Schergenienste jeder Art leistet, wenn russische Polizeiwagen bei und froch ihr Wesen treiben, wenn Studenten an die russische Polizei ausgeliefert, deutsche Reichsangehörige im Reich der Knete, trotz deutschen Einspruchs, brutal mißhandelt werden. Ja, wenn Haiti sich erdreisten würde, einen Deutschen auch nur scheel anzublicken — dann! Einzig und allein Herr Schröder von der freisinnigen Vereinigung schloß sich unserm Protest an. Das Centrum, das um jeden Neuliten jammert, billigt die russische Herrschaft im Deutschen Reich durchaus.

In der Freitags-Sitzung des Reichstags brachten unsre Parteigenossen Gradnauer und Ledebour nochmals ihre Empörung über die Fälle Angel, Buchholz, Kalajew scharf zum Ausdruck. Herr v. Rüdiger erwiderte des öfteren, erwachte aber heute den Eindruck, daß es ihm im Grunde ganz recht ist, wenn von russischen Behörden, ungeachtet des Eingreifens des deutschen Vorkonsuls, reichsangehörige Frauen insam mißhandelt werden. Die auswärtige Politik dieses Staatsmannes gipfelt in dem russischen Satz: daß die Frau zu Hause bleiben und nicht über die russische Grenze gehen solle. Ein ganz probales Mittel, an das man sich erinnern wird, wenn wieder einmal Kriegsschiffe mobilisiert werden wegen „angeblicher“ Schädigung von Deutschen in China, Haiti oder Venezuela. Warum gehen Missionare nach China, Kaufleute nach Haiti, Banlaganten nach Venezuela!

Es ist begreiflich, daß bei solchen Anschauungen auch niemand Lust hat, für die Macedonier, Armenier oder jüdischen Proletariat in Rumänien einzutreten, obwohl wir auf Grund des Berliner Vertrages — wie unser Genosse Vernestein in eindringlicher Rede nachwies — dazu verpflichtet wären. Natürlich verlangt niemand eine bewaffnete Intervention, wir fordern nur moralische Einwirkung. Aber es zeigt sich, daß darin die Stärke unseres waffenlosen Staates liegt, daß er ohnmächtig ist, irgend einer echten Nothwehrpflicht zu dienen. Gerade in unsern Tagen und gerade für die deutsche Politik ist es nichts wie eine widerwärtige Heuchelei, sich in die Weisheit der Nicht-Einmischung zu hüllen; denn es ist ja das hervorsteckendste Kennzeichen neuerdeutscher Weltpolitik, sich blind und plump in unsinnigster und unmüdigster Weise einzumischen, wo immer sich nur eine Gelegenheit darbietet. Es scheint aber leitender Grundgedanke, sich nur da und dort einzumischen, wo wir weder Ehre noch Vorteil erwerbten können.

Somit vererbte die Debatte über die auswärtige Politik kläglich in Reibereien zwischen Dertel und Paasche. Beachtlich waren nur noch die Beschwerden unsrer Parteigenossen Rejger über das Verhalten einzelner Konsulate gegen deutsche Seeleute. Herr v. Rüdiger, der auf russische „Gerichtsurteile“ schwört, tauchte nichts zu erwidern, als daß er Urteile deutscher Gerichte für unzulänglich und ungläubwürdiges Material erklärte.

Am Sonnabend wird die Weiterberatung des Etats bereits um 10 Uhr beginnen. Es scheint, daß man beabsichtigt, bis zum nächsten Dienstag den Etat zu verabschieden und dann zu verlagern.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung weiter mit den zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken in den Etat eingestellten Positionen. Nach einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Finanzminister und dem Abg. Gledowski wurden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge die Forderungen der Regierung unverändert genehmigt. Die Städte Breschen und Schrimm werden also Garnisonen erhalten, Posen wird Residenzstadt werden und die Beamten in den gemischtsprachigen Landesteilen bekommen, wenn sie artig und gehorsam sind, Zulagen, die ihnen jedoch wieder entzogen werden, wenn sie es an dem erforderlichen Eifer fehlen lassen. Gut Wetter für Krieger und Demunzianten.

Nachdem so die Beamten abgefunden waren, ergoß sich der Segen der Regierung über die Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen. Diese sollen gleichfalls in den Provinzen Posen und in den gemischtsprachigen Teilen der Provinz Westpreußen widerwärtige Zulagen erhalten, und zwar nach fünfjähriger Dienstzeit jährlich 120, nach zehnjähriger 200 R. Außer den Konservativen ist keine Partei mit dieser Maßnahme ganz einverstanden. Die Freisinnigen wollen, daß die Zulagen unwiderruflich sind und daß sie in allen Landesteilen mit gemischtsprachiger Bevölkerung gewährt werden; die Nationalliberalen fordern die Erhöhung der Zulagen auf 300 R. jährlich nach fünfjähriger Dienstzeit, während die Freikonservativen den Antrag stellten, daß die Regierung im nächsten Etatsjahre Mittel fordert, um allen Lehrern, nicht nur in Posen und Westpreußen, sondern auch in Oberschlesien, die Zulage zuzubilligen, die für Volksschullehrer 300 R., für Mittelschullehrer 10 Prozent ihres Gehalts betragen soll. In der Debatte ersuchte Minister Studt um Ablehnung aller Abänderungsanträge sowohl mit Rücksicht auf die Finanzlage, als auch, weil er vor der Aufrollung der Lehrer-Bezahlungs-

*) Vergleiche Nr. 64 des „Vorwärts“.

frage zurückweist. Trotz der ungenügenden Besoldung der Lehrer will die Regierung nichts von einer Aufbesserung wissen. Dazu hat sie kein Geld.

Das Resultat war die Ablehnung der Abänderungsanträge und die Bewilligung der Etatspositionen.

Am Sonnabend soll die zweite Lesung des Etats beendet werden.

Kabale in Hannover.

Herr v. Brandenstein, der reaktionäre Regierungspräsident von Hannover, hat sich bekanntlich gegen seine Verlegung nach Magdeburg anzumelden und hat um Entlassung aus dem Amte gebeten, die ihm jedoch nicht bewilligt worden ist.

Ueber die Vorgeschichte dieses auffälligen Vorganges veröffentlicht heute die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ Enthüllungen, wonach Herr v. Brandenstein einem Verleumdungsfeldzuge zum Opfer gefallen wäre. Sie schreibt:

Herr v. Brandenstein ist nicht das Opfer seiner politischen Ueberzeugungen und seiner politischen Erziehung geworden, sondern eine Intrigue hat ihn geführt, eine Intrigue, für die ein hoher Beamter, der die Verhältnisse in Hannover kennt, gestern die kurze Bezeichnung fand: „Vodenlose Gemeinheit“.

Man hat in Berlin an hoher Stelle so lange und so treuherrig erzählt, Herr v. Brandenstein sei ein Trunkenbold, der das Ansehen seines Amtes untergrabe, und er sei deshalb in Hannover unmöglich, bis von dieser Stelle aus seine Strafverurteilung angeregt wurde. Er wurde also gemahregelt.

Herr von Brandenstein erfuhr erst als er den „blauen Brief“ in der Hand hatte hiervon. Er reiste nach Berlin. Herr von Hammerstein, der momentane Inhaber des Portefeuilles des Innern, empfing ihn, wie man in Ungnade gefallene Leute zu empfangen pflegt, und gab ihm den Rat, „Gesundheitsrücksichten“ zu bekommen. Deswegen ist Herr v. Brandenstein, denn er ist kein geschmeidiger Höfling, sondern ein aufrechter und bestimmter Mann.

Und weil er hinterlistig verleumdet war, ging er zum Kaiser, der ihm immer freundlich und gnädig gesinnt gewesen war, um sich zu verteidigen. Der Kaiser empfing Herrn v. Brandenstein nicht.

Nach der Darstellung des hannoverschen Blattes scheint es sich hier abermals um einen Vorfall zu handeln, der in die Sittenzustände der preussischen Verwaltung recht grell hineinleuchtet. Nur in einer Welt von Anebern, Strebern und Ehrgeizern, in einer Welt voll Klatschsucht und Verleumdung können solche Dinge möglich werden.

Zunehmend natürlich vorausgesetzt, daß die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ recht behält und Herrn v. Brandenstein's Verhältnis zum Alkohol wirklich ganz unbedenklich gewesen ist. Eine vollständige Aufklärung der Angelegenheit kann nun kaum ausbleiben. Im Reiche des Herrn v. Hammerstein nehmen die Skandalgeschichten kein Ende.

Deutsches Reich.

Die Kurempfehlung der Offenbarung — eingestuft! Wie eine flehige Korrespondenz meldet, wird der angekündigte dritte Vortrag des Professor Delitsch über Bibel und Babel nicht im April, sondern erst — im nächsten Jahre abgehalten werden. Auch dieser Zukunftsvortrag werde sich bloß mit dem alten Testament beschäftigen und das neue Testament unangeregt lassen.

Herr Professor Delitsch scheint in löblicher Unterwerfung abwarten zu wollen, bis für die Freiheit in der Fortentwicklung der Religion wieder ein günstiger Wind weht.

Rußland berichtet. Von Herrn Dr. Rußland erhalten wir folgende Berichtigung:

Unter Bezugnahme auf Ihre in der Ausgabe vom 18. März cr. Ihrer Zeitung mich betreffende Notiz beantrage ich auf Grund des § 11 des Pressgesetzes die Aufnahme der nachstehenden Berichtigung in der nächsten zum Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung:

Es ist unrichtig, daß ich einflußreichen Kreisen der Berliner Handelskammer gegen die Zulassung einer Unterfertigung eines projektierten Bureau für landwirtschaftliche Statistik versprochen habe, meine bisherigen Ansichten über die Rolle des Getreidewirtschaftshandels zu widerrufen.

Die Unternehmungen haben eine finanzielle Unterfertigung meiner Unternehmung weder direkt noch indirekt zum Gegenstande gehabt und ein Widerruf ist von keiner Seite erwähnt worden.

Berlin, den 10. März 1903.

Das „Berliner Tageblatt“, dem wir die dementierte Nachricht entnahmen und das mit einer ähnlichen Berichtigung bedacht ist, weicht mit folgenden Gewährsmännern aufzuwarten: Geh. Kommerzienrat Frenkel, Vorsitzender des Handelstages; Siegfried Sobornheim, Chef der Getreidefirma Gebr. Sobornheim, Leopold Badt, Vorsitzender des Vereins Berliner Getreide- und Produzentenhändler, Inhaber der Getreidefirma Hermann Jacoby, und Siegmund Pinke.

Das sind viele gegen einen! —

Riel ist nicht Berlin. Paul Gehses „Maria von Magdala“ gelangt, nach der „Nordsee-Zeitung“, in Riel am 27. d. M. durch die Direktion des Rieles Stadt-Theaters als Privat-Vorstellung des „Schriftsteller- und Journalisten-Vereins“ zur Aufführung. Außer den Mitgliedern des genannten Vereins werden die Spitzen der Behörden, sowie eine beschränkte Anzahl von Gästen zu dieser Veranstaltung geladen werden. Die hiesige Polizeidirektion hat gegen diesen Modus der Aufführung Einwendungen nicht erhoben.

Ein Hauptargument des Herrn v. Borries bestand darin, daß Herr Reumann-Dosfer, der hier eine gleiche Veranstaltung beabsichtigt — Theaterdirektor sei. Auch im übrigen sind die Vorbedingungen der Rieles Veranstaltung genau dieselben, wie die der Berliner. Daraus erhellt zur Genüge, daß Herr Reumann-Dosfer besser gethan hätte, hätte er einfach gethan, was seit jeher in besserer Recht war und in Riel noch Recht ist, statt erst die Meinung des Polizeipräsidenten einzuholen.

Die schwarzen Husaren. Auf einem Skizzen, aber darum nicht minder fröhlichen Festmahl zu Ehren des neuen Kölner Erzbischofs brachte der Dompropst Dr. Verlage einen Trinkspruch, in dem er sagte:

Ich denke mir das große Deutsche Reich beschützt von verschiedenen Regimentern, die verschiedene Farben tragen. Jedes der Regimente hat Treue gelobt und wird sie halten. Eines dieser Regimente führt unser Herr Erzbischof. Wenn es gilt, dann werden die schwarzen Husaren ihm zur Seite stehen und kämpfen für Kaiser und Reich. Und einer soll es wagen, die Treue der schwarzen Husaren anzuzweifeln. Wir sind treu wie alle andern Regimente und halten treu zu Kaiser und Reich. Viele Wachen stehen am Rhein; an der Spitze der einen Wacht steht unser neuer Oberhirt, und diese Wacht wird er zu allen Stunden zu verteidigen wissen.

Die preussisch-militärische Kuratstimmung hat auch die katholische Kirche erfasst. Dürsten die Herren Schnurbärte tragen, sie wären sicherlich à la Haby frisiert.

Freiheit. Seit einiger Zeit spielt sich Herr Dr. R. Wrede in Berlin als Vertreter der Interessen der Presse und speziell der Redakteure auf. Er hat einen „Verein deutscher Redakteure“ gegründet, eine „Journalisten-Hochschule“ mit einem „Verein Studierender der Journalisten-Hochschule“, die man, gemein an den Leistungen ihres Vereinsorgans, „Journalistische Praxis“, wohl richtiger als „Journalisten-Spielplatz“ bezeichnen könnte. Daneben giebt Herr Wrede noch die Tageszeitung „Die Redaktion“ heraus, die auch der Wahrung der Interessen der Redakteure dienen soll. Wie das geschieht, dafür einen Beweis in folgender Notiz aus dem Blatte:

Redakteure sind vogelfrei! Der Redakteur eines Blattes hatte gegen denjenigen eines andern Einspruch wegen Verleumdung gestellt, indem dem Beklagten (soll heißen Kläger, Red. d. „Vorw.“) Schwundel und Unwahrheiten zum Vorwurf gemacht worden waren. Das Amtsgericht Nürnberg hat jedoch beschlossen, das beantragte Verfahren nicht zu eröffnen und den Einspruch lösenfallsig abzuweisen mit der Begründung, daß die gegen eine Zeitung erhobenen Anschuldigungen keine Verleumdung des Chefredakteurs involvieren.

Es handelt sich um die Klage des Chefredakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Albiner, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“. Die „Arbeiter-Zeitung“, die unter der Maske objektiver Beurteilung eine gerade darum abstoßend wirkende fruppellose Unternehmerrhetorik treibt, hatte in einem Artikel über den Berliner Formerteil den streifenden Privatrat vorgebracht. Als darauf die „Metallarbeiter-Zeitung“ entsprechend antwortete — selbstverständlich ohne den Redakteur persönlich zu nennen —, ließ dieser nun Gericht und, daß er bei diesem keinen Schutz gefunden, erprecht nun dem Herrn Dr. Wrede den Schmerzensfuß, daß Redakteure vogelfrei seien. Wie wird sich der Herr freuen dürfen über die Urteile des Solinger Gerichts gegen unser dortiges Parteiblatt, dessen Redakteur nun schon 1/2 Jahr Gefängnis und mehrere Hundert Mark Geldstrafe bekommen hat, weil er den dortigen Amtsblättern in der Sprache geantwortet hat, die diese gegen unsre Partei führen.

Wer den Anspruch erhebt, für die Interessen der Presse einzutreten, der hätte allen Anlaß, sich gegen die Einmischung der Gerichte in Preßsachen zu wenden, und anstatt über Schutzlosigkeit der Redakteure zu klagen, sollte er sich gegen den wendenden, der geistesarm genug ist, das Gericht zu Hilfe zu rufen, wenn ihm auf Angriffe mit gleicher Münze gedient wird. Das Ansehen der deutschen Presse kann nur gehoben werden durch mehr Freiheit und durch mehr Schutz vor gerichtlicher und polizeilicher Einmischung. Vogelfrei sind die Redakteure allerdings in Deutschland, nämlich dann, wenn sie in erster Auffassung ihres Berufs Aktivist an öffentlichen Rührorten üben. Daß dies anders werde, daran haben alle Redakteure und Preßvertreter ein Interesse und wer in dieser Richtung wirkt, den werden wir immer als willkommenen Mitkämpfer begrüßen. Auf Herrn Dr. Wrede und seine Unternehmungen scheint die Preßfreiheit keine Hoffnungen setzen zu dürfen.

Von einem Selbstmordversuch der ehemaligen sächsischen Kronprinzessin gehen in Salzburg Gerüchte um, die natürlich sofort dementiert worden sind. Nähere Nachrichten melden aber, die verfolgte Frau befindet sich, seitdem sie vom Erlaß ihres Schwiegeraters an „sein Volk“ gehört habe, in einem Zustand höchster Aufregung, daß man befürchtet, sie könne sich zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, weshalb sie streng bewacht wird. „Die Prinzessin rief“, so wird weiter berichtet, „bei der Veröffentlichung des königlichen Erlasses aus: „Wie ist es möglich, daß man mir mein Schweigen so dankt!“ Sie hatte die Absicht, mit den Gründen ihrer Flucht an die Öffentlichkeit zu treten; sie konnte nur mit Mühe von ihren Angehörigen und ihrem Rechtsbeistand davon abgehalten werden. Der Zustand der Prinzessin ist infolge der Aufregung äußerst bedenklich.“

Am sächsischen Hofe scheint man mit einigem Grauen an die Möglichkeit zu denken, daß auch Luise von Toskana mit einem „Erlaß an mein Volk“ hervortreten könnte. —

Die Opposition der rheinischen Bauern, die mit der Jollpolitik des Centrums unzufrieden sind, soll mit Gewalt erstickt werden! Kürzlich ist auf einer von mehr als tausend Vertretern besetzten Versammlung des rheinischen Bauernvereins in Köln, wo über die Mahregelung des Redakteurs der katholisch-agrarischen „Rheinischen Volksstimme“, Hr. Schreiner, beschlossen werden sollte, eine Sonderkommission gewählt worden, um den Fall Schreiner zu prüfen. Diese Wahl bedeutete eine Niederlage der zentrumsfreundlichen Richtung im rheinischen Bauernverein, denn sie erfolgte gegen den ausdrücklichen Wunsch der Grafen von Spee und von Hoensbroech. Diese waren dafür, daß die bestehende Organisationskommission des Bauernvereins den Fall Schreiner untersuchen soll. Die erwähnte Sonderkommission, die gemeinsam mit der Organisationskommission arbeiten sollte, ist nun nicht einberufen worden, vielmehr hat die letztere Kommission ohne die Sonderkommission getagt und beschlossen, an die einzelnen Ortsverbände des Bauernvereins eine Resolution zu senden, wonach die betreffende Ansidung und Vorstandversammlung nicht berechtigt gewesen sei, die Sonderkommission zu wählen. Die Mitglieder der Sonderkommission haben nun ebenfalls eine Resolution verfaßt, wonach der Präsident des Bauernvereins, Graf Spee, ersucht werden soll, ohne Verzug die beiden Kommissionen einzuberufen und baldigst deren Beschlüsse einer Generalversammlung des Bauernvereins zu unterbreiten.

Witterweise haben die ein Miteigentumsrecht an der „Rheinischen Volksstimme“ beanspruchenden Graf zu Hoensbroech und Freiherr G. v. Loe an deren Bruder und nominellen Eigentümer ein Schreiben gerichtet, worin sie die weitere Verwendung des Redakteurs Schreiner verbieten und dem Vorsitzenden des Bauernvereins Grafen Spee die Redaktion übertragen, dessen Anordnungen der Bruder Folge zu leisten habe. Die Männer der „Rheinischen Volksstimme“ bestreiten den genannten Herren das Recht zu den Anordnungen, und sie erklären, daß die „Rheinische Volksstimme“, wenn auch unter andrem Namen (!), den alten Kurs unentwegt verfolgen werde. — Auf den weiteren Verlauf dieses heißen Kampfes unter den rheinischen Agariern darf man mit Recht gespannt sein.

Chronik der Soldateneinrichtungen. Aus Halle wird uns berichtet: Der Bivierweibel Oskar Jahn von der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 153 in Altenburg gab dem Wählerigen Musiketier Mag. Demmerich, der bei dem Griffeußen den Kopf etwas schief gehalten hatte, eine so kräftige Ohrfeige, daß eine Entzündung des linken äußeren Gehörganges und eine Blutgeschwulst der Ohrmuschel entstand. Das Kriegsgericht der 8. Division nahm wie bei andern Mißhandlungen einen „milder schweren Fall“ als vorliegend an und verurteilte den Verabreicher der Ohrfeige zu der niedrigsten Strafe von acht Tagen gelinden Arrestes. Der Geschlagene hatte 14 Tage im Lazarett zugebracht.

Wahlvorbereitungen.

Für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis ist am Donnerstag in der Generalversammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei der Reichstags-Abgeordnete Dr. Joid wieder als freisinniger Kandidat aufgestellt worden.

Einer muß es doch sein! In der Vorstandssitzung des konservativen Centralvereins für den Wahlkreis Teltow-Breslow-Storkow-Charlottenburg wurde nach längeren Verhandlungen mit dem „nationalen Reichs-Wahlverbande“ der gänzlich unbekanntes Malermeister Fritz Hammer in Jehlendorf als geeigneter Kandidat in Aussicht genommen. Zum 4. April ist eine Wählerversammlung, zu der „alle national gesinnten Wähler des Kreises“ eingeladen werden, in der Victoria-Brauerei einberufen worden.

In der Sitzung erklärte der Vorsitzende, Herr Landtags-Abgeordneter Ring, daß Kammerleiter Fellsch seine Kandidatur für Teltow-Charlottenburg zurückgezogen habe und in Frankfurt-Lebus endgültig als Reichstagskandidat aufgestellt sei. Im Verein mit dem nationalen Reichs-Wahlverbande habe man sich nach längeren Vorverhandlungen auf die Kandidatur des Malermeisters Herrn Hammer geeinigt. Herr Malermeister Fritz Hammer sei ein in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden nicht nur bekannter, sondern jetzt langen Jahren hervorragend tätiger Mann. Nach eingezogenen Erkundigungen sei Herr Hammer durchaus geeignet, als Kandidat „aller national gesinnten Parteien“ bei den Reichstagswahlen der Sozialdemokratie gegenüberzutreten.

Es ist ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Wahlvereins-Vorstand über den Kandidaten, den er präsentiert, erst Er-

kundigungen einziehen muß. Herr Ring hätte gut gethan, auch einen Gewährsmann zu nennen: Landratsamt oder Gendarmeriekommando?

Westprignitz. Zum Zusammenfassen aller Staatsbehaltenden fordert das konservativ „Westprignitz“ auf. In Wittenberge soll eine große Kammalfabrik errichtet werden. Die Angst vor dem Jaug socialdemokratischer Wähler, der sich freilich erst nach den nächsten Wahlen geltend machen wird, hat den konservativen diesen Sammlungsfrage abgelehnt. Man sieht wieder einmal, daß die Errichtung von Fabriken schon an und für sich ein unstärkerliches Unternehmen ist.

Verglaubigte Abschrift. 4 F. M. 6201.

Im Namen des Königs.
In der Strafsache gegen den Redakteur Karl Friedrich Wilhelm Schröder zu Wilmersdorf, geboren am 6. November 1861 zu Altona, evangelisch, wegen Verleumdung durch die Presse hat die siebente Ferien-Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin in der Sitzung vom 16. Juli 1902, an welcher teilgenommen haben: Landgerichtsrat Busch, als Vorsitzender, Landrichter Dr. Engelbrecht, Landrichter Steinhausen, Gerichtsassessor Seiffert, Gerichtsassessor Geyper, als beistehende Richter; Erster Staatsanwalt Steinbrecht, als Beamter der Staatsanwaltschaft, Referendar Dr. Cohn, als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte Schröder wird wegen Verleumdung zu 4 — vier — Monaten Gefängnis verurteilt. Dem königlich preussischen Kriegsminister wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung innerhalb vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils im „Reichs-Anzeiger“ und „Vorwärts“ (redaktioneller Teil) je einmal auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Alle Exemplare der Nr. 44 des „Vorwärts“ vom 21. Februar 1901 sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen, soweit sie auf den Artikel, überschrieben „Die milde Kriegsführung“ Bezug haben. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Für richtige Abschrift Berlin, den 19. März 1903. Planch, Sekretär.

Husland.

Die holländischen Zwangsgeetze.

Amsterdam, 10. März 1903.
Gestern abend erfahnen die Sektionsberichte der Zweiten Kammer betreffend die Zwangsgeetze der Regierung. Aus ihrem großen Umfang, den vielseitigen Anmerkungen und gestellten Fragen ist deutlich ersichtlich, wie die allgemeine Erregung im Lande sich in die Sektionsberatungen fortsetzt. Die übergroße Mehrheit, also auch die Liberalen, stellt sich, nach dem Wortlaut der Berichte zu urteilen, auf Seiten der Regierung, insofern diese den durch den Eisenbahnerstreik und die zugleich drohenden Ausfälle der Amsterdamer Gas-, Wasser- und anderer Gemeinde-Arbeiter erzeugten Zustand als außergerichtlich ansah und hierin Ursache fand, auch „außergerichtlich“ Maßregeln zu treffen. Die beabsichtigte Ergänzung des Strafgesetzes hat dieselbe Mehrheit für sich, soweit es das „Prinzip“ betrifft, viele Mitglieder der Sektion jedoch, auch mehrere der rechten Seite, hielten den gegenwärtigen Augenblick nicht für den richtigen, und die Strafbestimmungen, wie sie vorgeschlagen sind, für nicht annehmbar. Die Liberalen scheinen nicht abgeneigt, mit der Rechten ein Kompromiß zu suchen durch Annahme der Eisenbahnbrigade und Einstellung der Enquete, um nach Regelung des Rechtszustandes der Eisenbahner Bestimmungen zur Sicherung der „Freiheit der Arbeit“ zu treffen. — Für sofortige Einführung von Strafbestimmungen, wie die Regierung sie wünscht, scheint sich eine Mehrheit nicht zu finden.

Es ist also für die Regierung wenig Aussicht vorhanden, daß ihre verderblichen Pläne sofort und in der Form, wie sie es wünscht, durchgeführt werden; schließlich wird sich in der Kammer eine kompakte Majorität von Abgeordneten finden, die die Verantwortung für die grausamen Strafbestimmungen des Entwurfs zu tragen bereit sind, zumal da die fortwährende Agitation und der wachsende Widerstand gegen die Zwangsgeetze auch auf die Kammermitglieder nicht ohne Einfluß bleiben kann. Uebrigens tragen auch die Berichte über die Sektionsberatungen dadurch zur Aufklärung über die Ursachen des Eisenbahnerstreiks bei, daß man dort, wie mitgeteilt wird, „ziemlich allgemein“ der Meinung war, daß die Bedeutung des Streiks nicht so groß gewesen wäre, wenn es sich lediglich um einen Solidaritätsbeweis der Eisenbahnarbeiter den Transportarbeitern gegenüber gehandelt hätte und nicht auch im wesentlichen um die so oft vergeblich vorgebrachten Beschwerden.

Nach Ablauf der Sektionsberatungen wird die Zweite Kammer, wie man erwartet, nochmals eine öffentliche Sitzung abhalten. Wahrscheinlich steht diese in Verbindung mit einem Besetze, um die einberufenen Milizen länger als die gesetzliche Zeit von sechs Wochen im Dienst zu behalten. Von anderer Seite wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Zwangsgeetze vielleicht doch jetzt noch in der erwähnten Sitzung zur Beratung gelangen könnten.

Es ist leicht erklärlich, daß unter den ihrer gewohnten Beschäftigung entzogenen Milizen die Ungeduld wächst und auf Grund der bisherigen Haltung der Regierung die Befürchtung plagt, daß sie eventuell noch länger als die gesetzliche zulässigen sechs Wochen im Dienst bleiben müssen.

In einem Gesuch an die Königin verlangen ungefähr 1400 Milizsoldaten der Aushebungen 1900 und 1901 spätestens am 24. März beurlaubt zu werden, an welchem Tage ihre gesetzliche Dienstzeit verstrichen ist. Falls die Einberufung von Milizsoldaten noch nötig erachtet würde, könnten dann die Aushebungen von 1898 und 1899 einberufen werden.

Zur Erinnerung an die Kommune fanden gestern in Amsterdam zwei Versammlungen statt, eine seitens der socialdemokratischen Arbeiterpartei, wo Genosin Roland-Hoff sprach, die andre seitens der Freien Socialisten. Die Zugänge zu beiden Versammlungen waren von Polizisten und Unteroffizieren der See- und Landmacht überwacht. Letztere müssen in letzter Zeit stets vor unsren Versammlungen dafür sorgen, daß kein Militär sie besucht.

Belgien.

Cleopold als Geschäftsmann. In der Kammer Sitzung vom 18. März suchte der Ministerpräsident de Smet de Raeyer die Rede des Genossen Vanderweide über die finanziellen Unternehmungen des Königs zu widerlegen. Es gelang ihm aber nicht, den tiefen Eindruck, den die Rede Vanderweides gemacht, zu verwischen. Der Minister stellte sich selbst auf den Standpunkt, daß die Gelder der Sparlasten in ausländischen Unternehmungen angelegt werden müßten, sobald diese sicher erschienen. Von der Linken wurde dieser Ausspruch mit Recht als ein Zugeständnis, daß die Sparlastengelder im holländischen Bahnbau angelegt werden sollten, aufgefaßt.

England.

Eine Rede Chamberlains.

London, 10. März. Chamberlain erklärte im Unterhause, er hege nicht den geringsten Zweifel, daß die Aussichten für den andauernden Teil der Bevölkerung Transvaals und der Orange-Fronte sehr günstig seien. Der Ueberhauf der Einnahmen von Transvaal und der Orange-Fronte würde im nächsten Jahre bei weitem die Forderungen der beiden Anleihen überdecken. Was die zukünftige Regierungsform der beiden Kolonien betreffe, so könne er noch nicht sagen, wie lange Zeit verstreichen werde bis zur Errichtung der Selbstverwaltung. Zur Zeit wünsche keine verantwortliche Person Selbstverwaltung. Wenn aber die Voerenbevölkerung und

Die britische Bevölkerung mit großer Majorität Selbstverwaltung wünschten, würde es unklar sein, sie abzulehnen. Für jetzt liegt auf eine Reihe von Jahren das Kronkolonial-System im eigentlichen Interesse dieser Kolonien. Die gegen die Boeren erhobenen Anklagen wegen schlechter Behandlung der Eingeborenen seien zwar übertrieben gewesen, trotzdem sei die Lage der Eingeborenen jetzt besser als vorher. Die Wohlfahrt Transvaals hänge auf Jahre hinaus von der Goldindustrie ab. Englands Fehlschlag oder Erfolg entscheide sich mit dem Fehlschlag oder Erfolg der Goldindustrie. Er glaube, daß man die Eingeborenen in größerer Zahl zur Arbeit heranziehen könne, wenn man die Arbeit im Land losender gestalte. Zur Zeit halte er es aber für verfehlt, über diese Frage zu beraten. Ein Vorschlag, chinesische Arbeiter einzuführen, sei weder gemacht worden, noch würde er aller Wahrscheinlichkeit nach gemacht werden.

Nach weiterer Debatte bewilligte das Haus den für Südafrika geforderten Betrag von 20 255 000 Pfd. Sterl. —

Dänemark.

Massendemonstration gegen die Verschlechterung des kommunalen Wahlrechts in Dänemark.

Am Sonntag finden in Kopenhagen vier große Volksversammlungen statt, die gegen die Petition zur Einführung des Proportional-Wahlrechts unter Beibehaltung des 1000 Kronen-Census protestieren. Die sämtlichen Versammlungsorte waren überfüllt; Tausende konnten keinen Platz mehr finden. Seit Mitte der neunziger Jahre war der Andrang zu den politischen Versammlungen nicht so stark, wie am Sonntag. Der Protest richtete sich auch besonders gegen den liberalen Justizminister Alberti, der als der eigentliche Urheber der verdrängten Pläne gegen das kommunale Wahlrecht anzusehen ist und in seinem Organ „Dannebrog“ zuerst dafür Propaganda gemacht hat. In allen vier Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Kopenhagener Bürger, Männer und Frauen, versammelt am 15. März 1903, legen Protest ein gegen eine Veränderung im geltenden kommunalen Wahlgesetz, wodurch die Verhältniswahl eingeführt wird, ohne daß gleichzeitig das Wahlrecht ausgedehnt wird, und wobei also der gegenwärtige kommunale Einfluß der großen Masse der Bevölkerung vermindert würde. Die Versammlung erklärt, daß die Verhältniswahl nur in Verbindung mit allgemeinem Wahlrecht gerecht ist, und fordert die Regierung auf, baldigst die kommunale Wahlreform durchzuführen, die in der Rede des Ministerpräsidenten vom 4. September 1901 angekündigt wurde.“

Diese Resolution wurde am Dienstag dem Ministerpräsidenten durch eine Deputation des Socialdemokratischen Verbandes überreicht. — Die vier Protestversammlungen dienten zugleich als eine vorzügliche Agitation für die am 24. März stattfindenden Kommunalwahlen. Das starke politische Interesse, das in diesen Versammlungen zu Tage trat und besonders auch durch die beinahe gänzlich verdrängten Pläne der Reaktion gefördert wird, bürgt dafür, daß die Wahlbeteiligung sehr lebhaft werden wird. —

Eine Deputation, bestehend aus unseren Parteigenossen Rasmann, Knudsen, Landskjingsmann, C. C. Andersen und Follkehingsmann, Vorbjerg wurde am Dienstag vom Ministerpräsidenten Deunger im Ministerzimmer des Reichstags empfangen und überreichte ihm die in den vier Volksversammlungen angenommene Resolution. Rasmann Knudsen verlas die Resolution und begründete sie in kurzer Rede. Hieran schloß sich eine dreiviertelstündige Unterredung des Ministerpräsidenten mit unseren Parteigenossen. Schließlich gab Herr Deunger folgende geschriebene Erklärung ab, die dem Rigsdags Bureau zur Veröffentlichung überwiesen wurde: „Der Minister verspricht schriftliche Antwort, eventuell nach Entgegennahme der einkommenden Adressen.“

„Wir können hinzufügen“, schreibt „Socialdemokraten“, daß der Minister mit dem Worte „eventuell“ meinte, daß es so lange mit der Einbringung der Adressen (das kommunale Wahlrecht betreffend) dauern könnte, daß er sich veranlaßt sehen würde, schon vordem eine schriftliche Antwort auf die Resolution zu geben.“ —

Rußland.

Studentenstreik. Warschau, 20. März. Das „Bureau Herald“ meldet: In Zusammenhang mit der behördlichen Maßregelung derjenigen Studenten, die an den hiesigen Theaterdemonstrationen teilgenommen haben, ist an der hiesigen Universität ein Studentenstreik ausgebrochen.

Türkei.

Schlechte Erfolge der macedonischen Reformarbeit. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Belgrad berichtet: Die „Mlawna Srbija“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Weliez in Mazedonien, wonach dort gerade seit der Reformverbindung die Zustände trübselig geworden sind. Die dortigen Türken, die bisher ruhig waren, sind jetzt gewaltthätig und sollen einen Scheinbund für die Ausrottung der Christen gebildet haben. In der Nähe von Prileps haben türkische Soldaten fünf Bauern auf der Straße ermordet. Die Behörden verhalten sich diesen Greuelthaten gegenüber gleichgültig. —

China.

Amerika in China. Peking, 19. März. Der soeben den chinesischen Kommissaren gestellte Entwurf eines amerikanischen Handelsvertrages bestimmt, daß die chinesischen Einfuhrzölle höchstens 10 Proz., die Ausfuhrzölle 7½ Proz. des Wertes der Waren betragen sollen. Ferner erhalten amerikanische Bürger das Recht, überall in China Bergwerke zu erwerben, und China verpflichtet sich, Peking, Putsch und Tschinan in gleicher Weise wie die Vertragshäfen dem fremden Handel zu öffnen. —

Amerika.

Kubanisches. Washington, 19. März. Der Senat genehmigte heute mit 50 gegen 16 Stimmen den Gegenseitigkeitsvertrag mit Kuba nach Annahme verschiedener Abänderungsanträge, darunter einen Antrag auf Ausschließung jeder ferneren Herabsetzung des Zuderzollens für einen Zeitraum von fünf Jahren und einen Antrag, welcher die Genehmigung des abgeänderten Gesetzentwurfes durch das Repräsentantenhaus fordert. Der Senat vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit. —

Partei-Nachrichten.

Aus dem Justizhaus entlassen wurde am Donnerstag unser Parteigenosse Holt aus Wismar, in dem er drei lange Jahre gesessen hat wegen eines angeblichen Meineides. Der Prozeß gegen den Genossen Holt gehört zu den auffälligsten Erscheinungen in der Geschichte der politischen Prozesse; er gehört in die Reihe derjenigen Ereignisse, die kläglich die tiefe Kunst erweisen, die zwischen Herrschenden und Beherrschten liegt, die das Recht als ein Herrschaftsinstrument erscheinen lassen, als ein Kampfmittel des Klassenstaates, geschaffen zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft. Holt wurde ins Justizhaus geworfen, weil man ihn bezichtigte, er habe durch falsches Zeugnis einen Parteifreund vor einer kleinen Verleumdungssache retten wollen.

In Wismar veranstaltete an einem Sonntag im August 1899 ein gewerkschaftlicher Verein ein Fest für seine Mitglieder. Das Polizeiamt glaubte, an diesem Feste möchten auch Nichtmitglieder des Vereins teilnehmen, so daß das Fest eine öffentliche Lustbarkeit sei und daher der nicht nachgeäußerten polizeilichen Genehmigung bedürftig hätte; der Polizeikommissar König hatte zwei Polizisten beauftragt, in Zivilkleidung den Ausgang des Festlokales zu beobachten und die das Fest verlassenden Personen zu kontrollieren. Holt hatte beide Polizisten vor dem Lokal bemerkt; er nahm, als das Fest beendet war, Aufstellung vor der Haustür, einmal um, da er Mitglied des Bürgerausschusses war, die Thätigkeit der Polizisten zu beobachten und dann, um die auf die Straße hinausströmenden Festteilnehmer vor jeder Anrempelung der Beamten zu

warnen. Während das Publikum das Lokal verließ, fielen verschiedene Leute, in denen die Beamten eine Erhöhung erblickten. Als Kaser zeigte sie den Tischler Steinbrügger und den Tischler Wollenberg an und beide erhielten eine Anklage wegen Beamteneileidung. In der Gerichtsverhandlung sagte der von Wollenberg als Schutzzeuge geladene Holt eidlich aus, er habe zwar, während er das Publikum vor Erregungen gegen die Polizei warnte, Jurise gehört, er habe auch gehört, daß Steinbrügger einen solchen Ruf ausstieß, aber er habe nicht gehört, daß Wollenberg gerufen habe.

Der Meineid des Holt wurde darin gesehen, daß er den Ruf Wollenbergs nicht gehört zu haben behauptete. Wir sind überzeugt, daß Holt unschuldig verurteilt worden ist und wer sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen sich die streitigen Vorgänge abspielten, wird die Ueberzeugung gewinnen, daß es mindestens hohe Wahrscheinlichkeit für sich hat, wenn Holt behauptete, er habe den Ruf des Wollenberg nicht gehört. Da nun Steinbrügger, dessen Ruf Holt gehört zu haben erklärte, ebenso gut Socialdemokrat ist wie Wollenberg, so ist auch das Motiv, das Staatsanwalt und Gericht dem Holt unterstellten — einen Parteigenossen vor Strafe zu bewahren zu wollen — haltlos. Holt ist überdies Familienvater und stand als Mitglied des Bürgerausschusses im öffentlichen Leben. Es sprechen deshalb alle näheren Umstände des Falles für jeden objektiv urteilenden Beobachter gegen die Annahme, daß Holt der Wahrheit zuwider bestritten habe, den Ruf Wollenbergs gehört zu haben.

Das Bewußtsein seiner Unschuld hat dem Genossen Holt hoffentlich die moralische Kraft gegeben, die Tortur die Justizhauses ohne allzuschweren seelischen Schaden zu bestehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Verleumdung des Schneidmühlen-Besizers Müller** wurde in Oderberg (Pommern) der Genosse W. Künzele zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer öffentlichen Versammlung das Verhalten des Müller gegenüber organisierten Holzarbeitern kritisiert und auf dessen Strafantrag wurde Verleumdungssache im öffentlichen Interesse erhoben.

Aus Industrie und Handel.

Die das Unternehmertum der Finanzwelt bestritt ist, die Presse und damit die öffentliche Meinung in seine Gewalt zu bekommen, hat sich dieser Tage wieder in Dresden gezeigt. Es ist etwa ein Jahr her, daß die Dresdener Handelsredakteure Knoll und Jall von ihren bürgerlichen Verlegern entlassen werden mußten, weil es ans Tageslicht kam, daß sie von der verdrängten Partei für Handel und Industrie befehligt worden waren, zu Gunsten der Bank Stimmung zu machen. Gleiches der Preisstand großes Aufsehen erregte und sogar im Reichstage zur Sprache gelangte, wurde er in Dresden bald vergessen. Er ist in dem Grade vergessen worden, daß es ein großes Dresdener Bankhaus gläubig riskieren zu können, das Spiel von neuem anzufangen. Es suchte die Handelsredakteure dadurch für die Sanierung eines Industriewerkes zu interessieren, daß es ihnen ein unterhältnismäßig hohes Honorar für Neblamenotizen in Aussicht stellte. Die Handelsredakteure wiesen die Zumutung aber in einem gemeinsamen gemeinsinnigen Schreiben zurück. Da einer der Redakteure bezw. zwei Beamteneigenschaft besitzen, hätte die Staatsanwaltschaft eine Handhabe, auf Grund des § 333 des Strafgesetzbuchs gegen den Bankier vorzugehen. Der genannte Paragraf bedroht mit Gefängnis denjenigen, der einem Beamten Besondere oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um ihn zu einer Pflichtverletzung zu bestimmen.

Eisenbahnverstaatlichungen in Oesterreich. Der Eisenbahn-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit allen gegen drei Stimmen einen Antrag des Subkomitees an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Gesetzesvorlagen wegen Einlösung der Staats-Eisenbahngesellschaften und beider Rege der Oesterreichischen Nordwestbahn baldmöglichst einzubringen. Der Ausschuh nahm ferner mit 24 gegen 16 Stimmen einen Antrag des Subkomitees an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Kaiser Ferdinands-Nordbahn zum 1. Januar 1904 einzulösen. Schließlich wurde der Antrag angenommen, in die Verstaatlichungsalaktion auch die Oesterreichische Südbahn einzubeziehen.

Eisenbahnminister v. Wittel erklärte darauf, die Regierung sei ernstlich befreit, die Einwerbung der in Frage stehenden Bahnen unter für den Staat annehmbaren Bedingungen sobald als möglich herbeizuführen. Es sei bereits gelungen, bei der Nordwestbahn die Konditionierung der Prioritätsschuld und die Aufnahme einer Investitionsanleihe für das Ergänzungsgeschäft zu vereinbaren und hierdurch eine Reihe von Fragen, welche die Verstaatlichung erschweren, aus dem Wege zu schaffen, so daß diese Transaktion einen wesentlichen Fortschritt darstelle. Die Regierung beabsichtige auch, die Verhandlungen mit der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft wieder aufzunehmen. Von dem gleichen Bestreben sei die Regierung bezüglich der Nordbahn geleitet.

Die Erklärungen des Eisenbahnministers riefen an der heutigen Wiener Börse eine beträchtliche Steigerung der betreffenden Bahnpapiere hervor. Staatsbahnaktien stiegen bei großen Umsätzen um 5 Kronen. Ferdinand-Nordbahn um 50; auch die Nordwestbahn-Aktien gingen in die Höhe.

Arbeiterfrage in Südafrika. Die von Lord Milner nach Bloemfontein zur Beratung der Arbeiterfrage einberufene Konferenz gab ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die Eingeborenen im Süden des Landes den Bedarf an Arbeitern nicht decken könnten und daß es daher dringend notwendig sei, im ganzen britischen Süds, Mittel- und Ostafrika die Anwerbung von Arbeitern zu gestatten. Die Konferenz nahm ferner eine Resolution an, nach welcher die weitere Einwanderung ungelerner asiatischer Arbeiter gestattet werden sollte, wenn nötig unter Aufsicht der Regierung, welche auch für die Juridifizierung dieser Arbeiter in ihre Heimat sorgen sollte.

Zum Bericht vom Deutschen Handelstage. Von dem Bureau des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Geschäftsmänner Deutschlands (Eiffasserstr. 25 II) werden wir gebeten, festzustellen, daß dieser Verband, die einzige auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Handlungsgehilfen-Organisation, nicht, wie Herr Handelskammer-Syndikus Schloßmacher-Offenbach sagte, im ganzen 700 Mitglieder zähle, sondern 2700.

Bibliothek und Lesesaal der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. Eine weite Kreise interessierende Neuerung wird auf Beschluß der Kellerten der Kaufmannschaft von Berlin mit dem 1. April d. J. in Kraft treten. Bisher waren Bibliothek und Lesesaal (im Vörlagegebäude, Eingang St. Wolfgangstraße) für Korporationsmitglieder und deren Angehörige bestimmt, wurden aber tatsächlich fast nur von Vorkursbesuchern benutzt. Jetzt soll diese große kaufmännische Fachbibliothek wissenschaftlichen Charakters jedermann leicht zugänglich gemacht und der schönste Lesesaal Berlins dem Publikum geöffnet werden. Die Besuchszeit, die bisher auf die Stunden von 9—3 Uhr beschränkt war, wird vom 1. April d. J. auf 8—10 Uhr abends ausgedehnt und das Recht der Benutzung steht jedem Erwachsenen zu, der einen Bürgerschaftschein eines Mitgliedes der Korporation vorweist. Solche Karten sind bei allen Mitgliedern gratis erhältlich. Der Lesesaal enthält Zeitungen, Zeitschriften, Fachblätter und eine Handbibliothek. Die Bibliothek umfaßt mit ca. 11 000 Bänden umfaßt vornehmlich folgende Wissenszweige: Handelspolitik, Gewerberecht, Volkswirtschaftslehre, Statistik, Handelsrecht, Finanzwissenschaft, Geschichte, Geographie, kaufmännisches Unterrichtswesen und Patentrecht.

Sociales.

Die besonderen Schädlichkeiten des Blei- und Silber-Hüttenbetriebes. Im ersten Heft dieses Jahrganges der „Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen“ hat der Knapp-

schafsdorf Dr. Essäfer eine sehr beachtenswerte Untersuchung über die gesundheitlichen Schädlichkeiten der Blei- und Silber-Hüttenbetriebe und ihre Verhütung veröffentlicht. Es werden nicht nur die Verhältnisse, Arbeiten und Materialien in diesen Betrieben eingehend geschildert, sondern auch Vorschläge zur Abhilfe der damit verbundenen vielfachen Gesundheitschädigungen gemacht. Zunächst weist Verfasser darauf hin, daß ein großer Teil der hier verarbeiteten Erze arsenhaltig sind. Beim Verhütten dieser Erze mischt sich das Arsen als Arsenwasserstoff dem Hüttenrauch bei, der schon durch seinen knoblauchartigen Geruch dem erkannt wird, oder es wird durch Oxidation in arsenige Säure übergeführt, die sich als Arsenmehl in den Hütten ansetzt, dessen Staub ebenfalls leicht schmeere und tödliche Vergiftungen herbeiführen kann. Auch das häufige Vorkommen von Antimon, Kupfer und Quecksilber in den verhütteten Erzen übt einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit aus, letzteres verursacht Speichelfluß. Dazu kommt die ätzende Einwirkung der verwendeten Mineralsäuren, nämlich Schwefelsäure, salpetrige Säure, Salzsäure, Salpetersäure und salpetrige Säure. Der sich bei der Verhüttung der Erze bildende Schwefelwasserstoff verursacht Uebelkeit, Ohnmacht, Schwindel, Kopfschmerz, Augenentzündung und längeres Siedtum. Ferner ruft das bei mangelhaftem Abzug der Gase entstehende Kohlenoxyd heftige Vergiftungen hervor, die oft tödlich enden. Das Hauptgift aber ist das Blei, das in den Silberhütten als Nebenprodukt gewonnen wird. Es ist bekanntlich eines der hartnäckigsten Gifte, das nie wieder völlig aus dem Körper ausgeschieden wird. Es gelangt nicht nur durch die Verdauungs- und Atmungsorgane, sondern auch durch die Haut in den Körper, wo es durch die alkalischen Körperstoffe, Speichel und Darmsaft, aber auch durch den sauren Mageninhalt in Lösung gebracht wird. Wie Tierversuche ergeben haben, lagert es sich dann größtenteils als Bleicarbonat im Gehirn, Rückenmark und Nervensubstanz ab, kann aber auch in Knochen, Knochenmark, Leber, Nieren, Galle, Blut und Darm nachgewiesen werden. Zum Teil scheint es durch die Haut wieder ausgeschieden zu werden. Wenn man die Haut eines Bleikranken mit einer fünfprozentigen Schwefelnatriumlösung bestreicht, so färbt sich die Haut mehr oder weniger braun von Schwefelnatrium. Über diese Reaktion tritt bei veralteten Fällen weniger deutlich ein, als bei jungen. Selbst mit der Milch ist das Blei von stillenden Frauen auf die Kinder übertragen worden, wie verschiedene Fälle erwiesen haben.

In Preußen sind zwar im Jahre 1902 vom Minister für Handel und Gewerbe eingehende Erhebungen über die Gesundheitschädigungen der Blei-Hüttenbetriebe veranlaßt worden, aber eine genaue Statistik der Bleivergiftungen ist noch nicht aufgestellt. Nach Prozenten der Arbeiterzahl kann angenommen werden, daß von den beschäftigten Arbeitern 6 Prozent von gewöhnlicher Dosispestie (Verdauungsstörungen), 5 Prozent von echter Bleidosispestie, 4 Prozent von Magen- und Darmkrankungen und 1,2 Prozent von akuter Bleikolik befallen werden. Aber diese Durchschnittszahlen geben durchaus kein richtiges Bild, da sie in einzelnen Jahren bedeutend schwanken und überschritten werden. Denn es kommen auch Jahre vor, wo 33,33 Prozent der Arbeiter an Bleivergiftung erkranken. Essäfer faßt die Ergebnisse seiner Untersuchungen in folgende Sätze zusammen:

1. sieht man, daß die Bleivergiftungen bei Hüttenleuten recht häufig sind;
2. daß eine persönliche Disposition für Bleierkrankungen vorliegen muß;
3. daß die Hüttenarbeit als solche nicht immer die gleiche krankmachende Wirkung hervorruft, sondern daß das Auftreten von Bleivergiftungen in den einzelnen Jahren sehr wechselt;
4. daß durch hygienische Maßnahmen die Zahl der Erkrankungen sehr herabgedrückt wird.

Die Krankheiten selbst werden verursacht durch den feinen Staub, der beim Zerklümmern, Verpacken und Verladen der Roherze, der Zwischenprodukte, wie Kalkgut, und der Erzeugnisse, wie Bleiweiß, Glätte, Nennige usw. entsteht, aber auch durch Hautieren mit metallischem Blei, ferner durch Gase und Dämpfe, die im Hüttenrauch enthalten sind. Die Bleimengen, die als Flugstaub in der Luft herumfliegen, sind sehr beträchtlich. Sie können so bedeutend sein, daß sie die Mortalität des Werkes beeinflussen. So ist z. B. von einer Hütte berechnet worden, daß sie bei einer Produktion von 3000 Tonnen einen Verlust von 100 000 Kilogramm Blei hat, der nur zur Hälfte in der Schlacke geblieben sein kann, zur anderen Hälfte aber in den Hüttenrauch übergegangen sein muß. Deshalb ist in erster Linie darauf zu sehen, daß das Eindringen des Hüttenrauchs in die Arbeitsräume möglichst vermieden wird, was besonders durch banale Verbesserungen der Ofen und besseren Zug der Schornsteine vermieden wird. Dann soll das Material zur Vermeidung von Staub möglichst feucht zur Bearbeitung kommen. Endlich weist Verfasser noch darauf hin, daß sich der Hüttenrauch auch für Menschen und Tiere, die sich in der Umgebung der Hütte aufhalten, verberlich erwiesen hat. So sind Hiegen, Kinder und Enten schon häufig an dem schädlichen Einfluß des Bleies zu Grunde gegangen. Bei zu niedrigen Schornsteinen ist auch der nachteilige Einfluß des Bleies auf das Wachstum der Pflanzen augenfällig, dann zeigen Laub- und Nadelbäume ein trüffelhaftes Aussehen. Im nächsten Heft der Vierteljahrsschrift wird Verfasser den Schluß seiner Arbeit bringen, in dem er besonders die eingeführten Schutzmaßnahmen besprechen wird.

Gewerkschaftliches.

Nicht nach Kanada!

Vor einigen Wochen hatten wir bereits vor Anwerbung von Metallarbeitern nach Kanada gewarnt und darauf hingewiesen, daß solche Werbungen namentlich in der Gegend von Düsseldorf durch einen Ingenieur Baumgärtel für die Canadian Locomotive Company Limited, Kingston, Kanada, betrieben würden. 60 deutsche Metallarbeiter, welche auf Grund solcher Werbungen im November v. J. nach Kanada gingen, haben sehr schlechte Erfahrungen gemacht und sind dann durch die Hilfe der dortigen Metallarbeiter-Union aus ihrer üblen Lage befreit worden. Wie uns mitgeteilt wird, sollen neuerdings wieder Agenten in Deutschland thätig sein, um Arbeiter nach Kingston zu werben. Auch werden Modellfischer nach Toronto geschickt, wo augenblicklich Differenzen herrschen. Die Arbeiter werden deshalb im eignen Interesse gewarnt, solchen Werbungen Folge zu geben.

Berlin und Umgegend.

Gesellensauschuß der Handwerkskammer zu Berlin. Am Montag, den 23. März 1903, um 10 Uhr vormittags fand im Sitzungssaal des Landhauses, Berlin W., Matthäikirchstr. 20/21, die Vollversammlung der Handwerkskammer zu Berlin statt.

- Tages-Ordnung:**
1. Erstattung des Geschäftsberichtes.
 2. Abänderung des § 8 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.
 3. Festsetzung des Haushaltsplanes für 1903/1904.
 4. Ergänzungswahl des Vorstandes.
 5. Festsetzung der Dauer der Lehrzeit.
 6. Beschlußfassung über die Regelung des Submissionswesens.
 7. Anträge:
 - a) Wahl eines Ausschusses von 9 Mitgliedern behufs Ausarbeitung der Unterlagen für die Festsetzung einer Grenze zwischen Fabrik und Handwerk.
 - b) Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder von 5 auf 9.
 - c) Wie ist dem Gewerbe der Rode das ihm aberkanntes Recht, als handwerksmäßig Gewerbe zu gelten, wieder zu verschaffen?
 - d) Besprechung über die Verhältnisse der Innungs-Krankenkassen.
 - e) Stellungnahme zum 8 Uhr-Ladenstillstand.
 - f) Auf die Tagesordnung der Vollversammlung soll jedesmal der Punkt „Verschiedenes“ gesetzt werden.
- Die Mitglieder des Gesellensauschusses der Handwerkskammer und deren Stellvertreter sind hiermit zur Besprechung obiger Tagesordnung zum

Lohnbewegung in der Holzbearbeitungsbranche.

Der Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielt am Donnerstag eine von ca. 1000 Personen besuchte Versammlung ab, in der Hoffmann über den Stand der Aussperrung berichtete. Danach ist die Aussperrung zwar auch in letzter Zeit fortgesetzt worden, aber nicht in dem Maße, wie es von den Schachtmachern der Unternehmer gewünscht wird. Von den etwa 1800 Maschinenarbeitern sind in 33 von 220 Betrieben insgesamt 322 Arbeiter ausgesperrt. Mit diesem Resultat sind die Herren Koller, Mahardt und Genossen, die ja eine allgemeine Aussperrung inszenieren wollten, durchaus nicht zufrieden und sie lassen kein Mittel unversucht, um namentlich die kleineren Unternehmer zu zwingen, daß sie sich ihrem Willen unterordnen. Auch in der Unternehmer-Versammlung, die am Mittwoch stattfand, wurde mit Zwangsmitteln gedroht. Ein Oberschachtmacher verlangte sogar, daß eine General-Aussperrung vorgenommen wird und schlug vor, auch sämtliche Tischler usw. auszusperrten. Andererseits wurde empfohlen, an Stelle der Maschinenarbeiter Lehrlinge und jugendliche Arbeiter einzustellen und in einigen Betrieben ist auch bereits der Versuch gemacht worden, zu der außerordentlich gefährlichen Maschinenarbeit unqualifizierte Arbeiter heranzuziehen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch die Unfallgefahr ganz ungeheuer erhöht wird. Herr Eich behauptete zwar in direktem Widerspruch mit den Thatsachen, daß nur 2 Prozent der Maschinenarbeiter von Unfällen betroffen werden. Thatsache aber ist, daß, wie aus dem Bericht der Norddeutschen Berufsgenossenschaft für die Holzindustrie hervorgeht, jährlich über 5 Prozent der Holzarbeiter und ein noch höherer Prozentsatz der Maschinenarbeiter durch Unfälle verletzt werden. Dieser Umstand ist es auch, der die Arbeiter veranlaßt, sich einen wenigstens einigermaßen auskömmlichen Lohn für ihre schwere und gefährliche Tätigkeit zu sichern. Die vier Firmen, bei denen gestreikt wird, wären wohl in der Lage gewesen, die von den Arbeitern gestellten Forderungen anzuerkennen, ohne daß die Tischlermeister höhere Preise zu bezahlen brauchten, zumal in verschiedenen Präseerbetrieben schon lange die geforderten Löhne und sogar höhere bezahlt werden. Die Arbeiter waren auch von vornherein zu Verhandlungen bereit, fanden aber keinerlei Entgegenkommen, denn dieselben Unternehmer, die bei dem kleinsten Streik über den Ruin der Industrie jammern, wollten eben einen Kampf auf der ganzen Linie entfachen, wobei die kleinen Unternehmer die Kosten zu tragen hätten.

Der Referent berichtete sodann über die vom Vorstande getroffenen Maßnahmen und empfiehlt der Versammlung, der neuen Politik, die, wenn erforderlich, natürlich ebenfalls wieder geändert werden soll, zuzustimmen. Danach soll die bisher verweigerte Streikarbeit angefertigt werden, jedoch darf in denjenigen Betrieben, wo die Arbeiter ausgesperrt sind oder sich im Streik befinden, die Arbeit nicht aufgenommen werden, bevor nicht Verhandlungen stattgefunden und der Vorstand seine Zustimmung gegeben hat.

In der hierauf folgenden Diskussion erklärten sich alle Redner mit den vom Vorstande getroffenen Maßnahmen durchaus einverstanden und wurde die Kampfmethode der Unternehmer einer lebhaften Kritik unterzogen. Im übrigen wird erwartet, daß die Ausständigen, denen die volle Unterstützung zugesichert ist, bald in den verschiedenen Betrieben untergebracht werden können, nachdem sich die Arbeit überall angehängt hat und nottöndig fertiggestellt werden muß.

Der Streik der Militärschneider.

Nach dem Bericht, den Ritter am Freitagvormittag in der Versammlung der Ausständigen gab, ist seit Dienstag keine wesentliche Veränderung im Stand des Streiks eingetreten. Eine Firma hat zwar durch ihren Vertreter erklären lassen, daß sie den Tarif bewilligen wolle, verlangt aber, daß die Streikenden vorher die Arbeit wieder aufnehmen sollten, worauf natürlich nicht eingegangen werden konnte. Eine andere Firma wollte nur mit ihren Arbeitern verhandeln. Der Redner machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß endgültige Abmachungen sowie die Entscheidung darüber, ob bei einer Firma, wenn der Tarif bewilligt ist, die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, nur durch die Organisation getroffen werden könne. Bei der Firma Rohrbach haben die Militärschneider ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Firma hat jetzt ihre hiesige Werkstätte geschlossen. Ihre Absicht, die Arbeiten in ihren auswärtigen Filialen fertigstellen zu lassen, wird jedenfalls vereitelt werden. Es ist übrigens sonderbar, daß diese Firma in ihrer Filiale in Weß die Organisation der Schneider anerkennt und mit ihr verhandelt, während sie hier in Berlin sich dessen durchaus weigert. Die Militärschneider in Weß haben selbst jetzt vor einem Streik. Am Freitag sollten dort nochmals Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden, und wenn sie fehlschlagen, soll am Sonnabend (also heute) die Arbeit eingestellt werden. In Straßburg stehen die Militärschneider ebenfalls in einer Lohnbewegung. Der dort vor 2 Jahren abgeschlossene Tarifvertrag endigt mit dem 1. April, die Unternehmer aber weigern sich, ihn zu verlängern. Es ist ausgeschlossen, daß in diesen beiden Städten Streikarbeit für Berlin gemacht wird. In Markbrunn hat die Organisation bereits dafür gesorgt, daß, falls dort die Anfertigung von Streikarbeit verlangt werden sollte, dies unbedingt abgelehnt wird und eventuell sofort die Arbeit eingestellt wird. Ebenso sind in Potsdam, in Köln und Wesel, sowie in allen anderen in Betracht kommenden Städten Vorkehrungen gegen die Anfertigung von Streikarbeit getroffen worden. Im Warenhaus für Ramee und Maxine ist den Militärschneidern ein Lohnaufschlag von 8 Prozent geboten worden. In einer Beschäftigtenversammlung erklärte sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden gegen Annahme dieses Angebots und für Niederlegung der Arbeit. Der Redner erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Streikenden bis jetzt sehr erfolgreich ihre Forderungen aufrecht erhalten haben, und daß dies auch der Fall sein werde, selbst wenn der Streik noch wochenlang dauere. Daß dies der Stimmung der Versammlung entsprach, kam im lebhaftesten Beifall zum Ausdruck.

Die nächste Versammlung der Streikenden findet am Montagvormittag in den Arminalhallen statt. Eine Herrenschneider-Versammlung, die am Montagabend im Wilhelmtheater in der Friedrichstraße tagt, wird sich ebenfalls mit dem Streik der Militärschneider befassen.

Achtung, Töpper! Hiermit geben wir unseren Kollegen bekannt, daß die Tarifkommission es für angebracht hält, von nun an das Arbeiten auch auf solchen Bauten zu gestatten, wo der tarifliche Bestimmungen in Bezug auf die Vergütung der Fenster nicht mehr Rechnung getragen wird. Obwohl die Kommission den festgesetzten Termin (1. April) keineswegs für zu weit hinausgeschoben hält, glaubt sie im Interesse unseres Berufs zur Zeit so handeln zu müssen; es hiße andernfalls für einen Teil unserer Kollegen die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängern, trotzdem Arbeit in ausreichendem Maße vorhanden ist, die aber hinausgeschoben wird, da zur jetzigen Zeit die Ausführung der Töpperarbeiten nicht drängt und somit ein Druck unversucht auf die Bauunternehmer nicht ausgeübt werden kann. Andre Bauwerke, die hierzu in der Lage wären, ignorieren die Angelegenheit vollständig, und die Polizeibehörde hält es trotz der Verordnung des Herrn Polizeipräsidenten vom 1. Oktober 1901 nicht für nötig, sich um die Mißstände zu kümmern. Aus den angeführten Gründen geben auch wir unsere Zustimmung zu dem Vorgehen der Kommission und überlassen es unseren Kollegen, Arbeit auch nach solchen Bauten anzunehmen, wo die Fenster nicht verglast sind. Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpper.

Ueber die Verhältnisse der Militärschneider von der Meierei Schweizerhof haben wir in unserer Donnerstag-Nummer einen Bericht des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gebracht. Bezugnehmend darauf und die Direktion

der Meierei Schweizerhof um Aufnahme der nachstehenden Berücksichtigung:

Die Angaben des Verbandes entsprechen den Thatsachen nicht. Das Personal wirkt mit seinem Chef seit jeher im besten Einvernehmen und ist mit Lohn und Dienst nachweisbar sehr zufrieden. Die Direktion verbietet keinem Angestellten den Beitritt zu Vereinen irgendwelcher Art, noch verhindert sie deren Organisation. Es ist ferner der Direktion kein Verstoß gegen die Gewerbe-Ordnung bekannt und sie hat keine Konkurrenzanklage veranlaßt, die entlassenen bzw. abgegangenen Angestellten anzustellen. H. Zeitner.

Im Vorstehenden berichtet die Direktion Behauptungen, die gar nicht aufgestellt worden sind. Es ist nicht gesagt worden, daß die Direktion die Aufsicht an der Ausübung des Koalitionsrechts hindere, vielmehr wurde ausdrücklich bemerkt, die Direktion lege den Aufsichtern in dieser Beziehung keine Hindernisse in den Weg, wohl aber suche ein Teil der Aufsicht, sowie deren vorgelegte Angelegenheiten den Aufsichtern, welche ihre Organisationspflicht ausüben wollten, allerlei Schwierigkeiten zu machen.

Was die Verstöße gegen die Gewerbe-Ordnung betrifft, so dürfte es der Direktion bekannt sein, daß für die Aufsicht eine Arbeitsordnung im Sinne des § 134 b der Gewerbe-Ordnung in dem Betriebe nicht vorhanden ist, und daß die Strafgebühren nach Willkür und in einzelnen Fällen in einer Höhe erhoben wurden, die zu denken Veranlassung geben. Besonders haben die jungen Juristen unter diesem System zu leiden. Eine Abrechnung über die Strafgebühren ist den Aufsichtern ebenfalls bis dato nicht gegeben worden. Ueber den letzten Punkt der Verdrängung wird die Verhandlung vor dem Gewerbegericht, bei welchem die beiden Aufsicht wegen Schadensersatz die Klage eingereicht haben, Aufklärung bringen.

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Deutsches Reich.

Eine Schulbehörde im Dienste des Unternehmertums. In Magdeburg streifen bekanntlich die Tapezierer. Die Verwaltung der städtischen Fortbildungsschule traf sofort Maßnahmen zum Schutze der Unternehmer. Sie bestimmte nämlich, daß die sämtlichen Lehrlinge der Tapezierer-Innung (es sind 88) während der Dauer des Streiks vom Besuche der Fortbildungsschule zu entbinden seien! Auf diese offene Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer ging eine Deputation der Streikenden zum Stadt-Schulrat, um Abstellung der Maßregel zu fordern. Sie erreichte damit jedoch nichts, denn der städtische Beamte billigte das ungeheuerliche Eintreten der Schulbehörde. Das Gewerkschafts-Komitee hat nun beschloffen, beim Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Parteinahme der Behörde gegen die Streikenden zu protestieren, damit die sozialdemokratischen Stadtverordneten der städtischen Verwaltung Gelegenheit geben, öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Ferner beschloß das Komitee auch bei der Polizei Beschwerde einzulegen, die sonst sehr streng darauf hält, daß den Lehrlingen der dringend nötige Unterricht nicht vorenthalten wird.

Streik im Baugewerbe in Braunschweig. 450 Maurer, 100 Zimmerer und 300 Bauarbeiter haben, wie uns aus Braunschweig geschrieben wird, wegen Lohnforderungen die Arbeit eingestellt. Es wird eine Lohnzulage von 5 Pf. für die Stunde gewünscht. Die Unterhandlungen mit den Unternehmern, welche seit vor Weihnachten geführt wurden, haben kein Resultat gehabt. Sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter sind seit einigen Jahren in den Central-Verbänden organisiert, wodurch die Unterstützung gesichert ist. Zugang ist bis jetzt von keiner Seite erfolgt. Somit ist der Erfolg in kurzer Zeit zu erwarten. Es wird erwartet, auch ferner den Zugang von sämtlichen Bauarbeitern fernzuhalten.

Die Schneider in Jena haben ihre Lohnbewegung zu einem günstigen Ende geführt, nachdem das Bemühen der Arbeitgeber, an Stelle der Aussperrten, andre Ersatzkräfte zu finden, vergeblich gewesen ist. Während die Lohnaufstellungen in der zweiten Tarifklasse 12-15 Proz. betragen, ist für den ersten Tarif eine Erhöhung von 10-12 Proz. eingetreten. Die allgemeinen Forderungen: Abschaffung der Heimarbeit, Errichtung von Betriebswerkstätten, zehnstündige Arbeitszeit usw. wurden ebenfalls angenommen, wenigstens im Prinzip. Seit Donnerstag wird in allen Geschäften wieder gearbeitet.

Die Barbier- und Friseurgehilfen Bremen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Innung hat die Forderungen der Gehilfen abgelehnt. Zugang ist fernzuhalten. Gefordert wird die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, 20 M. Mindestlohn, Regelung der Arbeitszeit, paritätischer Arbeitsnachweis, Anerkennung des Verbandes.

Die Heisenhauer der Firma C. Offermann in Remscheid führen einen energischen Kampf für die Erhaltung ihres Koalitionsrechts. Die Firma hat 80 Arbeiter ausgesperrt, weil sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören. Aus diesem Anlaß fand, wie man uns aus Remscheid schreibt, am 18. d. M. eine Volksversammlung statt, die sich eines außerordentlich starken Besuchs — etwa 2000 Personen waren anwesend — erfreute. Die Versammlung verurteilte das Vorgehen der Firma und drückte den ausgesperrten ihre warmste Sympathie aus.

Ausland.

Der Ausstand der Amsterdamer Erdarbeiter breitet sich aus; ungefähr 700 Mann sind schon ausständig. Streikbrecher finden sich nur vereinzelt. 21 Arbeitgeber haben die Forderungen bewilligt.

Die Konferenz der Bergleute. London, 17. März. (Fig. Ver.) Die Delegierten der „Miners Federation“, die vorige Woche in London zusammentraten, um über die Lohnverträge der südwalisischen Bergleute zu beschließen, konnten zu keinem endgültigen Resultat gelangen, da Südwales unter sich nicht einig ist. Die Konferenz erklärte deshalb den südwalisischen Bergleuten, sich den Beschläffen der Gesamtorganisation zu unterordnen und darüber an die Leitung der Federation zu berichten, worauf eine neue Konferenz einberufen werden soll.

Haus der Frauenbewegung.

Rixdorf. Mittwoch, 25. März, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung für Männer und Frauen im Lokale des Herrn S. Thiel, Bergstraße 151/152. Tages-Ordnung: Die Frau als Mitkämpferin im Wahlkampfe. Referent: Genosse W. Manasse.

Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes von Rixdorf zeigt durch regen Besuch dieser Versammlung, daß ihre großes Interesse nimmt an dem Vorkampfe des Proletariats. Siehe auch Inserat am Dienstag.

Die Vertrauensperson, Frau Jeege, Rixdorf, Steinhewerstr. 120.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Fröster über die sozialpolitischen Debatten im Reichstage referierte. Der Referent lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien, die jetzt, nachdem sie durch ihre Protivander-Politik die intensive Ausbeutung der Bevölkerung gesichert haben, hauptsächlich in Sozialreform machen, um in Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen ihr bisheriges reaktionäres Treiben zu verschleiern. Er wies weiter nach, daß die ganze Sozialgesetzgebung, mit der sich die Regierung und die herrschenden Parteien so beisthen, durchaus ungenügend ist und eine wirkliche Sozialreform im Interesse der Arbeiterschaft nur von der Sozialdemokratie angestrebt wird. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. — Nachdem der Vorsitzende Wolderski noch zum Abendessen des „Vorwärts“ unter Berücksichtigung der für den

zweiten Kreis eingereichten Parteipetition und zum Beitritt in den Wahlverein aufgefordert, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost) hielt am 17. März bei Brüder, Waldemarstraße 75, eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Reichstags-Abgeordneter Segitz referierte über: „Die Sozialdemokratie im preussischen Landtage.“ Redner betonte, daß eine Vertretung der Sozialdemokratie im preussischen Landtage nicht nur ein hoher Gewinn für den größten deutschen Bundesstaat wäre, sondern auch für die politische und soziale Entwicklung in ganz Deutschland. Gelingen es unserer Partei, einige oder auch nur ein Mandat zu erringen, dann seien die schönen Zeiten vorbei, wo die Minister sich ihrer Verantwortlichkeit entziehen konnten, indem sie sich in das preussische Abgeordnetenhaus flüchteten. Andererseits könnte durch die Parlamente der Bundesstaaten sehr wohl ein Einfluß auf die Politik im Reich ausgeübt werden. Zum Beispiel sei der Justizvorlage die Grube von dem Augenblick an geschanft worden, wo sich die bayerische Abgeordnetenkammer einmütig dagegen erklärte. Sogar komme, daß die Einrichtungen Preussens, als des größten Bundesstaates im Reich, immer mehr vorbildlich für die übrigen Bundesstaaten würden. So werde die Verlehrsrepublik in Deutschland vorangehend von Preußen bestimmt. Redner schilderte dann eingehend die traurigen Verhältnisse im Reichslande, die unter dem preussischen Absolutismus und unter dem Druck der Macht der preussischen Agrarier, des preussischen Junkentums, besonders leiden. Einen breiten Raum in seinen Ausführungen nahm ein die kritische Würdigung der Rückständigkeit Preussens in Bezug auf die Bezahlung und Behandlung der Staatsarbeiter bei der Eisenbahn, im Bergbau, im forstwirtschaftlichen Betriebe usw. die Staatsbetriebe als alles andre, nur nicht als Mutterbetriebe erscheinen lassen. Auch die Inzulänglichkeiten der Gewerbe-Inspektion, die Vernachlässigung der Volksschule, die Verrohung des Gemüths durch nordpatriotische Geschichtsdarstellung in der Schule Preussens lenkte Redner treffend, um dann darzulegen, daß der böse Geist des Militarismus, vom Centralstaat Preußen ausströmend, sich ebenfalls immer mehr in anderen Bundesstaaten ausbreite. Das ganze System müsse unbedingt und mit ganzer Kraft bekämpft werden. Die preussischen Landtagswahlen böten die beste Gelegenheit dazu. Die Schwierigkeiten im Kampfe auf diesem noch unbekanntem Kampffelde seien groß, erschienen schier unüberwindlich, er hoffe aber, daß die Genossen in Preußen mit althergebrachtem Opfermut trachten würden, sie zu überwinden. (Stürmischer Beifall.) Nachdem Stumpe noch im Sinne des Referats gesprochen und Heinrich zur Bekämpfung der Ruderrei den Austritt aus der Kirche empfohlen hatte, schloß die Versammlung.

Die Kabinenarbeiter (Sektion des Centralverbandes der Maurer) beschloffen in ihrer Versammlung am 18. d. M.: „Dem Zweigvereins-Vorstand wird das Recht erteilt, eine entsprechende Summe vom Besitze des Zweigvereins-Vermögens zur Reichstagswahl-Agitation zu überweisen. Die Vertreterzahl soll die Höhe dieser Summe bestimmen.“ Ueber die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern berichtete Riefe, daß sich die letzteren den Forderungen der Arbeiter gegenüber weniger entgegenkommend zeigten, als es anfangs der Fall zu sein schien, denn sie wollten einige Zugeständnisse betrefend der Spanner und Cementierer wieder zurückziehen, was die Vertreter der Arbeiter aber entschieden ablehnten. Die Unternehmer wollten in dieser Angelegenheit demnächst Bescheid erteilen. — Quade regte an, daß, wenn die Puder ein Geschäft sperren, auch die Spanner die Arbeit einzustellen haben. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Unter Verschiedenem wurde festgestellt, daß bei der Firma Schulz, Charlottenburg, Accord gearbeitet wird. Reichert stellte den Antrag, die Firma vom Montag, den 23. d. M., ab zu sperren; die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, ebenfalls die dort in Accord arbeitenden Kollegen.

Am Donnerstagabend ist infolge Einschreitens des Vorsitzenden Riefe von Herrn Schulz, Charlottenburg, erklärt worden, nicht mehr in Accord arbeiten zu lassen. Die Sperre tritt daher nicht in Kraft.

Waldmannsfluß. Am 18. d. Mts. fand im Schweizerhause eine Volksversammlung statt. Der Arbeiter-Gesangverein aus Dalldorf leitete durch Vortrag eines Liedes die Versammlung ein. Hierauf hielt Otto Wels einen Vortrag über die Bedeutung des 18. März. Seine Ausführungen wurden von den aus allen Nachbarorten herbeigekommen Männern und Frauen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, in dem bevorstehenden Wahlkampf thätig zu sein und Mitglieder des Wahlvereins zu werden, schloß Genosse Schulz die Versammlung. Dann brachte der Arbeiter-Gesangverein aus Hermsdorf noch ein Lied zum Vortrag.

Brig. Am 18. März fand die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt, in welcher Genosse Händel einen Vortrag hielt über die Agitation zur diesjährigen Reichstagswahl. Derselbe wurde mit Beifall aufgenommen. Sechs neue Mitglieder traten dem Verein bei.

Lichtenberg. Zum Vericht über die Versammlung des Wahlvereins in Nr. 67 des „Vorwärts“ ist noch nachzutragen, daß die Genossen Degenhardt, Pinte, Vießegang, Liepe, Kette, Schulz und Floß als Delegierte zur Kreisconferenz des Kreises Niederbarnim gewählt wurden, und daß das Wahlkomitee für die am Dienstag stattfindende Gemeindevertreterwahl seinen Sitz bei Bernh. Lange, Wartenbergstr. 67 hat. Auf den Beschluß, daß die Mitglieder des Wahlvereins ihrer Wahlpflicht zu genügen haben oder die Gründe angeben müssen, aus denen sie der Wahl fernbleiben, wurde besonders hingewiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 20. März. (W. T. G.) Das Haus beendete die erste Lesung der Ausgleichs- und Zolltarifs-Vorlagen und wies die Ausgleichsvorlagen dem Ausgleichsausschusse, die Zolltarifvorlage gemäß dem Antrage Vaerentriether einem eignen, erst zu wählenden Jollauschusse zu.

Dampfer-Zusammenstoß.

New York, 26. März. (W. T. G.) Der Frachtdampfer „Alth of Taunton“ aus Fallriver und der Dampfer „Wilmington“ aus New York mit 500 Passagieren stießen in der letzten Nacht bei Rebel am Dsteingange des Long Island-Sundes zusammen. Der Bug der „Taunton“ drang zehn Fuß tief in die Steuerbordseite der „Wilmington“ ein, deren Gesellschaftsräume und zweite Kajüte zertrümmert wurden. Bis jetzt sind sechs Tote aus der Mannschaft der „Wilmington“ festgestellt; man befürchtet, daß sich noch mehr Tote in den Trümmern finden werden.

London, 20. März. (W. T. G.) Das Schwurgericht beurteilte den Giftmischer Alosowski, welcher sich unter dem Namen Chapanam hier aufhielt, zum Tode. Der Angeklagte hatte bekanntlich eine ganze Reihe Personen, meist Frauen, mit denen er eine Ehe eingegangen war, vergiftet.

New York, 20. März. (W. T. G.) Ein furchtbares Drama spielte sich auf einer Farm im Staate New York ab. Eine Frau Namens Trowbridge, welche plötzlich verfinnig wurde, erschlug ihre 50jährige Mutter mit einem Sägeleisen und schnitt sodann mit einem Rasiermesser ihrer 20jährigen Tochter den Hals durch, worauf sie die Farm in Brand steckte. Die zur Hilfeleistung herbeieilenden Nachbarn bedrohte sie mit einem Revolver. Schließlich begab sich die Verfinnigte in das brennende Gebäude, wo sie umkam.

Sydney, 20. März. (W. T. G.) Hier ist ein großes Lagerhaus, „The Henthall Bond“, in dem zehntausend Tonnen Waren lagerten, abgebrannt. Der Schaden wird auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt.

Reichstag.

288. Sitzung. Freitag, den 20. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Hr. v. Nischhofen.

Die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Abg. Bernheim (Soz.):

Der Herr Staatssekretär hat gestern zugegeben, daß selbstverständlich die russische Regierung in Deutschland die russischen Anarchisten überwachen läßt. Dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit protestieren. Einmal weil der Ausdruck „anarchistisch“ ein außerordentlich dehnbarer Begriff ist; es gibt Anarchisten, die vor dem Leben des Einzelnen eine weit größere Achtung haben, als ihre konfessionellen Gegner. Und außerdem wird durch dies System der Überwachung das Verhältniß zum Ausland sehr geschwächt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Haase hat den Haß Englands gegen Deutschland auf den Kontinentalkrieg der englischen gegen die deutsche Industrie zurückgeführt. Das ist eine ganz falsche Auffassung. Auch die amerikanische Industrie ist der englischen ganz gehörig auf den Leib gerichtet, von einer Mißgunst gegen die englischen gegen die amerikanische Bevölkerung ist aber nichts bekannt. Der wahre Grund der Mißgunst in England ist die Englandhete unserer Alldeutschen. Wenn bei jeder Gelegenheit England beschimpft und herabgesetzt wird, kann man sich über die Verschlimmung in England wahrlich nicht wundern. Und das wirkt gerade auf unsere ganzen internationalen Beziehungen. Die ewigen Schreiereien haben zur Folge den beinahe totalen Frieden, in dem ein Volk das andre durch Rüstungen zu überbieten sucht. Dazu daß dies besser wird, muß auch die Presse ihr Teil beitragen und vor allem die alldeutsche Presse. — Der Herr Reichskanzler hat sein Einverständnis erklärt mit dem Reformprogramm der Türkei und hat dies Programm als eine sehr glückliche Lösung der schwebenden Frage bezeichnet. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich gebe zu, daß wenn das Programm wirklich durchgeführt wird, allerdings in sehr wesentlichen Punkten auf dem Balkan eine Besserung eintreten würde. Vor allem gilt das von der Steuerreform; denn gerade unter dem jetzigen Steuerregime, unter den Unregelmäßigkeiten bei der Erhebung der Steuern leiden die Balkanstaaten am meisten. Aber leider können wir auf die Durchführung des Programms nicht rechnen, das hat die Erfahrung bei den früheren Reformprogrammen der Türkei bewiesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst den guten Willen der türkischen Regierung vorausgesetzt, ist es doch sehr zweifelhaft, daß sie jemals aus eigener Kraft dazu kommt, solche Reformen durchzuführen. Wenn die Balkanländer zum Frieden kommen sollen, dann muß eine gründliche Verwaltungsreform unter europäischer Kontrolle herbeigeführt werden. Die jetzigen Reformen sind nur Vorwand, um die nationalen Bewegungen im Balkan zu unterdrücken. Diese nationalen Empfindungen haben aber ihr Recht und werden mit Gewalt niemals unterdrückt werden können. Deutschland habe als Mitunterzeichner des Berliner Vertrages die Pflicht dafür einzutreten, daß die damals in Aussicht gestellten Reformen auch wirklich durchgeführt werden. Das europäische Völkerrecht, nicht nur England und Frankreich — muß zusammenreten, um ein Programm auszuarbeiten und der Türkei durchgreifende Reformen vorzuschreiben. Im Jahre 1878 hat sich die Türkei verpflichtet, „ohne weiteren Zeitverzug“ die Regelung der Verhältnisse in türkisch-aramenischen Bezirken zu beschleunigen. Wir alle kennen die Gräueltaten in Armenien, wie haben gehört, wie das armenische Volk von entmenschten Horden unter gewissenlosen Führern auf die grausamste Weise hingenommen wurde. Der Sultan hatte eben dem englischen Lord Salisbury sein Ehrenwort gegeben, daß mit den Reformen Ernst gemacht werde, und kurz darauf wurden die furchtbarsten Mordtaten in Armenien gemeldet, bis das armenische Volk blutend am Boden lag infolge der Unfähigkeit der europäischen Regierungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei handelt es sich doch um Länder, die von der Natur dazu bestimmt sind, Paradiese zu sein, die einmal Paradiese gewesen sind, jetzt aber zum großen Teil Wüsteneien gleichen. Es muß jetzt endlich einmal Ernst gemacht werden mit der Durchführung der Reformen in Armenien. Armenien verlangt ja nicht etwa die Loslösung von der Türkei, sondern lediglich Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen, Rechtsicherheit gegen Gewalttaten der Beamten und Einführung von Verwaltungsreformen, wie sie in Europa der konstitutionelle Agrarier unterzeichnete könnte. Werden jetzt die Reformen nicht durchgeführt, dann werden wieder neue Zustände und Meutereien die Folge sein, wie sie bereits mehrfach das Grauen und Entsetzen ganz Europas hervorgerufen haben. England und Frankreich werden durch den Widerstand Russlands und Deutschlands gehindert, das durchzuführen, was sie wollen, es ist mir aber vollkommen unerträglich, was Deutschland für ein Interesse daran haben soll, daß die Türkei nicht zur Durchführung der Reformen gezwungen wird. Daß man in guten handelspolitischen Beziehungen zur Türkei stehen kann, auch wenn man sie zu Reformen drängt, zeigen gerade Frankreich und England. Herr Dr. Dertel hat in Bezug auf den Orient von fragwürdigen verkehrspolitischen Unternehmungen deutscherseits gesprochen. Verkehrspolitisch sind diese Unternehmungen durchaus nicht fragwürdig, sondern ein Kulturwert. Sie werden aber nicht geschädigt, wenn Deutschland sich der Armenier annimmt. Noch ein anderer Volkstum leidet, leidet unfähig entgegen den Beschaffenheiten des Berliner Vertrages, und das sind die rumänischen Juden. Die Gleichberechtigung der Religionen ist im Berliner Vertrage ausdrücklich und zwar gerade im Hinblick auf die rumänischen Juden ausgesprochen worden. Rumänien verdankt seine Existenz der Hilfe der europäischen Staaten, in denen damals noch der liberale Gedanke mächtig war. Als Preis für diese Hilfe wurde eine humane Behandlung der jüdischen Bevölkerung von Rumänien verlangt. Aber die rumänischen Staatsmänner haben ihr Versprechen noch schlechter gehalten als die Türkei und zwar nicht aus Unfähigkeit, sondern aus bösem Willen. Ein schändlicher Vorbruch wird täglich begangen und mit unerhörter Grausamkeit werden die Juden dort behandelt. Unter den 3 Millionen Rumänen befinden sich 370 000 Juden, in der Mehrzahl echte Professorenen und Handwerker. Gegen sie richtet sich eine Politik der Ausgrenzung, wie sie ein rumänischer Staatsmann selbst genannt hat. Neben giebt einige Beispiele für die Art der Behandlung der Juden in Rumänien. Hat der Aufenthalt in den wenigen Städten ist ihnen gestattet; Landwerb ist ihnen verboten. In den Städten sind ihnen die schlimmsten Beschränkungen auferlegt. Ein raffiniertes Unrecht ist die Verhinderung des Unterrichts für die Kinder der rumänischen Juden. Die rumänischen Staatsmänner haben mit der Schamlosigkeit, die nur im Orient zu finden ist, verstanden, sich um die eingegangenen Verpflichtungen herumzudrücken. Es werden keine „Juden“ mehr ausgetrieben, sondern nur die „Fremden“. Die Juden werden als „Fremde“ aller Rechte beraubt. Die Kinder der armen proletarischen jüdischen Bevölkerung werden, D. nur ausnahmsweise in die Schulen aufgenommen und müssen, wenn sie aufgenommen werden, noch eine besondere Taxe zahlen. So behandelt man die Juden als rechtlos und brandstiftet sie noch außerdem. Die Fremden dürfen nicht Apotheker, nicht Rechtsanwältinnen werden, an öffentlichen Bauten wird kein „Fremder“, kein Jude beschäftigt, dabei sind die dortigen Juden wie gesagt, zum größten Teil Handwerker und Arbeiter. (Reichskanzler Graf Bülow tritt während dieser Ausführungen den Saal.)

einer Intervention bevor, worin die österreichische Regierung gefragt wird, was sie gegenüber den dem Berliner Vertrag geradezu Hohn sprechenden rumänischen Zuständen zu thun gedenke. So fragen auch wir heute den Reichskanzler: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß Schritte gehen werden, um die rumänische Regierung an ihre Verpflichtungen zu erinnern, und ist der Reichskanzler entschlossen, sich solchen Schritten anzuschließen? Deutschland ist ja in Rumänien handels- und leider auch finanzpolitisch interessiert. Aber diese Interessen sind ebenjowenig bedroht wie die des Friedens, wenn Deutschland in energischer Weise die rumänische Regierung an die Pflichten der Menschlichkeit mahnt. Rumänien ist vorwiegend durch ein blutsaugerisches Heer von Beamten. Leider war Deutschland viel öfter beteiligt bei der Niederhaltung als bei der Befreiung der Völker! Deutschland ist einer der Unterzeichner des Berliner Vertrages, Deutschland ist mit verantwortlich für die rumänischen Zustände. Die dortigen Unterdrückten schauen hilflos auf das Deutsche Reich, und es geht jetzt die dringende Mahnung an die deutschen Staatsmänner, ihre Pflicht zu thun, damit es nicht wieder heiße wie im „Don Carlos“: „Verkauft, verkauft und wiederum verkauft von dem berückelten Handelsmann im Norden!“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dertel (L.):

Der Herr Redner hat mit Mund und Hand flammenden Protest erhoben gegen die Verdrückung der rumänischen Juden. Europa hat den Protest gehört und Europa wird sich danach zu richten haben. (Große Heiterkeit rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Redner hat sich darüber beklagt, daß die rumänischen Juden nicht Wasser werden dürfen und nicht zu Verschönerungen zugelassen würden. Das ist gewiß sehr bedenklich. (Heiterkeit rechts.) Es ist mir die Frage, ob der deutsche Reichstag das Recht hat, gegen diese Behandlung der rumänischen Juden einzuschreiten. Ein gewisses Recht longediere ich, weil im Berliner Vertrag Bestimmungen enthalten sind, gegen die die rumänische Regierung verstoßen haben soll. Die rumänische Regierung ist aber nicht der Meinung, daß sie das getan hat, und die europäischen Regierungen haben diese Meinung auch nicht bestritten. Die Anregung Amerikas hat auch keine Gegenliebe gefunden. Wenn der Herr Redner gelesen hätte, was liberale Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“, über die rumänischen Juden geschrieben haben, so würde er verstehen, daß die rumänische Regierung die eigene Bevölkerung gegen gewisse Auswanderungsgeleüste der an sich fremden jüdisch-rumänischen Bevölkerung zu schützen sucht. Was in Armenien geschehen ist, haben wir lebhaft bedauert, können aber auch hier nicht einschreiten. Wenn der Reichskanzler wirklich bereit wäre, gegen diesen Zustand energisch Front zu machen und die Konsequenzen daraus zöge, dann würden die Herren der Linken die daraus entstehenden Maßnahmen entschieden belächeln und die Kosten rundweg abblehnen. (Sehr richtig! rechts.) Gestern haben sich die Herren durch Zwischenrufe dagegen gewandt, daß die Alldeutschen sich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen, während sie sie in diesem Falle selbst befehligen. Wir halten an der guten Beschlossenheit fest, daß wir uns in die inneren Gesetzgebungsangelegenheiten fremder Staaten nicht einzumischen haben. Der Anarchismus ist eine böse Krankheit, die ausgerottet werden muß. Das ist nicht möglich ohne Ueberwachung. Es ist dringend zu wünschen, daß die europäischen Staaten sich zu diesem Zwecke noch mehr vereinigen als bisher. Was die Englandhete anlangt, so wird haben und drüber gefündigt. Die Empörung über den Boerentrieg reichte bis in die Presse der äußersten Linken hinein. Wir halten uns von der Englandhete gänzlich fern, aber wir haben auch keine besonders herzlichen Sympathien für den Bitter jenseits des Kanals. Wir wollen korrekte Beziehungen zu England, aber wir wollen nicht in seinem Kielwasser segeln. Dr. Paasche tadelt mich, weil ich mich für „berufen“ gefühlt hätte, an dem Reichskanzler Censur zu üben. Sollen wir nur Kritik üben, wenn diese gänzlich ausfällt? Diese Auffassung von beschränktem Unterthanenverstand ginge selbst für einen Liberalen etwas zu weit. Ich fühle mich auch als Konfessionärer durchaus berechtigt, Kritik an der Regierung zu üben. Auch der Vortour des Dr. Paasche, ich hätte die Disconto-Gesellschaft angegriffen, trifft nicht zu. Wie sieht es aber mit dem „Kulturwert“ der venezolanischen Bahn? Die Disconto-Gesellschaft hat von dem finanziell kranken Staat Venezuela eine Zinsgarantie von 7 Prozent verlangt. Das ist ganz entschieden ein Kulturhat! (Heiterkeit und sehr gut! rechts.) Die Reichsregierung hatte durchaus keine Veranlassung, gerade die Forderungen der Disconto-Gesellschaft vorzuschreiben. Daß wir Deutschen im Auslande nicht sehr beliebt sind, schadet nicht viel. Wenn die Herren uns nicht lieben, so mögen sie uns wenigstens fürchten! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Hr. v. Nischhofen:

Die von der Disconto-Gesellschaft in Venezuela erbaute Eisenbahn ist allerdings in technischer Beziehung ein Kulturwert ersten Ranges. Die Zinsgarantie von 7 Prozent ist für die dortigen Finanzverhältnisse ein durchaus angemessener Satz.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Herr Dertel hat nicht bloß allgemeine Kritik an der Politik des Herrn Reichskanzlers geübt, sondern er hat sich in der That herausgenommen, eine direkte Censur, die Censur „leidlich“, in Bezug auf die Venezuela-Affäre zu erteilen. Das zu rügen hatte ich ein Recht. Die Venezuela-Bahn ist ein Kulturwert ersten Ranges und verdient wahrlich nicht eine Kritik, wie sie ihr in der „Großhain Zagezeitung“ zu teil geworden ist. Wenn das deutsche Großkapital solche Kulturunternehmungen in den Kolonien fördert, so sollte man das begrüßen. (Wavo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat gestern meine Bemerkungen über die Ausweisungen zurückgewiesen, hat sich dabei selbst in ein äußerst ungünstiges Licht gesetzt. Er hat behauptet, die Ausweisungen gehörten nicht zur Kompetenz des Reiches, sondern des preussischen Abgeordnetenhauses. Schon die Thatsache, daß der Herr Präsident Ausführungen, die nicht zur Kompetenz des Reiches gehörten, nicht gebildet haben würde, hätte ihn bedenklich machen müssen. Und in der That ist es nach Artikel 4 der Verfassung ganz unzweifelhaft, daß diese Ausweisungen zur Kompetenz des Reiches gehören. Artikel 4 schreibt vor, daß der Verfassungsgewalt seitens der Reichs-Gesetzgebung unterliegen: 1. Bestimmungen über die Freizügigkeit . . . und Fremden-polizei. Der Herr Staatssekretär hat sich auch schließlich selbst dadurch widerlegt, daß er auf einen der Fälle eingegangen ist. Ganz mißverstanden hat mich der Herr Staatssekretär, wenn er behauptete, ich hätte die Interessen von Ausländern vertreten. Mir lag vielmehr daran, die Interessen der deutschen Ehre und des deutschen Ansehens zu wahren. Es widerspricht aber der deutschen Ehre, wenn wir dem Auslande Schergendienste thun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für diese Fragen scheint allerdings sehr wenig Verständnis in leitenden Kreisen vorhanden zu sein. Der Herr Reichskanzler hat sich in seiner Rede sehr wenig als der moderne Geist gezeigt, für den man ihn ausgiebt. Er kann sich ruhig in die Reihe der Metternich, Schmalz und Bismarck stellen. Es ist festzustellen, daß Deutschland mit auswärtigen Staaten Vereinbarungen getroffen hat, die an die Heilige Allianz und die schlimmsten Zustände der damaligen Zeit erinnern. Zwei Fragen hat der Herr Staatssekretär vollständig vergessen zu beantworten. Ich habe gefragt, ob es wahr sei, daß Anordnungen getroffen seien von leitender Stelle an die Landesbehörden in Preußen und den anderen Bundesstaaten, solche Gefälligkeiten den russischen Behörden zu erteilen, wie ich sie gestern dargelegt habe; und ferner habe ich gefragt, ob Abmachungen mit Russland bezant getroffen seien, daß russische Staatsangehörige, wenn sie aus politischen Gründen bei uns angeklagt

werden, an die russische Grenze gebracht und den russischen Grenzbehörden übergeben werden sollen. Wenn auf diese Fragen keine Antwort erfolgt ist, so wird die öffentliche Meinung wissen, wie die Dinge liegen.

In Bezug auf den Fall Kalajew ging der Herr Staatssekretär davon aus, daß Kalajew an der Grenze als mittellose Auswanderer abgeführt worden sei. Wenn aber Kalajew 104 Schriften bei sich gehabt hat, auf Grund deren er in Charlottenburg Vorträge halten wollte, so geht doch daraus hervor, daß er nicht mittellos gewesen sein kann. Hier liegt also ein Widerspruch vor, und es ist damit wieder eine neue Ungehörigkeit seitens der Postbehörden an der Grenze aufgedeckt worden.

Die Citate aus den Schriften, die Kalajew bei sich führte, können wir ja nicht nachprüfen. Jedenfalls muß man mit solchen aus dem Zusammenhang gerissenen Citaten immer sehr vorsichtig sein. Dafür, daß es sich um anarchische Schriften gehandelt hat, liegt gar kein Anhalt vor. Der Staatssekretär betonte, es handelte sich um eine einfache Ausweisung, aber um keine Auslieferung. Thatsache ist, daß die Ausweisung so erfolgt ist, daß Kalajew den russischen Behörden übergeben worden ist. Das ist der entscheidende Punkt. Professor v. Bar hat mit Recht diese „Auslieferung unter dem Schein einer Ausweisung als eines unabhängigen Staates unwürdig“ bezeichnet.

Daß Frau Angel revolutionäre Schriften nach Russland eingeführt hätte, ist eine vollkommen unrichtige Behauptung der russischen Behörden, die sich lediglich auf die Aussage irgend eines untergeordneten Polizisten stützt. Der Grund, daß man Frau Angel so lange in Russland zurückbehält, lag nur daran, daß man hoffte, von dieser Frau Zeugenaussagen über andre Personen zu bekommen. Ueber das Besondere ist der Staatssekretär auch hier wieder hinweggegangen. Ich habe es besonders bemängelt, daß die Frau noch 1 1/2 Monate in Haft verblieb, obwohl das Verfahren schon längst abgeschlossen war und der Herr Staatssekretär hier erklärt hatte, die Angelegenheit sei erledigt. Ich habe es weiter bedauert, daß das Auswärtige Amt gegen das Postsystem nichts gethan hat, welches man gegenüber der Frau Angel in Russland anwandte, um von ihr Aussagen zu erhalten, während sie doch nichts auszusagen konnte. Herr v. Nischhofen hat ja sogar das Verhalten des Konsuls in Liebau in Scham genommen.

Der Herr Reichskanzler liegt aus keineswegs so, wie ihn der Staatssekretär gestern darstellte. Der Staatssekretär hat nur nebenbei solche Dinge vorgebracht, die den Kern der Sache nicht treffen. Er hat ausführlich dazumathem gesagt, die Sache könne doch nicht gar so schlimm sein, da der Mann der Frau Buchholz ja selbst dem Auswärtigen Amt seinen Dank ausgesprochen habe. Es ist interessant, wie groß der Eifer des Auswärtigen Amtes war, diesen Dank des Herrn Buchholz schriftlich fixieren zu dürfen. Man wollte offenbar mit diesem Dank paradien. Trotzdem der deutsche Vorkonsul in Petersburg vom Auswärtigen Amt beauftragt war, sich der Frau anzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie nicht auf dem Stappewege transportiert werde, sondern mit der Eisenbahn bis an die Grenze fahren dürfe, wurde die Frau auf dem Stappewege bis an die Grenze befördert. Ich begreife nicht, daß der deutsche Vorkonsul und das Auswärtige Amt dagegen nicht das geringste eingewendet haben. Die Mahnung des Staatssekretärs, man solle eben nicht mit verboltenen Schriften nach Russland gehen, trifft keineswegs die Dinge, wie sie liegen. Frau Buchholz war schon hier in Charlottenburg von der hiesigen russischen Polizei bei den russischen Behörden denunciirt worden, man erließ einen Steckbrief gegen sie, noch ehe sie die Grenze überschritten hatte. In Kasan wurden bei ihr zwar eine Anzahl Zeitungen gefunden, aber keineswegs solche, die anarchische Gewaltthatigkeiten predigen. Es war besonders die sozialdemokratische Zeitschrift „Iskra“, deren Tendenz sich scharf gegen den Anarchismus richtete. Wie rasch war die deutsche Regierung im Fall Lüders gegen Haiti mit Gewaltmaßregeln bei der Hand! Wenn aber in Russland gegen deutsche Reichsangehörige das schwerste Unrecht verübt wird, so erfolgen keinerlei Repressalien.

Nur über einen Punkt haben die Ausführungen des Staatssekretärs Klarheit gebracht, nämlich darüber, daß in Berlin ein Polizeidepartement der russischen Regierung besteht. Der Hinweis auf Paris ist keine Entschuldigung für diese verwerfliche Einrichtung. Die Schweiz hat niemals russische Polizeidepartements in ihren Grenzen gebildet, sondern im Gegenteil wiederholt russische Postpöbel ausgewiesen. Die Mittel, die Dr. Dertel gegen den Anarchismus empfahl, haben sich stets als aussichtslos und verfehlt erwiesen. Man trifft gewöhnlich solche Personen, die ein solches Schicksal gar nicht verdienen. Es ist auch ein ungeheurer Irrtum, daß es sich in diesem Fall um die Anarchistenfrage handelt. Wer wird nicht in Russland als Anarchist verdächtigt? Selbst die „Kriegs-Zeitung“ schrieb in einem Artikel vom 20. September 1902: „Wenn man in Russland die Unzufriedenheit beseitigen will, muß man die gesamte Intelligenz austrotten. Was man in Russland revolutionär nennt, sei vielfach das bloße Verlangen nach Gerechtigkeit und Befreiung.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um so unwürdiger ist in diesem Falle die deutsche Politik. Ich konstatiere mit Bedauern, daß die Haltung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes in diesem wichtigen Falle durchaus reaktionär und unfroh Landes unwürdig ist. So sehen moderne Staatsmänner nicht aus! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Hr. v. Nischhofen:

Der Redner hat wohl nicht das richtige Urteil darüber, wie moderne Staatsmänner aussehen. (Sehr gut! rechts.) Daß Abmachungen mit andern Staaten wegen Ueberwachung der Anarchisten bestehen, ist selbstverständlich. Die beiden speziellen Fragen dagegen, ob besondere Warnungen an die Landesbehörden ergangen seien und ob eine spezielle Ueberwachung der russischen Studenten stattfände, muß ich verneinen, so weit meine Kenntnisse reichen. Es bestehen eben andre Abmachungen, die gut funktionieren. Ob vielleicht manchmal Leute getroffen werden, die man nicht treffen will, läßt sich sehr schwer feststellen. Die Fremdenpolizei unterliegt zweifellos nach Art. 4 der Reichsverfassung der Kompetenz des Reiches. Ausweisungen aber sind Landespolizeisache. Das Auswärtige Amt hat die Aufgabe, die Interessen des Reiches und der Reichsangehörigen im Auslande zu wahren und andererseits die Rechte der vertragmäßig begründeten Interessen der Ausländer in Deutschland zu Geltung zu bringen. Es kam letzteres aber nur dann, wenn sich die Vorkonsul der betreffenden Staaten beschwerdefähig an das Auswärtige Amt wenden. So ist es ja auch gewesen, als der österreichische Vorkonsul sich über die Ausweisungen von Oesterreichern beschwerte. Wenn der russische Vorkonsul solche Ausweisungen zur Sprache bringt, so wird sich das Auswärtige Amt auch damit befassen. Diese Angelegenheiten gehören aber vor das preussische Abgeordnetenhaus.

Was den Fall Angel anlangt, so stellt das russische Erkenntnis fest, daß diese Frau ihrem Gatten jahrelang behilflich gewesen ist, revolutionäre Schriften nach Russland zu befördern. Dr. Gradnauer macht einen Unterschied zwischen „revolutionär“ und „sozialdemokratisch“. Das mag theoretisch richtig sein, es kommt aber auf die russische Praxis an, der wir uns fügen müssen. Wenn derartige Schriften hier unter den Linden verkauft werden dürfen, so ist das vielleicht von uns nicht immer einschließbar, aber jedenfalls sind sie in Russland verboten.

Ueber den Fall Buchholz sieht ja heute im „Vorwärts“ ein langer Artikel, in dem Herr Buchholz der russischen Regierung vorwirft, daß sie gegenüber unserm Vorkonsul ein so geringes Entgegenkommen bewiesen habe. Worin soll dieses geringe Entgegenkommen bestehen? Am 30. Dezember hatte sich Buchholz an das Auswärtige Amt gewandt, am 31. Dezember ist der Vorkonsul telegraphisch informiert worden. Bereits am 3. Januar teilte der Vorkonsul mit, daß die russische Regierung die Absendung eines Kostenvorwurfs geschickt habe. Am 4. Januar wurde das Geld abgesandt und an demselben Tage telegraphierte die russische Regierung nach Wilna, man solle die Frau, die sich bereits auf dem Stappewege befand, mit der

Eisenbahn weiter befördern. Dieses Telegramm kam aber zu spät an. Die Frau konnte nicht mehr erreicht werden, langte aber bereits am 7. Januar in Charlottenburg an. Im großen und ganzen kann also hier über eine Verzögerung oder eine Unfreundlichkeit der russischen Regierung gegen unsere Vorkämpfer nicht gelaugt werden. Man kann Herrn Buchholz nur raten, dafür zu sorgen, daß seine Frau zu Hause bleibt und nicht über die russische Grenze geht. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Herr Dr. Stadnauer sprach wieder von der deutschen Ehre und dem deutschen Ansehen. Diese nationale Phrase klingt ja ganz a la Millerand. Ich freue mich um so mehr darüber, als man derartige Worte sehr selten von der äußersten Linken hört. Ich glaube mich aber in Uebereinstimmung mit dem Ganzen und auch mit den Herren auf der Linken zu befinden, wenn ich sage, die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen werden weder durch Import ausländischer Anarchisten, noch durch den Export deutscher revolutionärer Schriften nach einem Auslande gefördert. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Schrempf (L.):
Den Ausführungen des Herrn Hasse über das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber den Deutschen in Ungarn kann ich mich in der Sache vollständig anschließen. Der Dreieck wird dadurch nicht gestiftet, daß gegen unsere Stammesbrüder in Ungarn in der Weise vorgegangen wird, wie das jetzt geschieht. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):
Der Herr Staatssekretär hat es wieder so dargestellt, als habe sich Frau Buchholz eines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht. Daß das nicht der Fall ist, beweist schon die Thatsache, daß Frau Buchholz in Rußland nicht verurteilt werden konnte. Wenn hier also ein deutscher Untertan ohne jeden Grund in Rußland verhaftet wurde, so war es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Reichsregierung, mit aller Energie und ohne Zeitversummung sich dieser Frau anzunehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat es für angebracht gehalten, dem Herrn Buchholz den Rat zu geben, er solle seine Frau nicht mit revolutionären Schriften nach Rußland lassen. Hat sie denn das überhaupt gethan? Wie kommt der Herr Staatssekretär dazu, Herrn Buchholz einen solchen Rat zu erteilen, damit will er offenbar nur die Verfehlungen des deutschen Vorkämpfers beschönigen, das alles sind ja nur Redensarten. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Hüsing: Ein Bundesratsmitglied macht keine Redensarten, ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Herr v. Nichtshofen hat wieder betont, daß Ausweisungen Landesfremde seien. Nach dem Wortlaut der Verfassung hat das Reich die Aufsicht zu üben über die Ausweisungsmassnahmen der Einzelregierungen. Wir beschweren uns darüber, daß durch die Handhabung der Ausweisungsbefugnis die betreffenden Leute der Willkür der russischen Behörden ausgeliefert worden sind.

Der Herr Reichskanzler hat sich über die Behauptung gegen Deutschland im "New York Herald" und ähnlichen Blättern beklagt. Diese Artikel werden aber genährt durch Auslassungen unserer alldeutschen Blätter. So wurde in einem E. S. unterzeichneten Artikel in den alldeutschen Blättern der Wunsch ausgesprochen, daß die deutsche Regierung künftig zu Eroberungen in Südamerika kommen möge. Das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber den Deutschen in Ungarn bedauert auch wir, aber unsere Regierung und die konservativen Parteien haben so lange kein Recht, dagegen zu protestieren, als bei uns fremde Völker in derselben Weise unterdrückt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Nichtshofen fand es angehtig die finanziellen Verhältnisse in Venezuela ganz gerechtfertigt, daß die Diskonto-Gesellschaft für die Zinsgarantie sieben Prozent Zinsen genommen hat. Das ist zu arg: Der Unterschied zwischen den Zinsen, welche die Diskonto-Gesellschaft in Deutschland für die Anlegung ihrer Gelder erhalten hätte, und den Zinsen, die sie bei den unsicheren Verhältnissen in Venezuela verlangen konnte, das ist die Risikoprämie. Dieses Risiko wäre aber gar nicht vorhanden, wenn die Reichsregierung in jedem Falle hinter eine solche Gesellschaft treten und für die Einlösung ihrer Forderungen sorgen würde. Die hohen Zinsen konnten ja nur verlangt werden, weil man mit den unregelmäßigen Verhältnissen in Venezuela rechnete, daher hat die Gesellschaft das Recht auf Säug ihrer Forderungen durch die Reichsregierung verwirklicht. Wenn wir dem deutschen Kapital einen höheren Zinsgenuss im Auslande von Reichs wegen garantieren, so treiben wir geradezu das deutsche Kapital ins Ausland. Der Reichskanzler verkennt vollständig unseren Standpunkt, wenn er uns Kirchenthumspolitik vorwirft. Wir wenden uns nur gegen die kriegerische Weltpolitik. Wir treten dagegen ein für die Ausdehnung des Verkehrs der Nationen untereinander durch möglichste Öffnung der Grenzen. Wir sind auch ganz damit einverstanden, daß es den Deutschen erleichtert wird, im Auslande ihrem Erwerb nachzugehen. In sehr unglücklicher Weise hat der Reichskanzler das Deutsche Reich mit einem Schneedenhaus verglichen. Er meinte, wenn wir nicht danach streben, im Auslande unser Gebiet auszudehnen, so könnte eines schönen Tages das Reich wie ein Schneedenhaus zerfallen werden. Das steht im vollen Widerspruch mit der Verherrlichung der großen Stärke und Macht des Reiches, wie wir von jener Seite immer zu hören bekommen. Von den Kolonien hat Deutschland weder Unterstützung durch Geld, noch durch Truppen zu erwarten. Es muß im Gegentheil selber seine eigenen Kräfte schwächen, um das ausgedehnte Kolonialgebiet gegen Angriffe sicherzustellen. Also gerade die Rücksicht auf die Sicherheit des Deutschen Reiches muß uns veranlassen, gegen diese ausdehnungslüsterne Weltpolitik Front zu machen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Freiherr v. Nichtshofen:
Die Ausführungen des Vorredners über Venezuela waren mir an sich nicht nach allen Richtungen unympathisch. Im vorliegenden Falle ist die Risikoprämie schon durch das Arrangement von 1898 weggefallen. Im Falle Buchholz warf mir Herr Ledebour vor, es sei eigentlich alles unwahr, was ich gesagt hätte. Meine Angaben beruhen aber teils auf den Berichten der kaiserlichen Vorkämpfer in Petersburg und zum wesentlichen Teil auf den schriftlichen Angaben des Herrn Buchholz selbst. Die russische Regierung hat uns mitgeteilt,

daß das Strafverfahren von den russischen Behörden gegen die Frau Buchholz eingeleitet worden sei, weil bei einer Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung in Kasan revolutionäre Schriften vorgefunden seien. Der Herr Buchholz selbst hat auch uns gegenüber seine Strenge behauptet, daß seine Frau nichts begangen hätte. Wir haben versucht, die Ueberführung der Frau so angenehm wie möglich zu gestalten. Es war nicht unsere Schuld, daß das nicht ganz gelungen ist. In solchen Fällen werden wir nie geneigt aufzutreten, sondern nur da, wo Rechte unserer Staatsangehörigen wirklich verletzt worden sind. (Bravo! rechts.)

Abg. Schrader (fr. Vg.): Wenn die russische Regierung bei der Frau Buchholz verbotene Schriften vorgefunden habe, so hätte sie sie auszuweisen können. Das in Wirklichkeit von ihr eingeschlagene Verfahren aber sei durchaus verwerflich.

Abg. Meißner (Soz.):
macht auf Pflichtverletzungen der deutschen Konsuln im Auslande gegenüber deutschen Seeleuten aufmerksam. Den Seeleuten werde dadurch alles Vertrauen zu den deutschen Konsulaten genommen. Der Konsul Viktor Gschke in St. Paolo in Brasilien habe einen erkrankten Seemann mit einer schriftlichen Anfrage an einen Schiffskapitän gefandt: „Können Sie Ueberbringer dieses gegen Erstattung der Interlosten mit nach Hamburg nehmen?“ Das ist doch eine Gefährlichkeit. Die Reedereien haben nach der Seemannsordnung die Verpflichtung, erkrankte Seeleute auf ihre eigenen Kosten in die Heimat zu befördern. Trotzdem hat der Konsul Dr. Gumprecht in Hongkong einen Schiffsmann, der nach ärztlichem Zeugnis an schwerem Herzleiden und Malaria erkrankt war, zu verfrachten gegeben, er könne wohl in die Heimat zurückbefördert werden, aber nur auf seine eigenen Kosten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dr. Gumprecht hat auch die Möglichkeit des ärztlichen Attestes bezweifelt und den Verdacht geäußert, daß der Mann wohl simulierte. Als der Schiffsmann in Bremerhaven ankam, war er auf die Milderthätigkeit fremder Leute angewiesen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dieser unerhörte Fall ist um so auffällender, als Dr. Gumprecht schon in einem früheren Fall, wo es sich auch um einen erkrankten Schiffsmann handelte, mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung geraten ist. Dieser Konsul pfuscht nicht nur den Ärzten ins Handwerk, sondern er macht sich auch die Funktionen der Seemänner an. Er hat einen Seemann, der desertiert war, weil er die brutale Behandlung seines Kapitän nicht mehr ertragen konnte, widerrechtlichweise in eine sofort zu erlegenden hohe Geldstrafe genommen. Der Mann hat dagegen, als er in die Heimat zurückgekehrt war, gerichtliche Entscheidung beantragt. Es müßte gegen den Konsul vorgegangen werden, daß er das von dem Manne zu Unrecht eingezogene Geld zurückerstattet.

Ein dritter Fall bezieht sich auf das Konsulat in Port Natal. Dieses Konsulat habe einen unter der Einwirkung des Alkohols stehenden Kapitän, der einen Mann hinterücks erschossen hatte, und dem die Mannschaft mit dem Steuernmann an der Spitze das Kommando genommen hatte, weil die Gefahr bestand, daß das Schiff auf den Strand laufen würde, gegen den Willen des Reeders mit der Weiterführung des Schiffes betraut, während der Steuernmann vom Reeder damit beauftragt war. Der Konsul hat weiter dem Kapitän geraten, den Steuernmann als Meuterer verhaften und als Gefangenen nach Hamburg schaffen zu lassen. Der Kapitän ist dann als Passagier nach Hamburg gekommen und hat den Steuernmann wegen Meuterei denunziert. Der Staatsanwalt lehnte zuerst die Einschreitung ab. Die erste Strafkammer beschloß aber die Einleitung des Strafverfahrens. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde der Steuernmann freigesprochen und ihm die Verteidigungskosten und notwendigen Auslagen zuerkannt. Es ist ganz unbegreiflich, was das Konsulat zu einer solchen Handlungsweise veranlaßt hat. Unter den Seeleuten taucht da die Vermutung auf, die ich nicht teile, daß die Beziehungen des Kapitän zum Konsulat nicht auf rein idealer Grundlage verlaufen sind. Jedenfalls ist es notwendig, daß das Auswärtige Amt die Konsuln ohne Ausnahme anweist, sich eine eingehende Kenntnis der Gesehe und der Pflichten eines Konsuls zu verschaffen. Kollege Herzfeld hat bereits bei der Beratung der Seemanns-Ordnung den Wunsch geäußert, daß die Berichte über die Seemanns-Verhandlungen im Auslande dem Reichstage unterbreitet würden. Ich kann mich diesem Wunsche nur auf das entschiedenste anschließen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Freiherr v. Nichtshofen:
Auf einzelne Fälle kann ich nicht eingehen. Der Herr Vorredner hätte wohl gethan, sie mir vorher mitzuteilen. Den Herren meines Amtes ist nur der Fall Gumprecht erinnerlich und der liegt nach ihrer Erinnerung gerade umgekehrt. Der Herr Vorredner hat die Ansicht, die unter einzelnen Seeleuten bestehen soll, als wäre unser Konsularcorps nicht intakt, sich nicht angeeignet. Er hätte aber besser gethan, sie gar nicht zu erwähnen. Der deutsche Beamtenstand ist über solche Behauptungen erhaben. Die Konsuln sind Stützen unserer Seeleute. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Dertel (L.) polemisiert gegen Paasche.

Abg. Ledebour (Soz.):
Ich habe betont, daß Frau Buchholz nicht verurteilt sei und daß russische Richter sie sicher nicht freigelassen hätten, wenn ihr irgend etwas hätte nachgewiesen werden können. Das Altkleid, das Herr v. Nichtshofen verlas, beweist demgegenüber gar nichts. Der Herr Staatssekretär hat mit seinen Ausführungen der russischen Polizei geradezu einen Freibrief angesetzt, deutsche Untertanen, die auch nur in den Verdacht revolutionärer Gesinnung geraten, zu mißhandeln. Dagegen müssen wir Protest einlegen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Es ist schon schlimm genug, daß die deutsche Regierung das niederträchtige Spitzelwesen der russischen Polizei in Deutschland duldet, das sich, wie sich in diesem Falle zeigt, nicht nur gegen russische, sondern auch gegen deutsche Untertanen wendet. (Lachen rechts.) Daß Ihnen (nach rechts) diese Mißhandlung deutscher Untertanen durch russische Spitzel gleichgültig ist, beweist den wirklichen Grad Ihrer Vaterlandsliebe. Die schlimmsten Zeiten der heiligen Allianz sind niedergelegt, wenn die deutsche Regierung sich zum Handlanger der russischen brutalen Parentwillkür macht. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Abg. Meißner (Soz.): Ich hatte angenommen, daß die Hamburger Polizeibehörde das Auswärtige Amt von so wichtigen Vor-

gängen in Kenntnis setzen würde. Der Vorwurf der Einseitigkeit gegen mich ist ganz unbegründet, ich habe lediglich zwei Gerichtsverhandlungen hier vorgetragen.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Zu Brief- und Paketporto für die dienstliche Korrespondenz, Telegraphengebühren etc. werden 675 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt, nur 680 000 M. zu bewilligen. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos bewilligt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr (Kolonialetat, Böde, Etatdresse). Schluß 8 1/4 Uhr.

Theater.

Neues Theater. „Die Kreuzschreiber.“ Bauernkomödie in drei Akten von Ludwig Anzengruber. — Darstellung und Inszenierung der Bauernkomödie in Reinhardts Neuem Theater waren vorzüglich; die einzelnen Figuren nicht weniger wie die Massengruppen, der betrieblie Chorus der Bauern, wie der spöttlich-raunfultig-fangesfrohe der ledigen Burche treten mit farbiger Bestimmtheit hervor. Nach Anlage und Idee möchten „Die Kreuzschreiber“ die originellste aller Anzengruber'schen Komödien, überhaupt eines der allerbesten Lustspiele sein. Daß die Bauern eines Gebirgsdorfes auf gutes Jureben eines pfiffigen, bei dem Handel persönlich interessierten Großbauern ihre Kreuzschreiber ganz arglos unter eine „altfahrbolche“ Erklärung setzen — die Geschichte spielt zu Beginn der 70er Jahre unmittelbar nach der Proklamation des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas — und daß die Weiber, von den Pfaffen in der Weichte aufgebeht, die Verirrten durch einen allgemeinen Gestriff auf den Weg der Pflicht zurück zu schenken suchen, ist ein köstlich satirischer Einfall. Und vollends der Ausdruck erhebt sich in archaischem Uebermut. Die Bauern, denen die Vertreibung aus dem Schlagemach und das Kampieren auf dem Heuschaber schwere Mümmernis bereitet, drehen auf den Rat des Steinlopfershannes, des in seiner Armut allzeit fröhlichen, so ganz und gar nicht kirchengläubigen Weltwunders, den Spieß um. Die Pfaffen haben durch den Mund der Weiber eine Bußfahrt nach Rom von den läudhaften Unterzeichnern verlangt; und wirklich rüden nun die Männlein feierlich geschmückt in langem Pilgerzuge unter geistlichem Gefolge an — ein jeder mit einem schmuden mitpilgernden Dirndl aus dem Dorfe am Arm. Diese Scene mit dem Ansturm der erschredten Weiber, die ihre Männer nun um jeden Preis zurückhalten wollen und unter stetem erneuten Gesang von der frommen Schaar beiseite geschoben werden, bis sich schließlich alles in eitel Wohlgefallen auflöst, ist, wie von überwältigender Komik, so zugleich die feinste und wichtigste Strichberispottung, die in neueren Zeiten sich je auf die Bühne gewagt. Glanzvoll kam sie bei der Vorstellung heraus. Auf dem Weg davor giebt es bei Anzengruber freilich mancherlei Längen. Die Ausdehnung zeigt nicht überall jenen Geist reichsprudelnder Laune, aus welchem die Idee geboren ist. Breit, mit bequemer volkstümlicher Technik — charakteristisch ist der häufige Scenenwechsel — geht sie auf die Ausmalung des Zuständlichen ein, ohne viel darauf Bedacht zu nehmen, durch ein fortwährendes lustiges Geklatzer überraschender Einfälle die Spannung Schritt vor Schritt von neuem zu erzeugen. Auch einige Unwahrscheinlichkeiten mehr hätte man um diesen Preis, zumal ja die Idee selbst über allzu enge Wirklichkeitsverwägungen mit fahner Phantasie hinwegsetzt, gern mit in Kauf genommen.

Von der trefflichen Schöpfung des Ensembles war schon gesprochen. Die beiden größeren häuerlichen Rollen, der verliebte Huber vom „Gelsen Hof“ und Josepha, das hübsche herrlich-füchtige Weiblein, wurden von Giampietro, dem man keine Schmeichelei-Vergangenheit in den Pariser Schwänken gar nicht mehr anmerkt, und von Marie Glümer mit viel drohig natürlicher Frische gegeben. Die Ehren des Abends gehörten Herrn Rastinelli, der einen prächtig-echten Steinlopfershannes schuf — nur etwas fehnig kräftiger in den Bewegungen hätte man den alten Proletarierphilosophen sich noch wünschen mögen — und gleichermäßen Direktor Reinhardt, dem Darsteller des alten Breninger. Meisterhaft trug er die rührende Geschichte des Alten vor, dem die Trennung von der Frau, mit der er 50 Jahre Tag und Nacht zusammen lebte, wie ein fürchtbar namenloses Unglück auf die Seele brühte. —

Briefkasten der Redaktion.

Tischen. Wieht es im Buchhandel nicht. — **M. G. 50. 1.** Rein. 2. Antioch im juristischen Zeit. — **S. Sch.** Unter Berufung auf uns fragen Sie an bei Herrn Wipke, Hamburg, St. Pauli, Wilhelmstraße 5 II. — **S. D. 1000.** Gute Auskunft werden Sie erhalten durch Herrn Baummann, hier, Lindenstr. 43 I. — **Schröder.** Nur acht umfangreiche Fragen — und was für Fragen — mit einer erheblichen Anzahl von Unterfragen. Ausführlich beantwortet giebt das ein paar Abhandlungen oder Vorträge. Welche Vorträge müssen Sie haben von dem massenhaften Vorhandensein überflüssiger Zeit einer Redaktion. Etwas Entschämtheit kann auf diesem Gebiete wirklich nicht schaden. — **P. W. 17.** Rein. — **Salomon.** Die Turmhöhe des Ulmer Doms 161 m, des Kölner Doms 160 m. — **S. P.** Kein Bedarf, da gut versehen. — **Abiturium.** Wachen Sie das H. als Wilder. Sprechen Sie zuvor mit einem Realchuldirektor darüber. — **Mejaldyl.** Versuchen Sie es mit sachmännlichem Rat: Hebamme oder Arzt. — **D. 78.** Potsdamerstraße, Ecke der Grunewaldstraße. Neu angelegt in Dahlem, unweit Steglitz. Höheres müssen Sie an der einen oder anderen Stelle erfragen. — **G. Sch.** (Eichenborfstraße). Sind Sie aber ein Pfiffikus. Klein Sie fragen ja gar nicht für Behauptungen und Ihre Behauptung ist in der Briefkasten nicht da. Vielleicht wird Ihr Wunsch im lokalen Teile Erfüllung finden. — **K. 100.** Fragen Sie an beim Bund der Berliner Grundbesitzervereine. Geschäftsstelle: Burgstr. 14. — **Aufführung.** Wenden Sie sich an Herrn Doster, Generalkonsul, Berlin, Scheffingstr. 5 III. — **Bernauerstr. 28.** Sind Jungepögel. — **Ein Nachbar.** Nach den Nachforschungen, die mir infolge Ihres Schreibens anstellen liegen, hat sich herausgestellt, daß sowohl Ihre Informationen als auch die des betr. Blattes falsch sein müssen. Der angeblich Verstorbenen — übrigens kein Krüppel — lebt nicht nur noch, sondern er weist nicht einmal irgend nennenswerte Verletzungen auf. Auch hätten Sie gut gethan, uns Ihre Adresse mitzuteilen, da wir uns dann zur Erleichterung unserer Recherchen mit Ihnen hätten in Verbindung setzen können.

Die Nordseestürme sind vorüber und die demzufolge reichlicher ausfallenden Fänge gestatten uns, zu nachstehenden billigen Preisen zu offerieren:

Cabliau ohne Kopf, im Anschnitt Pfd. 30 Pf. in der Größe von 2-4 Pfd. à Pfd. 25 Pf.

Schellfisch in allen Größen Pfd. 20-35 Pf.

Aufternfisch sehr fein Pfd. 30-40 Pf.

Seelachs Pfd. 30-35 Pf.	Adlerlachs Pfd. 40-50 Pf.
Grosse Schollen (Goldbutt) Pfd. 45-50	Seekarpfen 45-50
Bratflundern 30-25	Seehecht 38-45
Kaurrhahn 25-30	Seeforellen 70-75
Rotzungen 40-45	Rougets 45-50

Lebende Karpfen u. Schleie, Seezungen, Heilbutt, Steinbutt ebenfalls billig.

Reichhaltiges Kochbuch erhält jeder Käufer gratis

Kostproben auf Wunsch gratis

Für die Fastenzeit

Delikatess-fischsülze Pfund 50 Pf. (ausserordentlich billig).

Delikatess-Seeaal in Aspik, sehr fein, in Dosen zu 8 Pfd. 3,75 M., 4 Pfd. 2 M., ausgewogen 60 Pf.

Fisch-Kotelettes in Dosen 17 Pfd. à M. 3,50, 8 Pfd. 2 M., 4 Pfd. 1,25 und ca. 1 1/2 Pfd. 50 Pf.

Bratschellfische, gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 3,75, 8 Pfd. 2,25, 4 Pfd. 1,30 und ca. 1 1/2 Pfd. 50 Pf.

Diverse frisch geräucherter Seefische.

Täglich frische Zufuhr von Silberlachs, Zander, lebenden Hummern, Ia Holländer und Helgoländer Austern, Seemuscheln etc. — Billigste Tagespreise.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
Gen.-Bevollm.: Johs. Skorezyk.

Hauptfiliale: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Lüneburgerstr. (Ecke Paulst.) | III. Prinzenstr. 30 | IV. Madaistr. 22
Stadtbahnbögen 388/89. am Moritzplatz. im Schlesisch. Bhf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 21. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus, Lohengrin.
Schauspielhaus. Die Siegesfeier.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Berliner. Amandra.
Leffing. Der blinde Passagier.
Neues. Die Kreuzschreiber.
Reichenz. Lufti (Loute).
Westen. Der lustige Krieg.
Central. Gräfin Papi.
Thalia. Der Cameliönkel.
Belle-Alliance. Pit und Pockel.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Don Gil.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstheater.)
Wohlthätige Frauen.
Carl Weiss. Der liebe Gebot.
Bunte. Substitutions-Neuzeit.
Lufti. Der Fall Clémenceau.
Reines. Nachtschl.
Trianon. Die Notbrücke.
Casino. Berliner Herzen. Spezialitäten.

Metropol. Neues! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Central-Theater
Täglich Gastspiel
der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gräfin Papi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr.
halbe Preise: Die Schöne von New York.
Abends 7 1/2 Uhr: **Gräfin Papi.**

Carl Weiss-Theater.
Nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung.
10, 25, 40 Pf.
Die Henne mit den goldenen Eiern.
Abends 8 Uhr:
Benefiz für M. Brackmann u. G. Ernesti:
Der liebe Gebot.
Schauspiel in 5 Akten.

Thalia-Theater.
Der Cameliönkel.
Don 2. Uebung.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr: **Der liebe Gebot.** — Dienstag, 24. März: **Der Posaunen-Engel.**
Kassationsposse mit Gesang u. Tanz.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Weber.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Seine Kammerzofe.

Belle-Alliance-Theater.
7 1/2 Uhr, zum erstenmal:
Mit vollständig neuer Ausstattung:
„Pick und Pockel“.
Schwank mit Gesang und Tanz
in 3 Akten, nach dem Franz. v. H. Barré
von Brenner u. Urban. Musik von
Ant. Bandé u. Bogumil Zepher.
Morgen und folgende Tage: **Pit
und Pockel.**

Luisen-Theater.
Der Fall Clémenceau.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 Uhr zu kleinen Preisen:
Lumpenwagenabenteuer.
8 Uhr: Breclioja.
Montag: Breclioja.

Buntes Theater.
Königsbergerstr. 88.
Subskriptions-Redoute
11 1/2 Uhr:
Im Heidelberger Fass.
Berliner Theater-Revue.
Eintrittskarte 10 M., Künstler-
karte 5 M., Loge (4 Personen)
20 M., Zuschauerkarte (2. Rang)
2 M. — Anfang 10 1/2 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Fein-Palast.
Heute: **Gr. Frühlingsfest**
nach der Vorstellung: Freitanz.
Letzte Woche:
Die Gräfin von der Adel.
Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn.
Das Elite-März-Programm.
Mary Elly, Hermann Norden.
The Standtons.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Photographie in natürlichen Farben.
dargestellt in einer Wanderung
durch Wald und Flur.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
Passage-Theater.
Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5.
Ende 11 Uhr.
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.

Boxkampf

des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons
und des austral. Preisboxers
Jack Lewis.
Barnhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin zerbricht sich
noch immer den Kopf über
AGA die schwebende
Jungfrau.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neues! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.

Trianon-Theater.

Georgenstr. 37.
Friedrich- u. Universitätsstr. 37.
Ruffpiel in 3 Akten von Fred Gréjac
und Francis de Groffet.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 Uhr: Die Liebesschaukel.

Apollo-Theater.

Heute: Die schöne Galathée.
Um 9 1/2 Uhr: Glänzende Spezialität.
Novellos. 4 Garganis. Rob. Steidl.
1. im Salon
2. in Amerika
3. in der Hölle
Die 5 Barfusslänzerinnen.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Lysistrata.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Die schöne Galathée.

Bernhard Rose-Theater

Badstraße 58.
Sonntag, den 22. März:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 2 Akten von Franz und
Paul von Schönthan.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Steidl-Theater

Pörsch-
straße 132. Dramen-
burger Thor.
Novität! **Bomben-Erfolg!**
Das Beste was die
Steidl-Sänger
bisher geboten! Das Steidlsche
Lebensbild
Wasserratten.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40).
Spezial 1,00. Loge 1,50.

Cirkus Schumann

Sonnabend, den 21. März 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Soirée.
Zum 1. Male:
Wieder das Neueste, immer das
Neueste. **Nur das Neueste.**
Miss Alix
mit ihrem Motor-Car
Looping the Hoop
sowie das phänomen. Programm
und
Die lustigen Heidelberger.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nach-
mittags 1 Kind frei! Pierrots
Wohnachten und der Bonbonregen.
In beiden Vorstellungen Looping
the Hoop.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Don Gil.
Komödie in 4 Akten, nach dem Motive
des Libro de Molina von Fr. Adler.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Jugend.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Montagabend 8 Uhr:
Don Gil.

Casino-Theater

Lehringstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Aufftreten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang Sonnt. 7 1/2. Wochent. 8 Uhr.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr: **Ein Sohn
des Volkes.** Dazu Auffreten sämtl.
Spezialitäten.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstr. 16.
Auf vielseitigen Wunsch: Nur einmalige
Aufführung:
Der Dornenweg.
Schauspiel in 4 Akten v. F. Volzpi.

Sanssouci.

Jeden Donnerstag,
Sonntag und Montag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.**
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Reu!
Stoß! Die bloß nich'n
Kopp an die Hochbahn.
Säle zu Festlichkeiten.

WINTERGARTEN

Vollständig
Neues Programm:
Humbarty, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
She, die 4 Elemente.
Littke Carlson, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lebende Bilder.
Circling the Circle. Operetten-
Sängerin.
Annie Dirken, Parisier.
Gabriela Juniore, Soubrette.
Neues Ballett-Divertissement,
„Das Fest des Lucullus“
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7.
Bochentags 8 Uhr.
„Bühnen-Grossen“
Barock-Quintette
von Weigel.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
**Grosser
Bock-Trübel.**
Um 10 Uhr abends
Einzug Gaminus
mit Gefolge.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-
Vorstellung. Neb. Mittwochs, Sonnab.
und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntag 6 Uhr.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Havorland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
März-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
**Der schöne Max aus
Franz-Budholz.**
Heute: **Bockbierfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und Tanz.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstheater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. R. Arconge.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:
Heimat.
Montagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Die Bestfährer der Hofenthaler
Grotte und Gesundbrunnen bringen
hiermit am heutigen Tage ihrem
Onkel die herzlichsten Glückwünsche
zu seinem 50. Biegejahr dar. 1903

Ein Flügel

wegen Platzmangel sehr billig zu
verkaufen. 0142
Wesseley, Schöneberg,
Eberstraße 70, II.

Reste

Spottbillig für elegante
Herrenanzüge, Paletots,
Kinder-Anzüge usw. *
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Köpenick 2.

Dampfer

In jeder Größe liegen den geehrten
Bereichern, Gesellschaften usw. zu
coulanten Preisen zur Verfügung
Robert Tismer,
Nieder-Schöneweide.
Näheres bei **R. Hartesiel,**
Berlin, Wühlenstr. 67a, und bei
G. Barczak, Straubenburger
Ufer. Telefon 7a, 6376. 6822

Köpenick. Kottbuscher Korn

Empfehlung 6002*
Aug. Tauchert, Gastwirt,
Rüggelbeimerstr. 4.

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich
empfohlen
Flasche
1.50
2 Mark.
**FEURIG
SÜSSER
KRAFT-ROTHWEIN**
Santa Lucia
steht unter ständiger Kon-
trolle des Gerichtshemikors
Dr. C. Bischoff.

J. Kruppenbacher, Köln a. Rh.,
Gummi- und Metallw.-Industrie, emp-
fiehlt alle Fahrrad-Art. zu konfessional. Ver-
ja. Laufdecken mit 1,50 Pf.
ja. Luftschlauch Garantie 1,50
ohne Garantie 4,50 Pf. und 3,20 Pf.
Preisliste gratis und franco.

Versuche Dein Glück!
in d. bekannten Glückskollekte
J. Rosenberg,
51 Kommandantenstr. 51.
Berliner Lose à 1 M.
Königsberger Lose à 3 M.

Baustellen in Erkner
Neu-Zittau.
Dahendorf, Route von 8 Pf., 15 Pf.
v. Bahndorf Grünau Route v. 20 Pf.
an, bequeme Zahlungsbedingungen,
best. Schulz, Higdorf, Beyerstr. 202.

Stempel-Fabrik
von 1902*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142.
Refert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfect“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

60 000 Ctr. Kohlen
verf. Josef Fischer billig ab sein. beid.
Lagerplatz Brombergerstr. 10, Haupt-
geschäft, Romintenerstr. 10, Zweig-
geschäft. 2422*
100 St. Senfboh. Briff. nur 50 Pf.
100 St. Riekenkohlen 70
Die best. Kohlen a. d. Weisestadtmarkt.
100 St. Riekenkohlen 70 nur 70 Pf.
1 Ctr. Bruchkohlen nur 65
1 engl. Anthracit nur 1,75 Pf.

A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönerlindestr. 5.
Arbeiter-Verteilslokal. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Osten.)
Todes-Anzeige.
Am 17. März starb unter lang-
jähriges Mitglied, der Gladmacher
Emil Witt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 21. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
212/13 **Der Vorstand.**

Lesen- u. Diskutierklub Eintracht.
Todes-Anzeige.
Am 17. März starb unter Mit-
glied, der Gladmacher 345
Emil Witt.
Die Beerdigung findet heute,
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr von
der Leichenhalle des hiesigen
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. 89.
Unser Mitglied, Herr
Johann Gensing
ist am Donnerstag früh gestorben
und wird am Sonntag, den
22. d. M., nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle d. Emmaus-
Friedhofes aus beerdigt. Regie
Beteiligung erwartet
198/7 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Mechaniker
Hermann Manig
am 18. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 21. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Friedhofes, Neu-
Weisenhof, Mollatstraße, aus statt.
Nähe Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Central-Verband der Maurer
Deutschlands.** Zweigverein
Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied 196/17
Karl Rostig
Soldatenstr. 12, am 19. d. M. im
Alter von 52 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 8 Uhr vom Trauer-
haus, Solbnerstr. 12 aus statt.
Die Verbandsleitung.

Jede Uhr
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
nur **1 Mk. 50 Pf.**, anher Bruch, keine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu ermäßigten Preisen.
Dufaten-Training, 900 gef., 1 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 30,50.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eßt Rathenower Brücken,
Hincenz, Dperngläser. 2052*

Repetitionswecker, innerhalb 7 Minuten 9 mal
laut wecken, Mk. 2,75. — **Prima Wecker**
leuchtig, Mk. 3.—, nicht leuchtig, Mk. 2,60. **Remonteurs**
in Metall Mk. 4,75 und 6.—, in Silber
von Mk. 10.— an. **Regulateure, Nussb. Schlagw.**
Mk. 8.—. **Uhrketten** in grosser Auswahl.
2jähr. Garantie. — **Illustrirt. Katalog**
auf Wunsch kostenfrei. Umtausch oder Zurück-
gabe gestattet. 222

**Eug. Karecker, Tauchen-Uhren-
Fabrik und Versand.**
Lindau i. Bodensee 600
Der gesunde Wecker ist grossartig
ganz gut (schreibt ein Kunde).

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 18. d. M., ver-
starb unser Mitglied, der Drosten-
führer 216/20
Friedrich Krauthin,
Schulstraße 4.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Nazareth-Kirch-
hofes (Reinickendorf), Berliner-
straße aus statt.
Gleichfalls am 18. d. M. ver-
starb unser Mitglied, der Kellner
Wilhelm Wernsdorf,
Badstraße 44, an der Wasserfront.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. d. M., nach-
mittags 1/3 Uhr, vom Trauer-
haus nach dem neuen Hauls-
Kirchhof bei Wöhlensee statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um zahlreiche Beteiligung er-
wartet
Der Vorstand.

**Central-Verband
der Töpfer.**
Todes-Anzeige.
Am 18. März verschied nach
langem Leiden unser Mitglied
Anton Scheller.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Friedhofes, Neu-
Weisenhof, Mollatstraße, aus statt.
198/8 **Der Vorstand.**

Den heute Mittwoch, den 18. März,
erfolgte das meines geliebten
Mannes, des Maschinenmeisters
Otto Selbmann
zeige ich in tiefer Betrübnis Her-
mit erachtet an. 406
Berlin, den 19. März 1903.
Franziska Selbmann
geb. Ueberdross.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Friedhofes, Neu-
Weisenhof, Mollatstraße, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
liebe gute Mutter, Frau
Johanna Weidauer
geb. Becker am Donnerstag,
den 19. d. M., nach langen schweren
Leiden sanft entschlafen ist. 336
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, d. 22. nachmittags 4 Uhr von
der Leichenhalle der Sionsgemeinde
in Nieder-Schöneweide aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Ernst Schüler, Kastanien-Allee 12.

Danksagung.
Allen denen, die meinem lieben
Bruder
Julius Schüler
die letzte Ehre erwiesen und ihn zum
Grabe geleitet haben, besonders dem
Genossen des 482. Bezugs des letzten
Wahlkreises, sowie dem Arbeiter-
Belangverein „Kord“ sowie für die
reichen Kränzchen meinen herz-
lichsten Dank. 415
Die trauernden Hinterbliebenen.
Ernst Schüler, Kastanien-Allee 12.

**Fehlt
Ihnen etwas?
so gehen Sie**
rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine
überraschend grosse Auswahl in
Teppichen, Gardinen, Portieren,
Diwan-, Tisch- und Steppdecken,
Möbel- und Läuferstoffen etc.
zu wirklich spottbilligen Preisen.
Teppichhaus 852L
Adler & Co.
Königsstrasse 20/21, an der Jüdenstrasse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 22. März 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokale „Neue Welt“, Hasenheide 108-114:
Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung:
1. Erledigung der von der letzten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellten Anträge betreffend die Erhöhung des Lokalbeitrages und Errichtung eines Bureaus im Norden. 2. Unsere Anträge zum Verbandstage. 3. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegiertenwahlen zum Verbandstage.

In dieser Versammlung werden keine Laufzettel ausgegeben.

113/13

Schleichen Besuch erwartet

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonntag, den 22. März, abends präz. 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Branchen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Davidsohn** über: **Zola.**

Nach dem Vortrage:

Geselliges Beisammensein mit Tanz

unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Schuhmacher.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Morgen vormittags 10¹/₂ Uhr: Besichtigung der Druckerei des „Vorwärts“.

Montag, den 23. d. M., bei Keffler, Kopenstr. 20:

Gr. Projektionsvortrag über: „Eine Reise nach Spitzbergen“

mit farbigen Lichtbildern von **Dr. M. Wilhelm Meyer.**

Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf. für die von Mitgliedern eingeführten Personen. Mitglieder müssen ihr Buch vorzeigen.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Mittwoch, den 25. d. Mts.: Vorstandssitzung.

145/16

Der Vorstand.

Achtung! Marmorarbeiter. Achtung!

Montag, den 23. März, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal III):

Oeffentliche Versammlung der in den Albumfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die Gewerkschaften und die kommenden Reichstagswahlen.

Referent: **Paul Dupont.**

2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

23/14

Um zahlreiche Besuch ersucht

Der Einberufer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

E. S. Nr. 29, Hamburg. Filiale Berlin 7.

Sonntag, 22. März, vorm. 9¹/₂ Uhr, bei Hoffmann, Pasewalkerstr. 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Kassierwahl. 3. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

S. K.: Warnst, Kolbergerstraße 7, II.

Achtung! Putzer-Träger Berlins u. Umgegend!

Sonntag, 22. März 1903, mittags 12 Uhr:

Grosse Versammlung

sämtl. central-organisierter Putzer-Träger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Wie schaffen wir menschenwürdige Zustände in unserm Gewerbe? Referent: Genosse **Rob. Ahrendt.** 2. Der Vertragsentwurf und die Stellung der Putzer-Träger. Referent: Kollege **K. Heidemann.** 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Putzer-Trägers, in der Versammlung zu erscheinen.

32/14

Die Lohnkommission.



Die schönsten Herren-
Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen
in neu, sowie speziell 066L*
Monatsgarderobe
d. **Kavalieren** zurückgelegte Sachen, wenig
getragen, f. jede fig. pass., sind in gr. Ausm.
hiesig zu staunend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, 1. Geschäft: **Brinzenstr. 17,**
an der Wasserfrontstr.
Bequeme Fahrverbindung. 2. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116,**
an der Andreasstraße.

Echt Pilsener Geschirre



die bekanntlich auch ohne Inhalt dem
Feuer stundenlang stand halten und bei
plötzlicher Abkühlung nicht ausplatzen,
haben durch eine weitere Veredelung des
Materials **neue Vorteile** aufzuweisen.
Die Heizkraft ist so gesteigert,
dass **Braten jetzt in 15 Minuten**
bereitet werden können (Ge-
brauchszeit anderer Geschirre ca. 2 Stunden),
mithin eine enorme **Ersparnis an**
Zeit und Feuerung erzielt wird.

Pilsener Geschirr ist bleifrei, ihm äusserlich ähnliche,
in Warenhäusern etc. erhältliche blaue Geschirre sind aus ge-
wöhnlichem Guss hergestellt und ihm nicht vergleichbar.

Pilsener Geschirr bedeutet für jeden Haushalt keinen
Luxus, sondern einen Gewinn.

Fleischschmortopf mit festem Deckel 3.40 Mk.
Milchtopf, 2 Liter Inhalt, Röhren
unnötig, **1.65 Mk., kein Ueberlaufen 85 Pf.**

Pilsener Geschirre sind nur allein echt bei
Hermann Leitner, Berlin,

SW., Friedrichstr. 31, Mühlenstr. 3, W., Kienstr. 34,
vis-à-vis Post-Strasse, vis-à-vis Post-Strasse,
Pulkammerstrasse, 5. Laden v. d. Brücke, am Nollendorf-Platz.

Sonntags findet der Verkauf von 8-10 Uhr vormittags
nur **Mühlenstrasse No. 3** eventuell aus den Lagereien statt.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Zeit** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glöck** in Berlin. Druck und Verlag: **Vormwärts Buchdruckerei** und Verlagsanstalt **Paul Singer & Co., Berlin SW.**

Elegante Costümröcke

In ganz Wolle; in neuen Fassons;
vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in
allen modernen Stoffen, sämtliche Wolten und Längen stets in grosser
Auswahl vorrätig **3.⁵⁰ Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.**
in **Damast u. Merveilleux** **25 Mk.**
Blusen in den neuesten Fantasie- **1.⁵⁰ Mk., 2.⁵⁰ Mk.**
streifen
Seidenblusen, entzückende Streifen- u. Fantasiemuster,
elegante Fassons **5.⁵⁰, 7.⁵⁰, 10 Mk.**
Eleg. **Strassen- u. Gesellschafts-Kleider**
20, 25 Mk.
Frühjahrs-Costüme in **Sacco- u. Blusen-**
form in mittelfarbigen neuen **12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.**
Noppé-Stoffen
Frühjahrs-Saccojackets u. Paletots in den
neuesten Modellen **10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.**

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Maassanfertigung.

Einsteckhut
zu erstaunend billigen
Preisen.

Welcher Korrenant
mit Satinfutter **Mk. 1.75**
Atlasfutter **2.-**
kleinere Form **1.50**

Cylinder-
Verleihen
Mk. 0.50.

Stelzer Korrenant
mit Futter **. Mk. 2.-**
Diese Hüte liefern auch
in besseren Qualitäten.

Aussergewöhnlich
reichhaltige
Auswahl.

Oscar Arnold

Engros. Grösstes Spezialgeschäft Export.
für Filzhüte, Strohhüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen.
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden).

la la Spielkarten
von 48 bzw. 53 Pf. bis 80 Pf. p. Spiel.
Leo Blau
Liqueurfabrik u. Weinhandlung,
Prinzenstrasse 74.
885L*

SPECIALITÄT:
Solide bürgerl. Einrichtungen
von 250-3500 Mark.
Bar oder 9102*
Teilzahlung
Kein
Kaufzwang.

Möbel

Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz

Reelle Ware
Niedrige Preise
Coul. Bedingungen

Wilh. Misch

Berlin NO.,
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I.
Illustr. Katalog gratis u. franco.

Grosse Berliner Strassenbahn.

Bilanz am 31. Dezember 1902.

Aktiva.		
Conto Ban des Gesamtbahnhörpers	52 180 828,11	
Conto Ban sämtl. Bahnhöfe und Werkstätten	24 075 212,40	
Bagen-Conto	29 218 694,68	
	105 474 735,19	104 394 735 19
Abfchreibung	1 080 000,-	
(Ausserdem sind noch abgeschrieben für 1902 auf Bahnkörper, Bahnhöfe, Werkstätten und Bagen 900 000 Mk., welche dem Bahnkörper-Amortisationsfonds überwiesen sind.)		
Maschinen-Conto nach Abfchreibung von Mk. 24 644,50		221 804 14
Robotten-Conto nach Abfchreibung von Mk. 66 748,07		1 -
Utenilien-Conto		1 -
Werde-Conto		1 -
Geschirre-Conto		1 -
Befeldungen-Conto nach Abfchreibung von Mk. 328 978,13		1 165 841 69
Anwesen-Conto: Bestände an Materialien und Futter		6 893 197 31
Kassa-Conto: Bar am 31. Dezember 1902		30 241 68
Conto: Kauttionen bei Behörden, bei denselben hinterlegt		707 112 88
Effekten- und Documente-Conto: Effekten- und Hypothekenbestände als Anlage des Referendfonds und des Bahnkörper-Amortisationsfonds		21 775 422 60
Effekten des Beamten-Unterstützungsfonds		65 880 67
Unfall-Entschädigungsfonds		37 486 05
Beamten-Kauttionsfonds		292 314 -
Keine begebene 3 ¹ / ₂ Proz. Obligationen		313 000 -
" " 4 " "		380 000 -
		138 267 041 01
Passiva.		
Stellen-Kapital-Conto		85 785 000 -
3 ¹ / ₂ Proz. Obligationen-Kapital-Conto		9 621 400 -
" " " "		1 842 000 -
Hypotheken-Conto		2 101 000 -
Dividenden-Conto: Noch unbehobene Dividenden		12 013 50
4 Proz. Obligationen-Auslösung-Conto I: Unbehobene Obligationen und Zinsen		444 -
3 ¹ / ₂ Proz. Obligationen-Auslösung-Conto: Unbehobene Obligationen und Zinsen		155 170 75
3 ¹ / ₂ Proz. Obligationen-Zinsen-Conto: Zinsen per 1. Oktober bis 31. Dezember 1902		81 448 50
Referendfonds-Conto		5 983 038 12
Bahnkörper-Amortisationsfonds-Conto		16 440 235 45
Beamten-Unterstützungsfonds-Conto		65 859 37
Unfall-Entschädigungsfonds-Conto		127 509 83
Beamten-Kauttionsfonds-Conto		265 090 50
Conto-Corrent-Conto: Verschiedene Gläubiger- und Barkauttionen		8 453 407 76
Erneuerungsfonds-Conto I		2 098 627 35
Erneuerungsfonds-Conto II		414 139 60
Genium- und Verlust-Conto: Reingewinn		7 355 736 28
		138 267 041 01

Gewinn- u. Verlust-Conto am 31. Dezember 1902.

Soll.		
Hypotheken-Zinsen-Conto		116 716 75
3 ¹ / ₂ Proz. Obligationen-Zinsen-Conto		349 329 75
4 Proz. " " " "		65 800 -
Gesamtabfchreibungen		1 700 371 10
Ausgaben an die Gemeinden		2 030 225 91
Erneuerungsfonds-Conto I: Rückstellung aus Betriebseinnahmen nach § 39 des Statuts		1 150 000 -
Erneuerungsfonds-Conto II		7 355 736 28
Saldo: Reingewinn		12 787 569 79
Haben.		
Gewinn-Vortrag aus 1901		3 625 90
Zinsen-Conto: Eingenommene Zinsen		450 319 50
Betrieb-Conto sämtlicher Linien:		
Die Einnahmen betragen	Mk. 27 672 000,97	
Die Ausgaben betragen	15 888 376,67	
bleibt Ueberschuss		12 833 624,30
		12 787 569 79

Berlin, den 2. Februar 1903.
Die Direktion.
gez. Dr. Mücke, gez. v. Kühnwein, gez. Koehler.
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft beschließen wir hiermit die ordnungsmässige Führung der Bücher und die Ueberreinstimmung der vorstehenden Bilanz sowie des Gewinn- und Verlust-Contos mit denselben.
Berlin, den 14. Februar 1903.
Die Revisions-Kommission.
gez. C. F. W. Adolphi, gez. Ernst Bierstedt.
Gerichtlich vereidigte Buchprüfer.

Schmöckwitz, Restaurant Seddinsee.

Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, vis-à-vis der Berliner Schwitz, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfer.
6322* **A. Noack.**

Telephon Amt III No. 46.

Kaufhaus Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2 Nahc Bahnhof Börsc u. Hackescher Markt

empfiehlt

in nur guten Qualitäten und modernsten Façons bei bekannt allerbilligsten Preisen

Einsegnungs-Anzüge

in allen gangbaren Stoffarten.

Stiefel für Mädchen und Knaben.

Ständiger Eingang der
Frühjahrs-Neuheiten
in 926L

Herren- und Knaben-Garderobe

und
Schuhwaren
für Damen, Herren und Kinder.

Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom Freitag, den 20. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt, Hr. v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung des Kultusetats beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“.

Das Kapitel wird ohne erhebliche Debatte erledigt. Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Finanzministeriums fortgesetzt mit der Beratung der sogenannten „Ostmarken-Zulage“.

Abg. Ehlers (freif. Vp.): Gegenüber dem Abg. Gleboki muß festgestellt werden, daß die gemischt-sprachigen Landesteile im Osten zu Preußen gehören und daß Preußen nie daran denken wird, auch nur einen Fuß breit Landes an das Polenium abzutreten.

Abg. v. Arnim (l.): Wir treten für die Vorlage der Regierung ein, obgleich auch wir von gewissen Bedenken nicht frei sind. Aber gegenüber den polnischen Kompensationen müssen diese Bedenken zurücktreten.

Es ist inzwischen ein Eventualantrag Dr. Krieger (freif. Vp.) eingegangen, im Fall der Ablehnung des Antrags Warth wenigstens die Widerruflichkeit der Zulagen zu besitzeln.

Abg. v. Gleboki (Pole) fordert die Regierung auf, im Interesse der Erhaltung des Deutschtums ihre unnütze und unvernünftige Polenpolitik aufzugeben. Die Tätigkeit des Deutschen Ordens, die gestern der Minister Hr. v. Rheinbaben verkündet habe, sei selbst von deutschen Geschichtsschreibern als höchst bedenklich bezeichnet worden.

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: So aufreizende Neben, wie sie gestern und heute Abg. v. Gleboki hier gehalten hat, habe ich aus dem Munde eines preussischen Abgeordneten noch nie gehört. Da ist es durchaus berechtigt, wenn ich mit einer gewissen Erregung dem entgegenetrete.

Abg. Dr. v. Korn-Rudelsdorf (l.) wünscht die Bewährung der Stellen-Zulagen auch für Oberschlesien. Abg. Goeckeler (st.) hält den Ausschluß einiger westpreussischer Kreise für bedenklich.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Bestimmungen der Regierungsvorlage angenommen. (Ein Eventualantrag Dr. Krieger-Königsberg (freif. Vp.), die Widerruflichkeit der Zulagen zu besitzeln, war in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 101 Stimmen abgelehnt worden.)

Der Rest des Etats des Finanzministeriums wird debattelos genehmigt.

Es folgt nun die Beratung der Titel des Kultusetats, die widerrufliche Gehaltszulagen von 120 Mark nach fünfjähriger, von 200 Mark nach zehnjähriger Dienstzeit für die Lehrer in den Ostmarken enthalten.

Ein Antrag Dr. Friedberg (natl.) und Genossen will die widerrufliche Zulage nach fünfjähriger Dienstzeit auf 300 Mark festgesetzt wissen.

Ein Antrag Ernst (freif. Vp.) will allen Volksschullehrern und Volksschullehrerinnen in den Provinzen Posen und Westpreußen eine feste, nur im Wege der Disziplinaruntersuchung entziehbare pensionsfähige Zulage von 300 Mark gewähren.

Ein Antrag Dr. Krieger (freif. Vp.) will die beantragten sogenannten Ostmarken-Zulagen ablehnen, die Staatsregierung aber auffordern, nach in dieser Session durch besondere Vorlage die notwendigen Mittel nachzusuchen, um den Lehrern in allen gemischt-sprachigen Landesteilen unwiderrufliche Gehaltszulagen gewähren zu können.

Ein Antrag v. Liedemann (st.) verlangt die Bereitstellung von Mitteln in nächstjähigem Etat, durch welche

1. allen in den Provinzen Posen und Westpreußen, sowie in den sprachlich gemischten Kreisen der Regierungsbezirke Oppeln und Breslau endgültig angestellten Volksschullehrern und Volksschullehrerinnen eine widerrufliche persönliche Zulage von 300 Mark gewährt wird, die bei ihrer Pensionierung in Anrechnung zu bringen ist, solange sie in den bezeichneten Landesteilen ihren Wohnsitz nehmen;

2. den Lehrern und Lehrerinnen an den öffentlichen Mittelschulen eine Zulage in Höhe von zehn Prozent ihres Gehalts gewährt wird.

Nachdem die Antragsteller ihre Anträge begründet haben, erklärt Kultusminister Dr. Studt, daß für die Regierung bei der gegenwärtigen Finanzlage die sämtlichen Änderungsanträge unannehmbar seien.

Abg. Kandler (freif. Vp.) hält die geplanten Zulagen für kein wirksames Mittel zur Stärkung des Deutschtums. Sie seien politische Trübsal, die den Charakter verderben müssen.

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben erklärt sich lebhaft gegen die gestellten Anträge wegen der aus ihnen resultierenden Belastung für den Staat.

Abg. Gamp (st.) bedauert die Haltung des Ministers. Er tritt lebhaft für den Antrag Liedemann ein und fragt, was notwendig sei, für die Schullehrer zu sorgen oder 10 bis 12 Millionen für Luvszüge auszugeben oder 30 bis 40 Millionen für elektrische Beleuchtung in den Eisenbahnhöfen.

Abg. v. Jagdzowski (Pole): Wenn sein Freund v. Gleboki sehr scharf gesprochen habe, so liege das an der tief einschneidenden Vollenpolitik der jetzigen Regierung. Früher waren bessere Zustände, das Vertrauen zu den Lehrern hat sich noch am längsten erhalten. Jetzt ist es auch erschüttert, denn es macht sich auch in Lehrkreisen ein unglaubliches Demutiantentum und Sylophantentum breit.

Kultusminister Dr. Studt weist die letztere Behauptung zurück. Bedauerlich sei es, daß an der Spitze der national-polnischen Bewegung ein großer Teil der polnischen Geistlichkeit steht, und daß die Lehrer deshalb in Zwiespalt zur Geistlichkeit kommen. Früher spielten die Lehrer in den Gemeinden nur dann eine Rolle, wenn sie die national-polnische Bewegung unterstützten und deutsch-katholische Länder zu polonisieren bereit waren.

Die Diskussion wird geschlossen. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Bestimmungen der Vorlage angenommen. Zu einer Abstimmung über den Antrag v. Liedemann kam es nicht, da geschäftsordnungsmäßig eine solche ohne vorangegangene Kommissionsberatung nicht erfolgen kann, eine Kommissionsberatung abgelehnt wurde.

Der Kultusetat ist damit erledigt. Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Ansielungskommission und Centralgenossenschaftskasse.)

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

(Deficit-Wirtschaft.)

Die Beratung des Reichshaushalts-Etats wurde in der Sitzung am Freitag zu Ende geführt. Die wichtigste Frage, die zur Besprechung gelangte, war die bezüglich der Zinsfuß-Anleihe. Der diesjährige Etat weist einen rechnermäßigen Fehlbetrag von nicht weniger als 118 1/2 Millionen Mark auf.

Schon im Vorjahre hatte die Regierung einen solchen Vorschlag gemacht, den aber die Kommission und dann auch der Reichstag entschieden zurückgewiesen haben. Jedoch handelte es sich damals nur um 34,9 Millionen Mark. In diesem Jahre aber ist der Fehlbetrag fast dreimal so groß.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

Freilich fragt es sich, ob die Regierung ein solches Schuldentilgungs-Gesetz annehmen werden. Um die Regierungungen dazu zu zwingen, empfiehlt der Referent, in dem Etatgesetz einen Hinweis auf das Schuldentilgungs-Gesetz einzufügen, damit durch die Annahme des Etats auch die des Schuldentilgungs-Gesetzes gesichert sei.

seit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erlaubt werden kann. Die Sozialdemokraten verlangen Streichung dieser Vorschrift, eventuell die Entscheidung über vorläufige Amtsenthebung aus einem der angeführten Gründe dem Vorstand, über endgültige Amtsenthebung der Generalversammlung zuzuweisen und ausdrücklich festzusetzen, daß auch ein Mitglied der Aufsichtsbehörde, auf welches eine der Voraussetzungen zutrifft, seine Befugnis verliert, als Mitglied der Aufsichtsbehörde zu fungieren.

Zu Nr. XIII der Vorlage schlägt als neuen Absatz des § 86 eine Veranstandungspflicht durch den Vorsitzenden bei Beschlüssen der Kassenvorstände vor. Auch hier beantragen die Sozialdemokraten Streichung, eventuell solche Veranstandungen nur statutarisch zuzulassen, die Veranstandung auf Beschlüsse zu beschränken, bei deren Fassung der Vorsitzende zugegen war, die Veranstandung ferner nur für einen Zeitraum von 12 Stunden nach Fassung des Beschlusses zuzulassen, sowie dem Vorstand das Recht einzuräumen, die Veranstandung der Aufsichtsbehörde im Verwaltungsverfahren anzufordern.

Zu Nr. XIV will die Vorlage dem § 42 folgende Zusätze geben: „Werden hinsichtlich eines Vorstandsmitgliedes, eines Rechnungs- oder Kassenvorstandes Tatsachen bekannt, welche dessen Verufung ausschließen, oder welche sich als grobe Pflichtverletzung darstellen, so ist der Vorkassende, nachdem ihm und dem Kassenvorstande Gelegenheit zur Ausrückung gegeben worden ist, durch die Aufsichtsbehörde seines Amtes zu entheben.“

Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde kann binnen vier Wochen nach der Zustellung derselben auf dem im § 68 Abs. 3 Satz 2 bezeichneten Wege angefochten werden. Die Anfechtung hat keine aufschiebende Wirkung.“ Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangen Beseitigung dieses Vorschlags, eventuell die Streichung der „groben Pflichtverletzung“ und Entscheidung durch die Generalversammlung, schimmensfalls Entscheidung durch Strafamt und Reichsgericht.

Ein Antrag des freikonservativen Abg. Gamp, die Verträge über die Anstellung der Rechnungs- und Kassenvorstände in der Erhöhung und Erweiterung der Leistungen von einer Zustimmung der Arbeitgeber abhängig zu machen, wird mit der Debatte über diese auf Beschränkung der Selbstverwaltung abzielenden Vorschläge verbunden.

Für die Streichung führen die Abgg. Mollenhuth, Köhde, Stadthagen folgendes an. Die Vorschriften stehen in keinerlei Verbindung mit dem Grundgedanken der Vorlage, die Lücke zwischen der 18. und 20. Woche auszufüllen. Nach den Motiven sollen diese Vorschriften den Zweck haben, mit ähnlichen des Invalidenversicherungsgesetzes und des Unfallgesetzes in Uebereinstimmung gebracht zu werden und finanzielle Schädigungen zu verhüten.

Der Staatssekretär Graf v. Posadowski ist über die Opposition gegen diese Bestimmungen in der Öffentlichkeit übertraut. Auch ihm habe ein Handwerker, der den Krankenlasterkongress besuchte und den er seit vielen Jahren kenne, auf die Einschränkung der Selbstverwaltung hingewiesen. Der Hinweis sei aber durchaus unberechtigt. Es liege jede politische Tendenz und jeder Wunsch eines Eingriffs in die Selbstverwaltung der Vorläge fern. Aber das Aufsichtsrecht des Staates müsse gewahrt bleiben. Dies ermöglichen die vorgeschlagenen Bestimmungen.

Abg. Gamp rückt zur Begründung seines von allen anderen Rednern belämpften Antrags auf Entziehung besonderer Privilegien für die Arbeitgeber die alten allgemeinen Verbodnungen der Orts-Krankenlaster wieder auf und beruft sich auf eine Eingabe von Kaufmännern für die Notwendigkeit, einzuschreiten.

Abg. Spahn stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Vorlage. Es wird dann in der Debatte der § 34a mit neun gegen acht Stimmen (Nationalliberalen, Konservativen, Freikonservativen und v. Savigny (l.)) abgelehnt. Die Abstimmung über §§ 33 und 42 erfolgt zu Beginn der nächsten Sitzung, die auf Dienstag anberaumt wird. Voraussichtlich werden die Vorschläge leider in der Spahn'schen Fassung angenommen werden.

Die Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses verhandelte heute früh vor der Plenarsitzung über die von mehreren Vereinen der Gemeinde Wilmersdorf gestellten Petitionen, der Landgemeinde Deutsch-Wilmersdorf die Stadterfassung zu verweigern. Die Kommission beschloß in Rücksicht auf den gestern von der Gemeindevertretung von Wilmersdorf gefassten Beschluß die Sache zu vertagen, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Die Regierung hatte in der Kommission durch einen Kommissar erklären lassen, sie halte den Zeitpunkt für die Stadterfassung Wilmersdorfs noch nicht für gekommen, weil einmal die einzelnen Ortsteile in deutlicher Hinsicht noch in zu losen Zusammenhang stehen, zum zweiten aber, weil man dem Kreise Zehlendorf so kurz nach der Entlassung von Rixdorf und Schöneberg das weitere Ausschneiden von Wilmersdorf und die dadurch notwendig werdende Aenderung seiner Organisation noch nicht zumuten könne.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Die Kommission erklärte ferner eine Petition auf Eingemeindung von Lichtberg und Kummelsdorf in Berlin für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. Die gleiche Petition ist nämlich auch an das Ministerium gerichtet worden. Die Petenten haben aber eine Antwort des Ministers nicht abgewartet, sondern haben sich, als eine solche nach 14 Tagen noch nicht vorlag, sofort an das Abgeordnetenhaus gewandt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Am Montag wird Genosse Stadthagen im „Schwarzen Adler“ (Höflich) sprechen. Zu dieser Veranstaltung wird am Sonntag eine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort vorgenommen. Die Parteigenossen haben in den Bezirkslokalen sich einzufinden, es wird erwartet, daß im besonderen die 600 Wahlvereins-Mitglieder vertreten sein werden.

Klosterhof. Am Montag, den 23. März, findet eine Volksversammlung bei Lau, Bismarckstraße 10, statt. Genosse Davidsohn referiert über die bevorstehende Reichstagswahl. Am rege Beteiligung wird dringend ersucht.

Ober-Schöneweide. Der hiesige Wahlverein veranstaltet am 1. Osterfesttag, mittags 2 Uhr, eine Urania-Vorstellung: „Die deutsche Offiziersliste.“ Billets a 60 Pf. sind bei allen Mitgliedern zu haben. Regere Teilnahme wird erwartet!

Lokales.

Für verwaiste Töchter von Postbeamten besteht eine Stiftung, die sich „Töchterhort“ nennt. Postbeamten-Töchter, die bei dem Tode des Vaters noch unterverheiratet sind und keinen gesetzlichen

Auspruch auf Versorgung haben, können im Falle der Hilfsbedürftigkeit aus dieser Stiftung einmalige oder dauernde Unterstü...

Ein Offizier auf der Hochbahn. Veranlaßt durch unsere Betrachtung über den Offizier auf der Straßenbahn schildert uns einer unserer Leser einen Ausruf, den dieser Tage ein Offizier auf der Hochbahn gehabt habe.

Nachweis: „Warnung vor einem Kurpfuscher“. In dieser Notiz in unserer Nr. 54, die wir der „Mediz. Reform“ entnahmen, sendet uns Herr S ä d e r e folgende „Verächtigung“, durch die er festgestellt wissen will:

„Daß ich dem fraglichen Patienten bei der Schwere seiner Krankheit 40 M. abverlangt habe, ist richtig; nicht aber als Abschlagszahlung, sondern für die Behandlung während eines Monats. Andernfalls sollte mir jede Konsultation und zwar je nach Verrichtung bezahlt werden.“

Dieselbe konsultierte mich auch nicht ein, sondern zwei mal an einem Tage und da außer anderen auch chemische Untersuchungen, sowie eine eingehende, zeitraubende mikroskopische Untersuchung nötig war, berechnete ich meine zweimaligen Bemühungen mit 10 M., von dem ich 5 M. erhielt.

Die „Medizinische Reform“, der diese Verächtigung ebenfalls zuzuging, entgegnet:

„Nach dieser Darstellung behauptet also Häbde, daß die bei der ersten Konsultation geforderten 40 M. keine Abschlagszahlung, sondern ein Monatshonorar bedeuteten, und daß er als erstmaliges Einzelhonorar nicht 15 M. für eine, sondern nur 10 M. für zwei Konsultationen gefordert habe.“

Demgegenüber teilt uns der Patient auf direkte Anfrage mit: Häbde habe von vorderein eine Behandlung von acht bis zwölf Wochen für notwendig erklärt, ein monatliches Honorar von 40 M. gefordert, und zwar für den ersten Monat im voraus. Das ist eben eine Abschlagszahlung.

Die zweite Konsultation sei folgendermaßen zu stande gekommen: Die Forderung von 40 M. habe ihn verblüfft, auch habe er nur 5 M. bei sich gehabt. Diese habe Häbde genommen und ihm aufgegeben, abends den Rest zu bringen. In keinem andern Zweck sei er zum Abend bestellt worden. Dann seien ihm nicht 10, sondern 15 M. abverlangt worden.“

Ueber die Art der Konsultation teilt das Blatt mit: „Eine Annonce im „Lokal-Anzeiger“ veranlaßte den Patienten, H. aufzusuchen. H. besah den kranken Körperteil, machte ein mikroskopisches Präparat und forderte Urin. Patient konnte nicht ganz einen Hflössel voll entleeren. H. stellte den Urin zur Seite mit dem Bemerkten, er habe das nötige Instrument nicht zur Hand, der Urin müsse in ein medizinisches Institut zur genaueren Untersuchung gesandt werden. Dann entnahm H. einer Tube Salbe, formte daraus eine etwa erbsengroße Kugel und steckte sie dem Patienten in den After. Als Patient zögerte, die 40 M. im voraus zu bezahlen, weil das aber seine Verhältnisse ginge, sprach H. über die wirtschaftliche Lage. Er selbst müsse täglich mindestens 200 M. Einnahme haben, sonst könne er nicht existieren, er habe auch täglich fünf bis sechs neue Patienten, die jeder 40 M. zu zahlen hätten. Dabei zeigte er einen Haufen Bettel vor, aus denen die Patienten durch Unterdrückung bescheinigten, daß sie 40 M. zahlten. Auch der Patient mußte einen Zettel unterschreiben, soweit er sich erinnert, als Quittung, daß er 5 M. a Konto gezahlt habe! Dies erklärt wohl, warum H. in seinem Briefe vom 27. Januar schrieb: „Sie verpflichteten sich laut Vereinbarung 40 M. zu zahlen, das Honorar ist bereits fällig. Sie müssen dasselbe zahlen, auch wenn Sie nicht wiederkommen sollten.“

Als der Patient abends wiederkam, steckte ihm H. abermals eine Kugel in den After und forderte dann die restlichen 35 M. Auf die Bemerkung, daß er das nicht zahlen könne, erhielt Patient die Antwort, bei Vorauszahlung käme er um 10 Proz. billiger fort, als bei Einzelzahlung. Die erste Konsultation koste 15 M. (Patient will nichts von 10 M. gehört haben), jede weitere Konsultation 5 M. (Patient weiß nichts davon, daß H. gesagt habe, das Honorar richte sich später nach dem Umfange der Bemühungen.)

Da dem Patienten die Sache nicht geheuer vorkam, blieb er weg, er erklärte aber, daß das Auftreten des H. ihn anfänglich derart hypnotisiert habe, daß er die 40 M. gezahlt haben würde, wenn er so viel bei sich gehabt hätte.“

Die Durchfuhr an „Menschewaren“ durch Berlin ist, wie die Ermittlungen ergeben haben, erheblich größer, als man in allgemeinen vermietet und es bedarf des energichsten Vorgehens, um die Menschewaren abzuführen und die Opfer zu befreien. Wie schwierig dies aber ist, zeigt der Vorgang auf Bahnhof Friedrichstraße, über welchen

wir gestern ausführlich berichteten. Die meisten der unglücklichen Geschöpfe werden nach Rußland gebracht, wo wohl Warschau als der Haupt-Sklavenmarkt zu bezeichnen ist. Nach einer dem deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom vertraulicher Seite zugegangenen Mitteilung wird von einer großen Anzahl Agenten und Agentinnen unter dem Dämantel der Stellenvermittlung der Mädchenhandel betrieben und täglich treffen dortselbst Transporte menschlicher Ware aus Deutschland, Frankreich, Dänemark usw. ein. Während zum Zwecke der Verhinderung der Wahrheit hauptsächlich einzelnen jungen Mädchen Stellung verschafft wird, verschwinden die meisten von der Bildfläche und über ihren Verbleib ist nichts zu ermitteln. Das Vorgehen der Agenten hierbei ist außerordentlich schwer, da das verbrecherische Gesindel unter falschen Namen und mit falschen Pässen reist und jeder Agent wohl ein halbes Duzend Namen und für diese entsprechende amtliche Legitimationspapiere auf Lager hat. Es wird behauptet, daß in Warschau Polizei-Beamte von den Seelenveräußern regelmäßig Gehalt bekommen, um ein scharfes Vorgehen der Behörden dortselbst unmöglich zu machen. Der Verband der Bahnhofswirte Deutschlands hat sich dem deutschen Nationalkomitee gegenüber erboten, dasselbe bei der Jagd nach den Mädchenhändlern zu unterstützen.

In der Gasezpression in der Dr. Meierschen Fabrik wird uns mitgeteilt, daß der verunglückte Asphaltheuer nicht Gustav Gödel sondern Rudolf Göde heißt und langjähriges Mitglied der Freien Vereinigung der Asphaltheuer und verwandter Berufsgenossen Berlins war.

Ueber die Ursache des Doppelselbstmords berichtet eine Korrespondenz: Der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Dr. phil. Wilhelm Dittenberger ist, wie sich herausstellt, seit drei Jahren Morphinist gewesen, und zwar ist er infolge seines Leidens, das ihm große Schmerzen machte, dazu gekommen, zur Betäubung derselben dauernd Morphinum zu nehmen. Vor vier Monaten hatte sich der junge Gelehrte in der Klinik zu Halle a. S. einer Morphinum-Entziehungskur unterworfen, die aber keinen Erfolg hatte. Seine medizinischen Kenntnisse gaben ihm die Gewißheit, daß sein körperlicher Zustand sich niemals wieder bessern würde, und so beschloß er denn mit seiner Braut, der Diakonissin Minna Klein, welche er im Krankenhaus „Bergmanns Trost“ zu Halle a. S. kennen gelernt hatte, gemeinsam in den Tod zu gehen, welchen Voratz er beinahe in Potsdam ausführte.

Durch eine Apfelsinenschale schwer verunglückt ist der Maler Karl Vofa aus der Chorinerstr. 70. Er war im Garten der Unions-Brauerei, Hafenside, mit dem Streichen von Tischen und Stühlen beschäftigt. Hierbei glitt er auf einer Apfelsinenschale aus und zog sich einen Bruch der Kniekehle zu. Der Verunglückte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Auch ein „Funda“. Im Schalterraum des Briefpostamtes in der Königsstraße ist am 18. v. Mts. ein deutscher Reichspfenning gefunden worden. Der unbekannte Hersteller wird durch amtliche Befragung aufgefordert, sich — natürlich gehörig legitimiert — bis zum 2. April d. J. zur Empfangnahme des Fundes zu melden, da sonst der Pfennig der Post-Unterstützungslosse zugewiesen wird.

Eichhirschenjagd im Tiergarten. Wie alljährlich findet auch gegenwärtig wieder im Tiergarten das Abschützen von Eichhirschen statt, die trotz des fortgesetzten Kampfes seitens der Tiergarten-Verwaltung im Interesse des Vogelschutzes nicht zu beseitigen sind. Der Nachwuchs an jungen Tieren ist so bedeutend, daß alljährlich mehrere Hundert Exemplare der Feinde unserer geliebten Säger abgeschossen werden müssen.

Berliner Raubtierzucht in Freiheit. Von der Raubtierzucht in Freiheit, wie sie im Zoologischen Garten eingeführt ist, erzählt jetzt Direktor Dr. Hed in der „Konjunktzeitung“ des Gartens. Man ist neuerdings, sagt er darin, in den zoologischen Gärten immer allgemeiner der Überzeugung geworden, daß junge Raubtiere sich desto besser entwickeln, je weniger man sie einsperrt wie „wilde Tiere“, je mehr man sie im Gegenteil hält wie „junge Hunde“, sie frei laufen läßt und sich liebevoll mit ihnen beschäftigt. Das haben wir uns also auch zum Grundsatze gemacht, und unser Inspektor Gubemann unterzieht sich dieser dankenswerten, aber zeitraubenden Obliegenheit mit ganzer Passion. Wer diesen Winter in schönen trockenen Mittagsstunden durch den Garten wanderte, konnte in dem Sommergehege der Giraffen eine vielföpfige Tiergesellschaft beobachten, welche inmitten der märkischen Schneelandschaft wunderbar ammutete. Da sind nicht weniger als fünf junge Löwen, ein Leopard aus Indien und ein Bär aus dem Kaukasus. Weide-Mastkälber werden an der Kette gehalten, damit ihnen die Luft vergeht über die hohen Drahtgäule des Geheges hinwegzutun. Endlich, noch eine gefleckte Hyäne aus Logo und einige Schneehühner und Libelhunde, die mit Gedüll einige Abwechslung und Bewegung in die ganze Gruppe hineinbringen. Oft galoppiert alles hinter einander her und lugelt übereinander. Aber stets wird gutwillig Wort und Jurist des Pflegers gehört, der zwischen seinen spielenden Hirschen hin- und hergeht. Ein Löwe um den andern umarmt ihn liebevoll und reißt zärtlich den Kopf an seiner Brust. Ist das Wetter weniger günstig und keine Zeit zur Beschäftigung, so kommt die ganze Gesellschaft auf einen kleineren vollständig abgeschlossenen und auch oben übergitterten Hof hinter dem Pinguin-Aquarium. Hier ist sie in der besten Jahreszeit während der Pinguinfütterung durch eine Gitterthür zu sehen. Bei ganz schlechtem Wetter und zur Nacht bezieht sie einen großen luftigen Keller im Verwaltungsgelände. Da wundern sich dann manche Konzertbesucher, daß wir Löwen im Keller halten. Sie werden sich später um so mehr freuen, wenn ihnen eine geographische Serie von Löwen aus verschiedenen Gegenden Afrikas vorgeführt wird, die der Tiergärtner aus Afrika nichts nachgibt, zumal wenn die Tiere schön kräftig, gesund und dabei zahm, folgsam und verträglich sind. Das ist eben der Doppelpurpose der „Raubtierzucht in Freiheit“!

Im Hörsaal der Urania beginnen in der nächsten Woche vier Vorträge aus dem Gebiet der theoretischen und angewandten Naturwissenschaften. Herr Dr. Donath wird fünf Vorlesungen aus der Experimentalphysik und physikalischen Technologie (Anfang Sonntag den 28. März) halten. Herr Dr. Kof. behandelt in fünf Vorlesungen die Grundlagen der Chemie (Anfang Dienstag den 31. März). Herr Professor Müller in fünf Vorträgen die wichtigsten Lebensvorgänge in der Pflanze und Tierwelt (Anfang Donnerstag den 28. März) und Herr A. Wegener aus der Sternwarte der Urania in der Invalidenstr. die Entwicklung des astronomischen Weltbildes in zwei Jahren (Anfang Montag den 30. März). Das ausführliche Programm dieser wissenschaftlichen Vorträge wird an den Kassen der Urania, Laubstr. 48/49 und Invalidenstr. 57/62, kostenlos ausgegeben und an Interessenten auf Wunsch gesandt.

Konzert in der Marienkirche. Die Cantate „Es ist genug“ von Seb. Bach, Chöre von Homilius, Mich. Bach, Hammerstein, Wendelsbohn, „Das Crucifixus“ von Galuppi, Orgelstücke von Bach, Handel, Guilman, Diemel u. a. werden Montag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Marienkirche bei freiem Eintritt ausgeführt durch Musikdirektor Otto Diemel, Fr. Gertrude Steinhäuser, das Streichquartett Dibury, Hänel, Sager und Webermann und den Chor der Heilandskirche unter Leitung des Organisten Reinhold Kurch.

Motorcar. Looping the Hoop, die neue grandiose Attraktion des Circus Schumann, ist die allerneueste Schöpfung des Automobilsports. Mich. Kitz, die verwagene Chauveuse, bietet mit ihrer Reifensahrt einen noch viel interessanteren Anblick, als der Schienenfahrer auf dem Bicycle. Die junge Amerikanerin faßt auf einem Motorwagen von dem am Circusplatz befindlichen Start die steile Fahrbahn hinunter zu dem in der Manege aufgestellten Reifen („Hoop“), in den sie durch Hilfe ihres Partners, der den Reifen auf eine Sekunde öffnet, hineingelangt, um nun, den Gesetzen der Schwerkraft trougend, in gewaltiger Pace die Innenscheibe des Reifens zu umfahren. Looping the Hoop! So lautet für die nächsten Wochen die Losung des Circus Schumann.

In Wilmsdorf stand in der Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag wieder einmal die Frage der Stadterdung auf Tagesordnung. Zwölf Gemeindeverordneten hatten den Antrag auf Annahme der Stadterdung eingebracht, nachdem eine Versammlung kommunaler Vereine ihr Teil gethan hatte, um die Frage von neuem in Fluß zu bringen. Der Eifer, mit dem auch in der Gemeindevertretung die Agitation betrieben wird, hatte diesmal den Landrat des Kreises, Herrn v. Stubenrauch mobil gemacht; in der Absicht, die unruhigen Geister soweit als möglich in ihre Schranken zu bannen, war er selber in der Sitzung erschienen. Ein Veantur altpreussischer Schlages; dem Keuchern nach eher einem zu Besch gekommenen Bauhandwerker ähnelnd als einem Ranne, in dem sich die traditionelle Schneidigkeit vereinigen soll, brachte Herr v. Stubenrauch in seiner Berühigungsrede ein eigentümliches Gemisch antiker Bevormundungsformeln und nichterner Vernunftgehalte ans Licht. Bevor der Landrat seines Amtes waltete, hatte einer der lautesten Krüher im Stadterdungsfreit, ein subalterner beamteter Herr, mit ausnehmender Ehrfurcht seiner Freude über die Anwesenheit des Herrn Landrats Ausdruck gegeben, der gewiß der Gemeinde gnädig sein werde.

Herr v. Stubenrauch führte der Verammlung die ja nicht ganz neue Thatsache vor Augen, daß es sich bei Verleihung der Stadterrechte um eine Sache handle, die ganz im Belieben der Krone stehe und in die niemand sonst hineinzureden habe. Was habe nun die Gemeindevertretung gethan? Immer und immer wieder sei sie mit ihren Anträgen auf Verleihung der Stadterrechte gekommen, immer wieder habe die Regierung ihr in der Ablehnung dieser Anträge zu verstehen gegeben, daß ihre höhere Einsicht den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte, und nun stehe heute von neuem die Frage auf der Tagesordnung. Ja, was sei das? Er habe schwere Bedenken dagegen, daß die Gemeinde abermals die Regierung zu einer ablehnenden Antwort provoziere, nachdem diese doch deutlich genug geredet habe, und er erwarte vor allem von den im Staatsdienste thätigen Herren in der Gemeindevertretung, daß sie den der Regierung schuldigen Respekt nicht vergäßen, nachdem diese gezeigt habe, was ihr Wille sei. Was habe man denn an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge auszusetzen? Sei die Landgemeinde-Ordnung nicht wunderschön, enthebe sie die Gemeinde nicht aller Konflikte, die in dem leidigen Dualismus der Städte-Ordnung, in dem Gegensatz zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung, als Krankheitskeim lägen, sei diese Städte-Ordnung nicht für viele kleinere Ortschaften ein wahres Danaergeschenk? Der Kreis brauche Wilmsdorf seiner fetten Weisheit wegen noch eine geraume Weile, und für spätere Zeiten werde die Regierung schon ihr Teil thun, um rings um Berlin einen Städtekranz zu legen. Dann erst seien auch die Stadterdungswünsche von Wilmsdorf der Erfüllung sicher, jetzt aber auf keinen Fall. Die Petition wider diese Zurückweisung wurde am sichersten von den Herren geführt, die sich bis dahin einer forscheren Attade widersetzt hatten, und verlor sich bei den eigentlichen Kampfjahren in deplacierten Klagen, zum Beispiel über die Belastung des Grundbesitzes. Von socialdemokratischer Seite wurde in ironischer Form auf die Ohnmacht der kommunalen Körperschaft hingewiesen, die durch die landräuliche Rede grell beleuchtet worden sei. Zum Schluß lam in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 14 Stimmen ein Antrag des Regierungsrats Dr. Vedmann zur Annahme, der sich dahin ausdrückte, daß die weitere Erörterung der schwebenden Frage auf unbestimmte Zeit zu vertagen ist.

Nixdorf. Zwei bis vor kurzem unzertrennliche Freunde, welche sich besonders als „Socialisten“ groß fühlten, die Stadtverordneten Völk und Rahmig, sind jetzt in harter Fehde aneinandergeraten und bekämpfen sich nimmermehr mit beispielloser Leidenschaft. Das schlimmste ist dem Herrn Völk jedoch in der letzten Versammlung des Kommunal-Reformvereins, dessen Vorsitzender Herr Rahmig ist, passiert. Dieser Verein, in welchem V. seit Jahren sein Licht leuchten ließ, hat denselben nämlich auf Grund der Feststellungen eines Ehrengerichts ausgeschlossen. Es spielen dabei sehr peinliche Geschichten. Der Fall wird gegenwärtig in allen Kreisen der Bürgerschaft vielfach glosiert. — Als der Rutscher Eugen Weiland im Begriff war, auf dem Grundstück Hermannstr. 199 einen Wagen in eine Remise zu schieben, glitt er aus und lam so unglücklich zu Fall, daß er befinnungslos liegen blieb. Auf ärztliche Anordnung wurde Weiland, der Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitten, nach dem Krankenhaus Behanien gebracht.

Gemeindevahl in Dichtenberg. Die bürgerlichen Parteien sind bis heute mit ihren Kandidaten noch nicht an die Öffentlichkeit getreten. Dem „unpolitischen“ Bürgerverein ist böse Konkurrenz erwachsen, nicht weniger wie drei Grundbesitzer-Vereine wollen „auch was ab haben“. Ihre Parteigenossen kommen in dem „elben Wettstreit“ ganz bestimmt auf ihre Kosten, aber auch nur dann, wenn jeder seine Schuldigkeit thut.

Im Nachstehenden geben wir ein Wahllokal an: Der dritte Kommunal-Wahlbezirk umfaßt: Frankfurter Allee 179 bis 198, Jungstraße, Kiepertweg, Kronprinzstraße, Oberstraße (zwischen Gürtel- und Kronprinzstraße), 1. und 2. Querstraße zwischen Kummelsburger- und Wartenbergstraße, Sandweg, Scharnweberstraße (zwischen Gürtel- und Kronprinzstraße), Wartenberg- und Weierstraße (zwischen Gürtel- und Kronprinzstraße). Das Wahllokal ist: Kronprinzgarten (S. Gürtel), Frankfurter Chaussee 86, Ecke Auhofstraße. Kandidaten sind: Eigentümer H. Zimmermann, Schankwirt; Mieter G. Treue, Weber.

Viertes Kommunal-Wahllokal: Wilmshofstraße, Vohlagenerstraße, Frankfurter Allee 151—171a, Friedrichsstraße, Kraußigerstraße, Mainzstraße, Oberstraße, Scharnweberstraße und Weierstraße, letztere drei westlich der Kronprinzstraße. Das Wahllokal ist: Schwarzer Adler (E. Höflich), Frankfurter Chaussee 120, Ecke Gürtelstraße. Kandidat ist: Eigentümer Herrn Zimmermann, Schankwirt. Der Wahltag ist: Dienstag, den 24. März, von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Parteigenossen, die am Wahltag beihilich sein können, werden ersucht, sich bei V. Lange, Wartenbergstr. 67, einzufinden.

Romanow. In der am 18. d. M. abgehaltenen Sitzung der Gemeindevertretung machte der Amtsvorsteher Mitteilung von einem Schreiben des Landrats, wonach bei Fertigstellung des Zellstower Kanals mehrere elektrische Centralen im Kreise errichtet werden sollen und die Gemeinden aufgefordert werden, sich beauftragt von Kraft an die Kanal-Verwaltung zu wenden, welcher Aufforderung der Gemeindevorstand nachkommen wird. Sodann erfolgte die Lesung des Stats. Derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 160 750 M. Das Soll der Zuschläge zu den Einkommen- und Realsteuer beträgt 85 874 M., an Ausgaben für Schulzwecke sind angelegt 61 200 M., für Armenverwaltung 30 850 M., für allgemeine Verwaltung 30 800,36 M., für Kirchenverwaltung 1292,16 M., für Schuldenverwaltung 23 255,19 M. Die Zuschläge zur Einkommensteuer betragen wie im Vorjahre 180 Proz. In der Diskussion erklären die Genossen Grub und Hoffmann, daß die Socialdemokraten den Stat ablehnen müßten wegen der Ausgaben für Kirchenzwecke u. Auf eine Anfrage Grub's, wann denn endlich mit dem schon seit Jahren geplanten Schulklosterbau begonnen werden solle, erklärt der Amtsvorsteher, daß das im Sommer bestimmt geschehen würde. Die im Stat eingelegte Summe von 800 M. für Straßenbesprengung wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten und einiger bürgerlicher Vertreter abgelehnt; diese Summe soll für Verschönerung der Plätze usw. verwendet werden. — Ein Gesuch der Anwohner der Luisenstraße wegen Regulierung derselben, wird nach eingehender Begründung durch Genossen Wagner und längerer Diskussion der Begekommission zur Berücksichtigung überwiegen. Ein Gesuch der Anwohner der Friedrichstraße wegen Erneuerung des Fahrweges wird wegen Geldmangels auf ein Jahr zurückgestellt. — In der nicht öffentlichen Sitzung machte der Amtsvorsteher bekannt, daß die Gemeinden Potsdam und Neundorf ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten unserer Gemeinde beizutragen, bisher nicht nachgekommen seien; die Vertretung beschließt deshalb die Einleitung des Verwaltungsstreitverfahrens gegen die beiden Gemeinden.

Gerichts-Zeitung.

Nachmal's Normann-Schumann.

Wie erinnerlich sein dürfte, veröffentlichte der „Vorwärts“ am 8. Juli v. J. eine Korrespondenz aus der Schweiz, worin mitgeteilt wurde, daß Normann-Schumann aus der Schweiz ausgewiesen sei. An diese Notiz knüpfte sich eine Charakteristik jenes weltbekannten Herrn, durch welche er sich beleidigt fühlte. Er ließ von Luzern aus durch Rechtsanwalt Hahn-Charlottenburg die Beleidigungsklage gegen unsern verantwortlichen Redakteur Karl Leid anstrengen, und das Schöffengericht verurteilte letzteren auch zu 50 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatte Leid Berufung eingelegt, die gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung stand. Bei der Beweisaufnahme führte Leid aus: Er habe an der Richtigkeit der Ausweisungsnotez umsonst Zweifel hegen können, als sie bereits in andern Blättern mitgeteilt worden sei, noch ehe der Schweizerische Korrespondent des „Vorwärts“ darüber berichtet hatte. Da die Mitteilung an sich jedenfalls nicht als eine Beleidigung angesehen werden könne, so frage es sich, ob eine solche etwa in den angehängten Verwörungen der Notiz enthalten sei. Dies müsse er jedoch bestreiten, denn es sei gerichtsnotorisch, daß Normann-Schumann im Kaufs-Prozess durch den Freiherrn v. Marschall als Polizeispiegel entlarvt sei, überdies werde derselbe noch heute wegen Majestätsbeleidigung (Schriftlich verfolgt). Daß Schumann aber noch bis in die jüngste Zeit hinein sein Spitzelgewerbe betrieben hat, gehe zur Evidenz aus den Akten des Beleidigungsprozesses hervor, den Schumann seiner Zeit gegen den Redakteur der „Frankfurter Oberzeitung“, Walltow, angestrengt habe. Bei den Akten befände sich ein Schriftsatz Schumanns, in welchem dieser behauptete, er glaube die handschriftlichen Beweise dafür erbringen zu können, daß nicht er, sondern der Feldmarschall Graf Waldersee der Verfasser jener majestätsbeleidigenden Artikel im „Memorial Diplomatique“ und „Libre Parole“ sowie der in der „Saale-Zeitung“ sei, die den Sturz des Reichskanzlers v. Caprivi herbeiführen sollten. Was derartige Behauptungen Schumanns gehe doch zur Genüge hervor, wie wenig Veranlassung solch ein Mann habe, sich als der Beleidigte hinzustellen. Sogar komme noch, daß Schumann öfter die schmähtlichsten Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet und diese beispielhaft habe, so daß ihm, dem Angeklagten, in seiner Eigenschaft als Parteimitglied auch ein Anspruch auf Anwendung des Schutzparagraphen 108 zuzufolge. Aus diesen Gründen beantrage er seine Freisprechung eventuell Vertagung der Angelegenheit zwecks Herbeischaffung der erwähnten Akten aus Frankfurt.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Verteidiger des Angeklagten schloß sich den Ausführungen desselben im wesentlichen an, machte außerdem aber noch darauf aufmerksam, daß Schumann in dem Kaufs-Prozess auch von dem ersten Staatsanwalt öffentlich als Schurke bezeichnet worden ist. Ferner habe ein früheres Gerichts-Urteil den Kläger als einen Mann charakterisiert, der „keinen guten Ruf“ genießt. Falls das Gericht nicht zu einer Freisprechung kommen sollte, so beantrage er eine wesentliche Ermäßigung der Geldstrafe. Rechtsanwalt Hahn als Vertreter des Klägers beantragte, die Berufung zu verwerfen. Außer der Majestätsbeleidigung bestreitet er die seinem Klienten zur Last gelegten Handlungen. Insbesondere seien die Behauptungen des Freiherrn v. Marschall im Kaufs-Prozess, Schumann habe in fast allen Ländern die Spuren des Verbrechens hinterlassen, durchaus unrichtig, was durch entsprechende Erklärungen der Justizminister von Italien, Griechenland u. a. bewiesen werden könne. Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung. In der Begründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß selbst unter Ausschaltung der auf die Spitzeldienste Schumanns Bezug nehmenden Sätze der Notiz eine objektive Beleidigung vorliege, deren Vorhandensein dem Angeklagten auch zweifellos zum Bewußtsein gekommen ist. Die Anwendung des § 108 habe auch der Vorderrichter mit Recht verweigert, weil Kläger und Angeklagter niemals in persönlichen Beziehungen mit einander gestanden haben. Auf eine Ermäßigung der Strafe habe ebenfalls nicht erkannt werden können. Außerdem habe das Gericht die Beweisanträge betreffs der Frankfurter Akten abgelehnt, weil deren Herbeischaffung zur Beurteilung dieser Sache nicht von Belang sei. Eine nähere Begründung werde in dem schriftlichen Urteil erfolgen.

Ein Kampf um das Recht.

Der durch seinen erbitterten Kampf gegen iredentzliche Prekäre bekannte Hauptmann a. D. Gustav v. Bröder aus Charlottenburg beschäftigt seit fünf Tagen die zweite Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Meinecke in anstrengenden, in der Monotonie verlaufenden Sitzungen. Herr v. Bröder ist wegen Beleidigung eines Gerichtsassessors und richterlicher Beamten angeklagt. Der Strafantrag ist vom Landgerichtspräsidenten Hartmann gestellt worden. Vor längerer Zeit führte Herr v. Bröder um die kleine Summe von 20 M. einen Zivilprozess, der zu seinen Ungunsten ausfiel. Er hat sich dann in scharfen Eingebungen über den Richter, den Protokollführer und andre Amtspersonen geäußert und ihnen Rechtsbeugung, Schikanen und grobe Mißlichkeiten zu im Vorwurf gemacht. In der Strafsache hat bereits im Mai v. J. Termin angetan, in welchem Herr v. Bröder in der ihm eignen eingehenden Weise den Nachweis zu führen suchte, daß seine Beschwerde durchaus gerechtfertigt gewesen sei und er sich einer Beleidigung nicht schuldig gemacht habe, da ihm die deutsche Sprache keine andern als die von ihm gebrauchten Worte an die Hand gebe, um das auszudrücken, was er in seiner Beschwerde ausdrücken wollte. Die damalige Verhandlung endete mit der Vertagung des Termins, der Gerichtshof beschloß aber gleichzeitig, zu einem neuen Termin psychiatrische Sachverständige hinzuzuziehen. Diese Thatfache und einige Aeußerungen, die der vorige Vorsitzende des Gerichtshofes über und zu dem Angeklagten gemacht hatte, gaben diesem Veranlassung, diesmal vor Eintritt in die Verhandlung den Gerichtshof als besangenen abzulehnen. Schon die hierüber notwendig werdenden Erörterungen nahmen beinahe einen Sitzungstag in Anspruch, da der Angeklagte seinen Ablehnungsantrag aufs eingehendste begründete. Der Antrag wurde schließlich vom Gerichtshof abgelehnt. Dem Angeklagten war der Rechtsanwalt v. Glaser napp offiziell als Verteidiger zugewiesen worden, ferner wohnten als psychiatrische Sachverständige die Gerichtsarzte Prof. Dr. Puppe, Dr. Sidmer, Medizinalrat Dr. König von der städtischen Irrenanstalt in Dalldorf, Geheimrat Dr. Göbe-Leipzig und Geheimrat Prof. Dr. Lehmann-Göttingen den Verhandlungen bei. Diese gestalteten sich äußerst schwierig, da der Angeklagte seine Sache mit einer seltenen Ausdauer führte und die Gelegenheiten wahrnahm, vor aller Welt zu erweisen, daß sein Geist keineswegs unklar sei und das seiner Zeit gegen ihn eingeleitete Entmündigungsverfahren, welches erfolglos blieb, eine ihm tief tränkende und schwer schädigende Wirkung gewesen sei, geeignet, die dringende Notwendigkeit einer Reform der Irrenrechtspflege recht grell zu beleuchten. Auf seinen Antrag mußten zahlreiche umfangreiche Schriftstücke verlesen werden, darunter die seiner Zeit auf die heftigste Entmündigung bezüglichen voluminösen Gutachten der medizinischen Sachverständigen, seine eignen, mit scharfen kritischen Ausführungen durchsetzten Schriftstücke zu dieser Entmündigungsfrage, seine überaus glänzenden Zeugnisse aus der Kriegsakademie usw. Der Vorsitzende war offenbar bemüht, dem Angeklagten auch nicht den leisesten Grund zu einer Beschwerde über Verschärfung seiner Verteidigung zu geben. Die Sachverständigen waren übereinstimmend der Ansicht, daß durchaus kein Grund vorliege, den § 51 St.-G.-B. auf den Angeklagten anzuwenden. Letzterer sei ein Mann von eminenten geistigen Fähigkeiten und hervorragender Scharfe des

Verstandes, der durch widrige Schicksalschläge von der Verfolgung seiner militärischen Karriere abgedrängt worden sei und dessen Natur sich leicht gegen Dinge auslehne, in denen er ein Unrecht erleben zu müssen meine. Dieses ausgeprägte Rechtsgefühl bewege ihn, dann zu Maßnahmen der Abwehr, die das gewöhnliche Maß überschreiten und darin ihre Erklärung finden, daß der Angeklagte infolge seines impulsiven Naturells bei der Verfolgung vermeintlicher Rechte sich keine Schranken auflege. Besonders günstig für den Angeklagten war das Zeugnis des Geheimrats Lehmann-Göttingen, der den Angeklagten aus langem persönlichen Verkehr kennt und ihm bestätigt, daß er niemals auch nur die kleinste Spur geistiger Schwäche bei ihm entdeckt habe. Schon die bloße Möglichkeit, daß gegen diesen Mann ein Entmündigungsverfahren eingeleitet werden könnte, habe ihm seiner Zeit die Notwendigkeit einer radikalen Reform der Irrenrechtspflege zu Gemüte geführt. — In den fünf Tagen füllenden ausgedehnten Sitzungen mußte der Gerichtshof viermal sein Domizil wechseln: er tagte zuerst in dem ihm gewöhnlich zugewiesenen Sitzungszimmer, dann im kleinen Schwurgerichtssaal, im großen Schwurgerichtssaal und schloß schließlich wieder in das Sitzungszimmer zurück. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil dieser nicht die Absicht und auch nicht das Bewußtsein der Beleidigung gehabt habe, sondern nur sein vermeintliches Recht nachdrücklich verfolgen wollte. Rechtsanwalt v. Glaser napp schloß sich dem Antrag auf Freisprechung an. Der Angeklagte war hiermit noch nicht zufrieden, sondern schloß seine etwa sechsstündige Verteidigungsrede mit dem Antrag, ihn nicht nur freizusprechen, sondern auch die Kosten nicht der Staatskasse, sondern dem Landgerichtspräsidenten und dem angeklagten Richter aufzubürden, da zur Stellung eines Strafantrags keine Veranlassung vorgelegen habe. Der Gerichtshof vertagte die Verhandlung bis zum nächsten Sonnabend. An diesem Tage wird voraussichtlich das Urteil gesprochen werden.

Große Ausschreitung eines Schuhmanns.

Breslau, 19. März. (Sig. Ver.) Der Schuhmann Grätich in Reuthen verhaftete den ihm persönlich bekannten Drochsenbesitzer Bont wegen einer kleinen Unbertretung in widerrechtlicher Weise, setzte ihn in Fesseln und transportierte ihn unter Stößen und Fränklichkeiten ins Gefängnis zur Wache. Der Staatsanwalt beantragte für diese Deliktanten 6 Monate Gefängnis. Das Gericht hielt dem Angeklagten seine nervöse Erregtheit zu Gute, zog auch in Betracht, daß er durch Bont beschimpft sein soll und verurteilte ihn zu 300 Mark Geldstrafe. Mit 50 Mark wegen Körperverletzung ist aber Grätich bereits vorbestraft.

Verfassungen.

Eine Versammlung der Handelsangestellten, die am 18. März in den Germania-Hallen tagte, nahm zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Kaufmannsgerichte Stellung. Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth referierte. Redner beklagte die Mängel des vor einiger Zeit veröffentlichten Entwurfs. Ein erheblicher Mangel gerade für Kaufleute sei der Ausschluß der Zuständigkeit für Streitigkeiten, die aus der Konkurrenzklause hervorgehen. Gerade diese Sachen müßten den Kaufmannsgerichten vorbehalten bleiben, damit sie schnell entschieden würden und nicht den langwierigen gewöhnlichen Rechtsweg zu durchlaufen hätten. Auch müßte die Möglichkeit, durch Arbeitsvertrag die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte zu beschränken, durch zwingende Bestimmungen ausgeschlossen werden. Redner wendet sich weiter gegen die Beschränkung der Zuständigkeit auf Angehörige mit Einkommen bis 3000 Mark, die Abhängigkeit des passiven Wahlrechts von einem Alter von 30 Jahren, des aktiven Wahlrechts von einem solchen von 25 Jahren, die Festsetzung der Berufungsfähigkeit auf Objekte von 100 Mark ab aufwärts und besonders gegen den Ausschluß des weiblichen Personals vom Wahlrecht. Dann kam Redner auf die Befreiung des Gesetzentwurfs durch diejenigen zu sprechen, denen er zu weit geht. Die Angriffe gegen verschiedene Bestimmungen lämen nicht nur von den Konfessionen, sondern auch aus Handelskreisen, namentlich aus der nordwestlichen Ecke Deutschlands. Die Handelskammern machten Schwierigkeiten und ließen ihren Einfluß in den Regierungen wirken. Der Handelsrat habe sich direkt gegen die Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte und für den Anschluß an die Amtsgerichte ausgesprochen. So werde von allen Seiten gegen den Entwurf Sturm geläutet. Das zeige, daß das Gesetz noch lange nicht zu stande kommen werde. Der jetzige Reichstag beschäufte sich auf keinen Fall mehr damit. Gegenüber dieser Situation müßten die interessierten Angestellten ständig auf dem Posten sein; sie dürften die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen lassen und müßten den Wählereien der Handelskammern begegnen. Einen Erfolg könne man aber nur erzielen, wo eine Macht sei, und das könnten die Angestellten nur werden durch eine umfassende Organisation. (Großer Beifall.)

Es sprach darauf Döring, der Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, der in Begleitung einer ganzen Anzahl seiner Getreuen erschienen war. Er hob hervor, daß kein Verband mit dem Central-Verband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen mit Bezug auf die Kaufmannsgerichte im wesentlichen auf demselben Boden stände. Auch gegen das aktive Wahlrecht der Gehilfinnen habe man nichts, dagegen sei man gegen die Wählbarkeit der Gehilfinnen. Es ginge nicht, daß eine junge Verkäuferin über einen vielleicht fünfzigjährigen Reisenden zu Gericht sitze. Der deutschnationale Wortführer, der noch ausdrücklich gewisse Differenzen zwischen den beiden Verbänden und ihren Vertretern erörterte, fand im Genossen Salis-Li-nam Central-Verband einen überlegenen Gegner, der ihn besonders hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen gründlich abfuhrte. Salis-Li machte den Gründern des deutschnationalen Verbandes zum Vorwurf, daß durch diese Gründung einer antisemitischen Organisation die Handelsangestellten-Verbewegung an sich geschwächt worden sei. Döring und Salis-Li setzten ihr Redebeucl dann unter lebhafter Anteilnahme der Versammelten beider Organisationsgruppen in weitern längeren Reden fort, so daß es erst gegen 1 Uhr nachts nach einem kurzen Schlussswort Rollenbuhns zur Abstimmung folgender Resolution kam, die gegen die Stimmen der Antisemiten angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Referat einverstanden und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Art, wie die Reichsregierung den Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte behandelt. Die Antilindung desselben und die Erwartung, daß er am 1. April 1903 in Kraft treten werde, hatten alle Handelsangestellten mit Befriedigung aufgenommen, weil nunmehr eine seit einem Jahrzehnt ersehnte Verbesserung der Rechtsprechung endlich erreicht schien. Um so schmerzlicher wird die jegliche Verzögerung aufgenommen, als mit Deutlichkeit hervorgeht, daß sie nur ein Werk der in den Handelskammern organisierten Prinzipalität ist. Der Einfluß dieser Organisationen ist aber nur zu bekämpfen durch eine einheitliche Organisation der Handelsangestellten ohne Unterschied des Geschlechts und der Konfession, die rücksichtslos die Interessen der Angestellten vertritt, wie solche im Central-Verband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen besteht.“

Für die in den Partei-Expositionen beschäftigten Zeitungs-austräger und -Austrägerinnen fand den 17. März eine Versammlung statt. Aug. Gebert aus Hamburg hielt das Referat. Er führte aus, daß auch die Frauen von dem einzig ihnen zustehenden Rechte, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Gebrauch machen, und sich dem Verbands aller der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen anschließen. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Vertrauenspersonen der Expositionen und fand ein Antrag Annahme, eine kombinierte Sitzung der Vertrauenspersonen mit der Ortsverwaltung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter stattfinden zu lassen, in welcher einige wichtige Organisationsfragen erledigt werden sollen.

Nachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. In der außerordentlichen Generalversammlung am 18. d. M. wurde ein Antrag des Vorstandes, der auf Revision und Aenderung des Statuts lautete, nach einer lebhaften Diskussion einstimmig angenommen. Derselbe

soll mit dem 15. April in Kraft treten. An Stelle des krankheits-halber seines Amtes entbundenen 2. Schriftführers Brieger wurde Wajchin gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. März, vormittags 8^{1/2} Uhr, in der Aula der 89. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Verammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn W. Balder W. an der Stelle: „Erdenmüssen und Hummelstehlsucht“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. N. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 3. Sonnabend, den 21. März, abends 9 Uhr, bei D. Bergener, Reichenbergerstr. 157: Mitglieder-Verammlung. — Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 21. März, abends 9 Uhr, bei Reifowski, Andreasstr. 26: Mitglieder-Verammlung. — Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 21. März, abends 8^{1/2} Uhr, bei Dieke, Uckerstr. 123: Mitglieder-Verammlung. — Filiale Berlin 8. Sonntag, den 22. März, vormittags 9^{1/2} Uhr, bei Schirm, Badstr. 19: Mitglieder-Verammlung. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend, den 21. März, abends 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3: Mitglieder-Verammlung. — Filiale Rixdorf. Sonnabend, den 21. März, abends 8^{1/2} Uhr, bei Beckler, Zietzenstr. 69: Verammlung.

Vermischtes.

Vier Personen ertranken. Aus Hamburg wird gemeldet: Als sich gestern sechs Arbeiter vom hampoverischen Elbufer nach ihrer Arbeitsstätte bei Julsand an der Unterelbe begeben wollten, wurde ihr Boot durch den Südweststurm an den Strand geworfen und zum Neuten gebracht. Vier von ihnen ertranken.

Unterschlagungen und kein Ende. In Düsseldorf entdeckte man, als eine Revision der Hauptsteueramtskasse vorgenommen wurde, einen größeren Fehlbetrag. Der Obersekretär Capiers beging Selbstmord. — Der Kassierer der Mainzer Volksbank Herrmann wurde wegen Unterschlagung von 25 000 M. verhaftet. Für Sonnabendabend ist eine außerordentliche Generalversammlung zur Erörterung der Angelegenheit anberaumt. — Wegen Unterschlagung von Postanweisungen ist der Postassistent Klauß in Christburg, Kreis Marienburg, verhaftet worden.

Konfiziert. „Der Cigane“, Januarheft und Februarheft 1903, im Verlage von Max Spohr in Leipzig, wurde von der dortigen Staatsanwaltschaft vollständig konfiziert. Gleichzeitig wurde Anklage aus § 184 in Bezug auf § 175 des Strafgesetzbuches erhoben. Die Kunstschrift wird vom Schriftsteller Adolf Brand in Charlottenburg herausgegeben.

„Apachen“ in Paris. Anlässlich der Karnevalsfeier wiederholten sich am Donnerstag, trotz aller getroffenen Vorkehrungen, die Auftritte, welche sich am letzten Karnevalstage zugetragen hatten. Sogenannte „Apachen“ trieben ihr Unwesen, indem sie Frauen angriffen und auch sonst großen Unfug verübten. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen und um Mitternacht waren bereits 980 Verhaftungen vorgenommen.

Witterungsüberblick vom 20. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerrückgang mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8-10 Uhr	Stationen	Barometerrückgang mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8-10 Uhr
Wien	768	SB	4	Regen	8	Karlsruhe	753	SB	6	Schnee	-2
Hamburg	768	SB	6	bedeckt	8	Petersburg	768	SO	4	bedeckt	-5
Berlin	771	SB	2	bedeckt	7	Cord	763	SB	4	bedeckt	11
Frankf./M.	773	SB	2	bedeckt	6	Usterben	—	—	—	—	—
München	776	SB	3	bedeckt	2	Paris	775	SB	2	wolkig	4
Wien	775	S	2	bedeckt	5						

Wetterprognose für Sonnabend, den 21. März 1903. Ein wenig kühler, vorberstend wolkig mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme
(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Inhaber: Hermann Peter. Grünau No. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Bald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Anlässen. Ausspannung und Dampferstege, Regelmäßigkeit, große Saalfläche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Paul Hilberts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Gaststation für Fremder, Auspartien usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Spezialkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken. Zahlreichen Besuch steht entgegen. Paul Hilbert.

Brotts-Gesellschafts-Haus.
Erkner am Dameritz-See.
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmen Aufenhalt. 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 4172

bewährteste Nahrung für Kufeke's Hinder mehl gesundeu. magen-darmkranke Kinder.

Neurasthenie
Wesen, Heilung, Vorbeugung. Nach eig. Erfahrung, bearb. v. Dr. med. A. Baumgarten. Verlag der A. Baumgarten. Buchdruckerei u. Verlags-Anst. Wörishofen. Preis 4 M.

Reisszeuge
und einzelne Teile derselben findet man nur in ganz vorzüglicher Auswahl, gediegen, Ausführung u. zu billigsten Preisen in dem Special-Geschäft für Präzisions-Optik von Carl Buttendorff, Berlin N., Weinbergsweg 15 b. 6. Laden vom Rosenthaler Thor. Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15 b achten. Reisszeuge für Schüler zu Mk. 1,25, 2,00, 3,00, 4,00 bis 8,00, für Techniker zu Mk. 5, 7, 8,00, 8,00, 10,00, 12,00, 15,00, 20,00 bis 4 00. Kostlos. Untersuchung d. Augen u. genaues anpassen der Brillen oder Pinocenz nach Kapf. u. N. conform. Brillen von Mk. 1,00, Pinocenz von Mk. 1,25 an.

Matrapas

Feinste Cigarette!

Überall käuflich.

SULIMA DRESDEN.

Jährliche Production 190 Millionen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. (63/16) Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Nathan Wand, 129 Stalinerstr. 129. Die schönsten Herren-Paletots u. Anzüge in neu, sowie speziell 29496* Monats-Garderobe von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl stets zu namend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand, 129 Stalinerstr. 129. Bitte auf Qualitätsnummer zu achten.

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft Wald bei Solingen No. 79.

Fabrikmarke



Rotkappchen



Rasiermesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch mit Etuis per Stück M. 1,50
Taschenmesser No. 621, mit 2 Klängen und Korkzieher, Hirschhornschalen 1,50
Schere No. 134, 7 Zoll lang, fein vergoldet und verziert 1,50
Um nun jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Ware zu überzeugen, versenden wir obiges Rasiermesser, Taschenmesser oder Schere zum Selbstkostenpreise von je Mark 1,- franco gegen vorherige Einsendung 30 Tage zur Probe. Nachnahme 30 Pf. mehr.
Katalog Ausgabe 1903, mit circa 2000 Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltsartikel, sowie vielen Neuheiten versenden wir an jedermann ohne Kaufzwang, gratis und franco.
Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Zucht- und Legehühner verkauft **Otto Pich,** Berlin, Fiondsirchplatz 8. [9022*]

Trinkt „Apfelblümchen“ Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol. Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H. Gärtilzer Ufer 24. Fernsprech-Nr. 4. 1673. [9082*]

Besteht seit 1841.
Mehlhandlung von Johannes Friese Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39) empfiehlt ihre anerkannt besten Mehle als:
Kaiser-Auszug (reines Pester) 1/4 Ctr. = 2,25; 3 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,30.
Weizenmehl 00 (halb Auszug) 2354L* 1/4 Ctr. = 2,00; 3 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.
do. 0 (Haynau 00) 1/4 Ctr. = 1,75; 3 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.
Gutkochende, sauber verleierte Hülsenfrüchte zu billigen Preisen.



Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Kanbeuhüte, 0,75 „
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Gemes. Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Wägen, Krawatten. 7812*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stalinerstraße.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4 am Kotluser Thor. Schneidermeister. 634L*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Rekarnation, Fabrik im Hause, Frankfurterstr. 17. 195*
Schankhof verkauft. Näheres Alsterstr. 89, Alsterufer. 195*
Grünfrangenschaft, 6 Jahre bestehend, ist wegen alleiniger Person zu verkaufen, Preis 500 Mark, viele 450. Stalinerstr. 55. 76*
Grundstück in Klein-Schöneberg, 4 Baustellen, 3000 Mark, ganz oder geteilt, sowie Pianino, Harmonium, Kisten, Bücher, Wirtschaft verkauft abends nach 5 Uhr, Wilmow, Altdorf, Hermannstr. 209. 38*
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 157*
Hochverehrte Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen bestehend 18-38, Feinstes 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Dagerstr. 68, 1. Etage. 15268*
Spezialfabrik für Knaben-Garderobe, Berlin NW, Lützowstr. 55, zeigt den Eingang der neuen Feinleinen- und in einzelnen zu streng feinen, billigen Preisen. Ein Vorrat vorräthiger Anzüge steht zu Tagespreisen zum Ausverkauf. Referant des Sparvereins Nordwest. 15448*
Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stadt 95 Pfennig. Billige Herrenhüte enorm billig. Döllschütz, Compote Kaiserstr. 25a, früher Barmstr. 4 und 6. Sonntag geöffnet. 1141*
Steyppdecken (hochbillig) Fabrik Weinstr. 20. 1141*
Teppiche! (lederhafte) in allen Größen für die Halle des Hauses in Teppichlager Berlin, Dörfelstr. Markt 4, Bahnhofsbrücke. 1195*
Spottbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Stores, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Wäsche, Sommerpaletots, Einzüge, Nennentwürfen, Regenschirme, Uhren, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Neanderstr. 6. Teilzahlung gestattet. 0775*
Möbelverkauf Familien-Allee 56*
Möbelverkauf. In meinem großen Fabrikraum, Dammstr. 58, Moritzplatz, stehen verschiedene Wohn-Einrichtungen, neue und veraltete, zum schmerzlichen Ausverkauf. Habe einige Restposten, feinen Laden, bin daher in der Lage, die Möbel äußerst billig zu verkaufen. Sofa 10, Spind 20, Paravol 55, Truhen 40, Bettstelle mit Matratze 18, Sofa 12, hochlegante Leuchtkrone 75. Teilzahlung gestattet. 15196*

Gardinenreste, spottbillig, Gardinen-Fabriklager, Berliner Weg 80, parterre. Kein Laden. 15428*
Möbelverkauf. In meinem Möbel-Kaufhaus, Oranienstr. 15, am Haseligen Thor, stehen viele Wohn-Einrichtungen, veraltete, gewaschene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitsstücke zu billigen Preisen. Bessere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante von 500 bis 1000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat veralteter gewaschener und zurückgeleiteter Möbel, te noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Büchertische, Vertikals 36, Tischgarnituren 105, Büchertische, stellen mit Matrassen 40, Büffets, Bücherstühle, Paravols mit Tischleuchten 85, Schreibtisch 40, Uhren, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gelassene Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 15568*
Möbelverkauf. Wegen Geschäftsverlegung und um die großen Umzugskosten zu sparen, verkaufe in meinem großen Möbeldepot (am Alexanderplatz) meine Königstr. 59 zu bedeutend herabgesetzten Preisen viele Wohn-Einrichtungen, teilweise als Teilzahlung. Beamten besondere Vergünstigung. Besondere Gelegenheit für Brautleute. Durch große Gelegenheits-Einkäufe bin ich im Stande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hochlegante Ausstattungen von 1000 bis 10.000 Mark; um zu räumen, empfehle großen Vorrat veralteter gewaschener und zurückgeleiteter Möbel, die noch fast neu sind, zu namend billigen Preisen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Divan mit Auszug 33, Bettstelle mit Matratze 20, Büchertische, Vertikals 35, Tischgarnituren 60, 105, Büchertische mit Sprungfeder-Matrassen 40, Säulen-Truhen 45, Büchertische mit Tischleuchten 65, Bücherstühle, Paravols mit Tischleuchten 85, Büffets in jeder Größe. Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons äußerst billig. Musterbuch gratis und franco. Gelassene Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. 15708*
Wirtschaft verkauft sofort, auch einzeln, darunter Säulen-Truhen 35,00, Tischgarnituren 39,00, Büchertische 9,00, Büchertische, Vertikals 25,00, Paravols 45,00 noch neue Bettstellen, Tische, Stühle, Teppiche, Bilder, preiswert. Gartenstr. 83, 1. links (Stettiner Bahnhof). Raum bis Erde April fest. 1124*

Ringelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Landsbergerstr. 82, I. und Große Frankfurterstr. 43. 1141*
Teppiche mit Farbenflecken-Fabrik, niedrige Preise Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Pianino, gut erhalten, sofort verkäuflich Mittelstr. 120, I. 57/10*
Krankenträger für Zimmer und Straße künstlich und leibliche in allen Preislagen. Kopp, Elberstr. 95. 91/12*
Fahrräder, ein Vorrat von 30 Stück, auch einzeln, billig verkäuflich. Zu erfragen Berlinerstr. 52, Eingang Rathenowerstraße, Hofgebäude. 195*
Galbrunner 40, Schüssel, Schindlerstr. 11a. 66/18*
Inderverkauf, Uhren, Goldwaren, spottbillig, Rantenerstr. 76. 2375b
Milchbüdel, Milchflammen Wilmstr. 27. 2875b
Firmenschild, auch Fahne, billig verkäuflich, Rathenowerstr. 5 beim Postler. 195*
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Anzahlung, drei Jahre gratis Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Viermal hoher Verdienst. Ernst Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maschinen neuhe in Zahlung. 15038*
Gasthofhaus! Einloggastlocher 1,00, Zweiloggastlocher 3,00, Dreiloggastlocher, Gasdröfen 7,00, Gasbrennapparate, Gasplättchen, Gaslösen, Gasströmen spottbillig! Wollauer, Ballmerstr. 32. 55*
Abwasserpumpen, Sauger, Rohre sehr billig. Schröder, Hofstr. 43. 2703*
Landbesitzer! Henslerwagen, Vogelwägen jeder Größe sind zu haben bei Schulz, Weinstr. 28. 1*
Vorjährige elegante Herrenhüte an feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 15368*
Steyppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Kanarienhähne, Stamm Feiert, verkauft Brandt, Holzmarktstr. 61.
Schlaf des namend billigen Bilder-Ausverkaufs Schliemannstr. 22, Hof getadelt, am 30. März. 556*
Taschenfosas, 44,00 an, Büchertische 58,00 an, Tischgarnituren, jede Farbe, 90,00 an. Volkmann-Möbel-Fabrik Bergstr. 22. 375*
Grünfrangenschaft, Rolle, Fuhrwerk, verkauft Rindstr. 20. 305* 1124*

Desillation (gute Ede) verkauft Später, Gerichtstr. 56, am Rettel-Endplatz. 315*
Fahrräder, neue und gebrauchte, große Auswahl, Schläuche 2,50, 3,50, Laufräder 3,50, 4,50. Sonstige Fahrradteile, Reparaturen (Dreharbeiten) billig. Lactar Brauenerstr. 112, Goldstr. 53. 1129*
Damenrad verkauft Hoge, Wanteuffelstr. 68 III. 128*
Wagagen aus erster Hand von Hamburg eingetroffen, Stanariensattel mit den schönsten Touren Kommandantenstr. 32, Vogelstr. 1. 67/17
2 Bettstellen mit Federmatrassen, gut erhalten, verkauft billig Gleichmann, Vappel-Allee 35. 1100*
Kommode, mahagoni, polierte Bettstelle verkauft sehr billig Wagner, Rübendörferstr. 24. 1140*
Milchgeschäfte zu verkaufen, zu ertragen Schwebelstr. 255, Fierfelder. 1100*
Fahrrad, gebrauchtes, sofort gekauft, W. Frühling, Wabnitzstr. 13. 68/1

Vermietungen.
Wohnungen.
Ober-Schöneberg, Eimerstr. 19, schöne, gesunde Balkonwohnungen 2 Stuben, Küche 24 Mark an. 2996b
Zimmer.
Möblierte Stube billig an eine Dame zu vermieten Wilmstr. 41/42, vorn I. 177*
Einfach möbliertes Zimmer im Norden gesucht. Offerten unter O. C. Postamt Dresdenstr. 14. 1100*
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Dreizehnjähriger Laufbursche sucht Stelle für Nachmittags, Reinhold, Dörfelstr. 3. 24b
Einen Kaminofen auf Möbelplatten, welcher auch zusammengeklappt werden kann für dauernde Beschäftigung gesucht. Fritz Soffe, Liefenstr. 12. 1871b
Gebiete Delagrin verlangt Goldleistenfabrik Rübendörferstr. 88.
Verwandten, jeht schuldlos, mit guten Schulzeugnissen, zur Buchhalterfabrik sucht Freytag, Kommandantenstr. 14. 325.
Gebiete Barbeiterin für Laillen bei 14 Mark, verlangt Dorang, Lindenstr. 112. 3000b*
Kation Arbeiterin verlangt Lopper, Dörfelstr. 17. 2b

Euchtige Farbigenmacher finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Goldleistenfabrik D. Groß K.-G., Leipzig-Reudnitz. 9122*
Ein tüchtiger Walzer, der auch gleichzeitig die Verwaltung der Belegerei mit zu übernehmen hat, findet dauernde und lohnende Beschäftigung. Goldleistenfabrik D. Groß K.-G., Leipzig-Reudnitz.
Silber-Presser, nur solcher, melde sich unter E. V. 1459 bei Rudolf Mosse, Pringelstr. 41. 67/15*
Achtung!
Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!
Die Kollegen folgender Werkstätten befinden sich im Streik:
Kofe u. Sohn, Or. Frankfurterstr. 16.
R. u. H. Koller, Königsbergerstr. 26/27.
Kling, Barthaenerstr. 13.
Seifert u. Wolf, Fruchtstr. 36.
Wegen Verweigerung der Streikarbeit sind die Kollegen folgender Werkstätten ausgesperrt:
Reiff u. Bieger, Fruchtstr. 29.
H. Koch, Andreaskstr. 32.
Kurzweil, Fruchtstr. 29.
Groschlag, Gollnowstr. 19.
Fr. Kadelhof, Balladenstr. 78.
Wagner u. Dämmel, Or. Frankfurterstr. 88.
Deune u. Co., Mittelstr. 11.
W. Kimmel, Frankfurter Allee 117a.
Friedrich, Fruchtstr. 30.
Lennig u. Jahn, Rübendörferstr. 4.
Gagenow u. Bierbaum, Elisabeth-Str. 11.
Dedert, Demminstr. 6.
Reich u. Co., Bellenmannstr. 9a.
W. Keller, Königsbergerstr. 4.
Faberer, Brunnstr. 79.
Jelder u. Pfaffen, Frankfurter-Allee 117.
Rath, Fruchtstr. 8.
Gebr. Kautsch, Langestr. 9.
Reich, Dörfelstr. Balladenstr. 83.
Reichelt, Eimerndörferstr. 79.
Rabe, Wilmstr. 31.
Gebr. Hein, Balladenstr. 47.
Rahn, Rübendörferstr. 57.
Schneider Kautsch, Wanteuffelstr. 60.
August Hoffmann, Wäckerstr. 35.
Heinemann, Schullstr. 71.
Häsel, Fruchtstr. 8.
Häsel, Balladenstr. 77/78.
Richter, Rübendörferstr. 26.
Beder, Oranienstr. 189.
Rudolf, Balladenstr. 78.
Berliner Holz-Compout, Rübendörferstr. 9.
Espich, Oranienstr. 22 und 185.
Hilberstedt u. Kroll, Frankfurterstr. 59.
Zahlstelle Südost befindet sich von jetzt ab: Lausitzer Platz 13 bei Grät. Der Vorstand.

Vorwärts-Buchhandlung SW., Lindenstrasse 69.
Conrsten- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!
Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 R.
Stadtpläne von Berlin mit sämtlichen Vororten v. 50 Pf. bis 3 R.
Umgebungsplan von Berlin, 85, 132 und 500 □-Mellen um Berlin, mit Entfernungangaben von Ort zu Ort, foliert, von 50 Pf. bis 5 R., auch für Radfahrer brauchbar.
Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Straßenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Zülpdor, von Weichsel bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand ausgegeben, in Carton 1,75 R.
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Steigungen etc., kleinem Maßstab, aufgezogen, in Carton, jede Section 1,50 R.
Taschewörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise. Französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch und deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.
Jede Sprache kart 3 R., nur 1,50 R.
42-62 Mark
Anzug oder Paletot nach Maß, elegante Ausführung, tadelloser Schnitt, garantiert reinesolene Stoffe, neueste Muster, feinste Zubehöre, etc. Hosen nach Maß 10-18 R.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47 II, 7004* am Alexanderplatz.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Leberhose Herkules tragen. Allen-Vorlauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Große Hüften umspannt. Die Hose bei Entnahme von 4 Mk. 50
Schlantes Rouleur-Jackett 1 R. 90
Schlantes Rouleur-Hose 1 R. 50
Schlantes Rouleur-Jackett
Schlantes Rouleur-Hose 2 R. 50
Schlantes Rouleur-Hose 2 R. 10
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25, 3 R. 50
Gefütterter Jackett-Jackett 14,- 9,-
Weiße Freizeit-Jacketts 3,50, 2 R. 75
Konditor-Jacken, dreifach, 4,25, 3 R. -
Waler-Mittel 3,-, 2,50, 2 R. -
Mechaniker-Mittel (braun) 3,-, 2 R. 40
Weiße Leder-Jacketts, dreifach 7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 R. 75
Rouleurhosen, fest u. schön, 3,-, 1 R. 75
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25. Bräunerstr. 11.
Or. Frankfurterstr. 20.
Die 20. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugelandet.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 2082*
- Versand von 20 R. an franco. -
Nachdruck verboten!
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/6, 1/8, Sonnt. 9-11.